

TEXTE

104/2020

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial- ökologischen Transformation

Teilbericht

TEXTE 104/2020

Ressortforschungsplan des Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 16 100 0

FB000268/ZW

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Teilbericht

von

Birgit Peuker, Jana Rückert-John (Projektleitung)
Institut für Sozialinnovation Consulting (ISiconsult), Berlin

Anna Betsch, Markus Egermann
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

[f/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

[t/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Durchführung der Studie:

Institut für Sozialinnovation Consulting UG
Köpenicker Str. 325
12555 Berlin

Abschlussdatum:

September 2019

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien,
Ressourcenschonung
Margarethe Kreuser, Gerolf Hanke, Dorothee Arenhövel

Publikationen als PDF:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, Juni 2020

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung: Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind enorm. Deshalb setzt ihre Bewältigung die Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure voraus. Vor diesem Hintergrund wird in den vergangenen Jahren verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft betont. Diese Initiativen – wie Mehrgenerationenwohnen, Co-housing und Co-working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Co-creation - entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger/innen. Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium geförderten Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“. Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der qualitativen Interviews, die mit insgesamt 27 Vertreter/innen gemeinwohlorientierter Initiativen (15) und mit sogenannten Intermediären (12), das heißt Personen, die an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung, Politik und Förderern agieren, durchgeführt wurden. Im vorliegenden Bericht orientiert sich die Analyse der Befunde an folgender übergreifender Frage: Welchen Beitrag können innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation leisten und welches Potenzial besitzen die Initiativen, gesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen oder zu beeinflussen?

Abstract: Innovative initiatives oriented towards common good and their contribution to the social-ecological transformation

The challenges for sustainable development are enormous. This is why their mastering requires the participation of all social actors. On this basis the role of social-ecological forms of coexistence (cohabitation) and common good orientation for the environment and social policy are emphasized. These initiatives – for example multi-generational living, co-housing and co-working, open workshops and creative neighbourhood centres, community gardens and online platforms for trading, renting and co-creation – are often created “from within society” and within the living environments of citizens. These innovative and towards common good oriented initiatives were analyzed as part of the research project “Eco-political support and facilitation strategies for strengthening social-ecological forms of coexistence and common good orientation”. The report at hand shows the results from the qualitative interviews, which were conducted with overall 27 representatives from common good oriented initiatives (15) and with so called intermediaries (12), meaning persons who act at the interface between initiatives, administration, politics and sponsors. The analysis in the report at hand is guided by the following overarching question: How can innovative and common good oriented initiatives contribute to the social-ecological transformation and what potential do the initiatives have for initiating and influencing societal transformation processes?

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	8
Zusammenfassung.....	9
Summary	14
1 Einleitung.....	18
2 Posttraditionale Vergemeinschaftung und sozial-ökologische Transformation	20
2.1 Posttraditionale Vergemeinschaftung	20
2.2 Transformationsforschung.....	25
2.2.1 Verständnis, Verlauf und Analyse von Transformationsprozessen	25
2.2.2 Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen als Nischenakteure	26
2.2.3 Skalierung von Nischenaktivitäten auf gesamtgesellschaftliche Ebene und die Rolle von Politik	28
3 Methoden.....	31
4 Empirische Ergebnisse.....	34
4.1 Organisation und Gemeinschaft	34
4.1.1 Verständnisse von Gemeinschaft	34
4.1.1.1 Gemeinschaft als informelle Organisationsweise	35
4.1.1.2 Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung.....	35
4.1.1.3 Gemeinschaft als imaginärer Bezugspunkt der Inklusion und Exklusion	37
4.1.2 Organisationsprozess innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen und die damit verbundenen Herausforderungen.....	38
4.1.3 Formalisierung von Organisationsstrukturen: Vorteile und Nachteile.....	40
4.1.4 Die Finanzierung der Initiativen als besondere Herausforderung.....	41
4.2 Beiträge der innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen zum Gemeinwohl und zur Demokratie	44
4.2.1 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf den Einzelnen beziehen	45
4.2.2 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld beziehen.....	46
4.2.3 Beiträge der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zur Demokratie	48
4.3 Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Kooperation mit anderen Akteuren.....	50
4.3.1 Kooperationspartner/innen und Kooperationsformen	50
4.3.2 Probleme und Herausforderungen in der Kooperation mit verschiedenen Akteuren.....	53
5 Diskussion der empirischen Befunde	56

5.1	Einordnung der Befunde in die Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung.....	56
5.1.1	Posttraditionale Vergemeinschaftung in den Initiativen.....	56
5.1.2	Individualisierung und Vergemeinschaftung	58
5.2	Einordnung der Befunde in die Debatte der Transformationsforschung zur Beschleunigung des sozial-ökologischen Wandels	62
5.2.1	Wachstum einzelner Initiativen – die quantitative Zunahme an Mitgliedern, Unterstützer/innen oder Nutzer/innen einer Initiative.....	62
5.2.2	Organisationsentwicklung und Professionalisierung – die institutionelle Entwicklung einer Initiative im Spannungsfeld von Ehrenamt, Kreativität, Verlässlichkeit und professioneller Organisation	63
5.2.3	Vervielfältigung erfolgreicher Ansätze – Übernahme neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen einer Initiative durch eine andere in gleicher oder an den Kontext angepassten Weise.....	64
5.2.4	Bildung von Partnerschaften und Netzwerken – Zusammenführung oder gegenseitige Nutzung von Ressourcen, Kompetenzen und Kapazitäten mit dem Ziel, Synergien nutzbar zu machen	65
5.2.5	Einbettung in bestehende Routinen – dauerhafte Verankerung neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in bestehende stadtreionale Entwicklungsprozesse und Steuerungsstrukturen.....	65
5.2.6	Übersetzung und Brückenbildung – Übersetzungs- und Verständigungsarbeit zwischen verschiedenen Systemlogiken, Weltbildern und Sprachen	67
5.2.7	Nutzung von Gelegenheitsfenstern – insbesondere durch die Nutzung von Förderprogrammen und deren konkrete Ausgestaltung.....	68
6	Schlussfolgerungen.....	71
6.1	Schlussfolgerungen für die Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung	71
6.2	Schlussfolgerungen für die Transformationsforschung	71
6.3	Schlussfolgerungen für (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen.....	72
7	Literaturverzeichnis.....	75

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausgewählte Fälle für Interviews	32
------------	--	----

Zusammenfassung

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind enorm. Deshalb setzt ihre Bewältigung die Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure voraus. Vor diesem Hintergrund wird in den vergangenen Jahren verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft betont. Diese Initiativen entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger/innen. Mehrgenerationenwohnen, Co-housing und Co-working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Co-creation – es existieren bereits zahlreiche Beispiele für innovative Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung, die konkrete Lösungen für den sozial-ökologischen Wandel erarbeiten. Die Initiativen leisten einen wertvollen Beitrag zu einem guten und solidarischen Zusammenleben. Bisher sind diese Gemeinschaften aber noch in Nischen positioniert und müssen sich mit den vielfältigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Stabilisierung und Verbreitung auseinandersetzen.

Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium geförderten Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“. Mittels transdisziplinärer Workshops, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie qualitativer Interviews mit Förder/innen und Beteiligten der Initiativen wurden im Forschungsprojekt innovative Formen gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für ein sozial-ökologisches Zusammenleben untersucht. Das übergeordnete Ziel des Forschungsprojekts besteht darin, förderliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herauszuarbeiten.

Unter „gemeinwohlorientierten Initiativen“ kann ein breites Spektrum an verschiedenen Aktivitäten und Organisationsformen verstanden werden. Im Vorhaben werden dabei vor allem diejenigen Initiativen betrachtet, die sich sowohl auf „Gemeinschaft“ als auf das „Gemeinwohl“ beziehen. Die Eigeninteressen der Teilnehmer/innen tragen zum Gemeinwohl bei oder gehen über die unmittelbaren Gruppeninteressen hinaus. Sie agieren nicht gewinnorientiert und verhelfen in ihrem Ansatz der Allgemeinheit zur Lösung sozial-ökologischer Probleme. Dabei stellt es insbesondere eine Herausforderung dar, die sozialen und ökologischen Werte und Ziele – wie sie beispielsweise in den globalen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals (SDG)) zum Ausdruck kommen – in die Organisation und Praxis der Initiativen einzubinden.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der qualitativen Interviews, die zwischen Januar und April 2018 mit insgesamt 27 Vertreter/innen gemeinwohlorientierter Initiativen (15) und mit sogenannten Intermediären (12), das heißt Personen, die an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung, Politik und Förderer agieren, durchgeführt wurden. Themen der Interviews waren die Organisationsweise der Initiativen (Rechtsform, Gemeinschaftlichkeit), die Bedeutung der Digitalisierung für die Initiativen sowie die von ihnen angestrebten Wirkungen. Weiterhin wurden die Erfahrungen mit und die Bedeutung von Förderinstrumenten erfragt. Zudem wurden ebenso die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit Akteuren aus der Verwaltung, der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik thematisiert.

Die Analyse der Befunde orientierte sich an folgender übergreifenden Frage: Welchen Beitrag können innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation leisten und welches Potenzial besitzen die Initiativen, wenn es darum geht, gesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen oder zu beeinflussen?

Zwei sozial- und politikwissenschaftliche Theoriedebatten waren für die Konzeption der Studie von Bedeutung: Zum einen die Debatte um Gemeinschaftlichkeit und Vergemeinschaftung, um die unterschiedlichen Verständnisse von Gemeinschaft und ihren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Lebensweise zu untersuchen. Zum anderen die Debatte der Transformationsforschung, um vor allem die Herausforderungen, mit denen die Initiativen konfrontiert sind, aber auch die Wirkmacht, welche die Initiativen entfalten können, mit Bezug auf die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen.

Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird in der Debatte um die posttraditionale Vergemeinschaftung eine große Bedeutung beigemessen, da sie Potenziale und Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel – der häufig als sozial-ökologische Transformation verstanden wird – aufweisen. Dieses Potenzial einer gesellschaftlichen Veränderung wird auch seitens der Politik erkannt und mündet in die Frage, wie innovative gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützt und gefördert werden können, um ihre Potenziale zu entfalten und zu verstärken. Die Themen Gemeinschaft und Vergemeinschaftung haben in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition und unterschiedliche zeithistorische Konjunkturen. Vor dem Hintergrund der modernen Gesellschaft als globalisierte und internationalisierte Gesellschaft werden auch die Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung wieder aktuell. In diesem Zusammenhang geht es häufig in Entgegensetzung zur Gesellschaft darum, die besonderen Potenziale und Neuartigkeiten von Gemeinschaften (wie z. B. Eventisierung, vgl. Betz 2016) und den Prozess der Vergemeinschaftung (vgl. Hitzler et al. 2008) herauszuarbeiten.

Die vorliegende Untersuchung setzte an zentralen Überlegungen dieser Debatten an, um die Besonderheiten innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen herauszuarbeiten und ihre Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation zu ermitteln. Hierbei wurde gezeigt, dass die untersuchten Initiativen hinsichtlich vieler Aspekte an die sozialwissenschaftlichen Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung anschlussfähig sind (z. B. mit Blick auf die drei Verständnisse von Gemeinschaft). Darüber hinaus konnte verdeutlicht werden, dass die Besonderheiten der Initiativen vor allem in ihren spezifischen Beiträgen zu einer sozial-ökologischen Transformation bestehen. Diese Beiträge sind sehr vielfältig und reichen von Beiträgen, die sich auf das Individuum, seine Selbstermächtigung und Kompetenzen beziehen, bis hin zu Beiträgen, die vor allem auf den lokalen und kommunalen Kontext ausgerichtet sind und sich dort, unter anderem in Experimentierräumen, manifestieren. Eine Besonderheit dieser Initiativen ist vor allem auch darin zu erkennen, dass sie sich als politisch aktiv begreifen und eine nachhaltigere Gesellschaft als Ziel anstreben.

Die empirischen Ergebnisse machen darüber hinaus aber auch deutlich, dass die Initiativen mit enormen Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aufgaben konfrontiert sind, die ihr innovatives Potenzial einschränken. Forschungsdesiderate bestehen deshalb vor allem in den Fragestellungen zu den Barrieren und Hemmnissen der Initiativen bei der Erreichung struktureller Wirksamkeit und bei den Veränderungen im Sinne der sozial-ökologischen Transformation. Lohnenswert erscheint es hierfür vor allem, gescheiterte Initiativen in den Blick zu nehmen, um an diesen die Problemlagen zu studieren und stärker verallgemeinern zu können sowie daraus Lernpotenziale abzuleiten.

Debatte der Transformationsforschung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird auch in theoretischen Überlegungen und Konzepten der Transformationsforschung deshalb eine große Bedeutung beigemessen, da sie in Nischen neue Wege des Denkens, Handelns und Organisierens erproben und somit Alternativen zu bestehenden (nicht-nachhaltigen) Systemen (Regime) anbieten. Darauf aufbauend, haben

Politik und Verwaltung in jüngerer Zeit damit begonnen, die Erprobung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen im Rahmen von Reallaboren, Urban Living Labs und ähnlichen Ansätzen aktiv zu fördern. Wie eine Skalierung dieser Alternativen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels erfolgen kann und welche Rolle Politik dabei spielen kann, ist theoretisch jedoch nicht gefasst und konzeptionell erst in Ansätzen ausgearbeitet. Vielmehr zeichnet sich das Forschungsfeld diesbezüglich durch parallele empirische Studien und Heterogenität aus, wobei viele konzeptionelle und begriffliche Unschärfen und Überschneidungen zu konstatieren sind (vgl. Augenstein et al. 2019). Für die Transformationsforschung stellt sich damit umso mehr die Frage, welche Dynamiken während und nach der Experimentierphase (vgl. auch pre-development phase, Rotmans/Kemp 2001) von Bedeutung sind, um Wandlungsprozesse anzustoßen und zu beschleunigen.

Die vorliegende Untersuchung setzte konzeptionell auf eine der jüngeren und umfangreichsten Studien (vgl. Ehnert et al. 2018) zu Mechanismen der Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels auf, hat diese empirisch untersucht und liefert damit weitere Hinweise zur Ausprägung und Bedeutung dieser Mechanismen sowie deren Verhältnis zueinander. Die Mechanismen des Wachstums, der Vervielfältigung, der Organisationsentwicklung und der Vernetzung sind auch in der vorliegenden Untersuchung vielfach zu beobachten gewesen. Auch wenn die diesbezüglichen Aktivitäten bereits mit enormen Anstrengungen seitens der Initiativen verbunden sind, erscheinen sie keinesfalls hinreichend, um die Wandlungsdynamiken zu beschleunigen. Vielmehr werden sie in friedlicher Koexistenz zum bestehenden Regime verfolgt und irritieren dieses dabei (bislang) kaum. Sie stellen jedoch die Basis, manchmal sogar eine zwingende Voraussetzung (z. B. Rechtsform) für Aktivitäten zur Etablierung weiterer Mechanismen dar, etwa zur Nutzung von Gelegenheitsfenstern, die beispielsweise politische Beschlüsse und (Förder-)Programme bieten.

Vor allem zeigt sich, dass die Einbettung von neuen Wegen des Denkens, Handelns und Organisierens in bestehende Systeme (Regime) wichtig zum Anstoßen weiterer Dynamiken, zugleich aber auch sehr voraussetzungsvoll ist. Dort, wo eine solche Einbettung zumindest teilweise gelungen ist, wird der Möglichkeitsraum für weitere Aktivitäten und andere Initiativen deutlich erhöht und das System zumindest sensibilisiert und teilweise geöffnet. Auf dem Weg zur Einbettung scheint dabei der Mechanismus der Brückenbildung durch Schaffung von intermediären Strukturen und Akteuren von zentraler Relevanz zu sein. Oft werden intermediäre Funktionen von den Initiativen selbst wahrgenommen, womit ihnen eine weitere Rolle bezüglich einer sozial-ökologischen Transformation (vgl. Frantzeskaki et al. 2016; Ehnert et al. 2019) zukommt.

Die vorliegende Untersuchung legt den Schluss nahe, dass die untersuchten Mechanismen bezüglich der durch sie angestoßenen Veränderungen unterschiedliche Rollen spielen und teilweise aufeinander aufbauen beziehungsweise einander bedingen. Weitere Forschungsarbeiten sollten sich insbesondere mit der Rolle von Intermediären in verschiedenen Sektoren (Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft) und mit deren Zusammenwirken sowie deren Kapazitäten zur Einbettung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme beschäftigen.

Schlussfolgerungen für (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen

Zusammenfassend kann die Frage, ob und wie (Umwelt-)Politik die genannten Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels unterstützt, fördert oder einschränkt, unterschiedlich beantwortet werden. Die Ergebnisse und die Diskussion haben gezeigt, dass (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen jetzt schon innovative,

gemeinwohlorientierte Initiativen bezüglich der Skalierung ihrer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen unterstützen. So gewinnen Initiativen durch eine Förderung an Legitimation und finanziellen sowie personellen Handlungsspielraum. Dies erlaubt ihnen unter anderem, ihren Wirkungskreis zu erweitern (Mechanismus Wachstum). Zudem werden die Initiativen zu einer gewissen Professionalisierung veranlasst und können somit neue Erfahrungen und Fähigkeiten in ihrer Organisationsentwicklung aufbauen (Mechanismus Professionalisierung & Organisationsentwicklung). Zugleich stellen die aktuellen Rahmenbedingungen zur Entgegennahme von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen jedoch hohe Anforderungen an die rechtliche, finanzielle und organisatorische Fundierung der Initiativen, was zeitliche und personelle Ressourcen erfordert, die der Initiative nicht für ihre Kernaktivitäten zur Verfügung stehen und deshalb zu Konflikten innerhalb der Initiative führen können. Dies trifft ebenfalls dann zu, wenn die inhaltliche Ausrichtung der Unterstützungs- und Fördermaßnahmen Kompromisse bezüglich der eigenen Werte und normativen Leitbilder erfordert. Es ergibt sich hier insgesamt ein Bild, wonach die bestehende Förderlandschaft und die damit verbundenen Rahmenbedingungen die Innovationskraft der Initiativen ungewollt hemmen.

Eine weitere Problematik ergibt sich aus dem Innovationszwang der öffentlichen Förderung, die eine nicht endende Flut von stets neuen Ideen zur Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels einfordert und zu wenig darauf ausgerichtet ist, Erreichtes zu sichern, zu stabilisieren und aktiv zu vervielfältigen und in bestehende Strukturen einzubetten. Auch die Zeitabläufe während der Förderverfahren sowie die Zielvorgaben bezüglich der Erfolgsmessung sind häufig nicht kompatibel mit den Zielen, dem Erfolgsverständnis und den Arbeitsprozessen der Initiative. Das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ wurde hier als positive Weiterentwicklung hervorgehoben, welches den Initiativen vergleichsweise gute Rahmenbedingungen bietet.

Große Lücken scheinen bezüglich des Mechanismus Übersetzung und Brückenbildung zu bestehen. Die Forderung nach einem 100-Intermediäre-Programm mag dies unterstreichen. Akteure, die aktiv zwischen verschiedenen Sektoren, Handlungsfeldern, Normen, Werten und Sprachen vermitteln und übersetzen, werden bisher nicht systematisch gefördert, sodass diese Aufgabe entweder zusätzlich von einzelnen Akteuren übernommen wird oder bei mangelnder Zeit oder mangelnden Fähigkeiten gar nicht erledigt werden kann.

Insofern lässt sich bezüglich der Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels ein gemischtes Fazit ziehen, bei dem Aufwand und Nutzen für beide Seiten, die Fördermittelgeber und die gemeinwohlorientierten Initiativen, noch in keinem sehr guten Verhältnis stehen und Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der (umwelt-)politischen Unterstützungs- und Förderlandschaft liefern.

Auf der Grundlage der empirischen Befunde wurden acht Handlungsansätze identifiziert, die im Projektvorhaben weiterverfolgt wurden.

- ▶ Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten gefördert sowie intermediäre Strukturen ausgebaut und co-produktive Orte geschaffen werden.
- ▶ Zugänge zu Flächen und Räumen sollten ermöglicht, symbolische und konkrete Experimentierräume und Freiräume offengehalten werden.
- ▶ Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Fachberatung von Initiativen sollten gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.

- ▶ Förderstrukturen sollten besser auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgerichtet werden.
- ▶ Eine geeignete digitale Governance sollte die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aufgreifen und ihnen Freiräume schaffen.
- ▶ Digitale Kompetenzen (Digital Literacy) von gemeinwohlorientierten Initiativen sollten gestärkt und die gesellschaftliche Teilhabe im Kontext der Digitalisierung gefördert werden.
- ▶ Durch Anerkennung gemeinwohlorientierter Initiativen sollten die sozial-ökologischen Aspekte gestärkt, die Teilhabechancen erhöht und die Vielfalt in der Gesellschaft einbezogen werden.
- ▶ Das Vereins- und Steuerrecht sollte vereinfacht, das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden.

Summary

The challenges for sustainable development are enormous. This is why their mastering requires the participation of all social actors. On this basis the role of social-ecological forms of coexistence and common good orientation for the environment and social policy are emphasized. These initiatives are often created “from within society” and within the living environments of the citizens. Multi-generational living, co-housing and co-working, open workshops and creative neighbourhood centres, community gardens and online platforms for trading, renting and co-creation – there are already multiple examples for innovative forms of communality and orientation towards common good, which are working on concrete solutions for the social-ecological transformation. The initiatives represent an important contribution for good and solidary coexistence. However, until now these communities still exist in niches and have to deal with multiple challenges regarding societal stabilization and dissemination.

These innovative and towards common good oriented initiatives were analysed as part of the research project “Eco-political support and facilitation strategies for strengthening social-ecological forms of coexistence and common good orientation”. By conducting transdisciplinary workshops, a representative survey, and qualitative interviews with facilitators and participants from the initiatives, the research project analysed innovative forms of common good oriented initiatives and their contribution to a social-ecological coexistence. The research project’s overarching goal is to extract conducive parameters for facilitating innovative and common good oriented initiatives and propositions for (eco-)political support measures.

“Common good oriented initiatives” can include a broad spectrum of various activities and organisation forms. The project at hand predominately focuses on initiatives which refer to both, “community” and “common good”. The participants’ individual interests either contribute to common good or go beyond the immediate group interests. They do not act profit-oriented and with their approach they lead the general public to the solution of social-ecological problems. Integrating social and ecological values and goals – as they are for example presented in the global development goals (Sustainable Development Goals (SDG)) – into the initiatives organization and practice remains an extraordinary challenge.

The report at hand shows the results from the qualitative interviews, which were conducted between January and April 2018 with overall 27 representatives from common good oriented initiatives (15) and with so called intermediaries (12), meaning individuals who act at the interface between initiatives, administration, politics and sponsors. The topics of the interviews deal with the initiative’s organisation structure (legal structure, communality), the meaning of digitalization for the initiatives, as well as the pursued impacts. Additionally, the experiences with, and the meaning of support instruments were investigated. Also, experiences concerning the collaboration with other civil society actors, actors from the administration, from science, from the economy and politics were thematised.

The results’ analysis was carried out along the overarching question: In what way can innovative and common good oriented initiatives contribute to the social-ecological transformation and what potential do the initiatives have for initiating or influencing transformation processes?

Two theoretical debates from social and political sciences were relevant for conceptualizing the study. On the one hand the debate on communality and communalization, in order to research the varying understandings of community and its contribution for social cohesion and a more sustainable way of living. On the other hand, the debate of transformation research, in order to analyse the challenges with which the initiatives are confronted, but also the efficacy, which the initiatives can unfold regarding political and legal perimeters.

Debate on post traditional communalization

Since they exhibit potentials and chances for societal change – often understood as social-ecological transformation, innovative and common good oriented initiatives are granted a great importance within the debate on post traditional communalization. This potential for a societal change is also recognized by politics and leads to the question how innovative common good oriented initiatives can be supported and facilitated, in order to unfold strengthen their potential. The topics community and communalization have a long tradition and various historical conjunctures within social sciences. In the context of modern society as globalized and internationalized society the debates on community as well communitarization also become relevant again. Contrary to society this often leads to extracting the special potentials and novelties of community (for example eventization, see further Betz 2016) and the process of communitarization (see further Hitzler et al. 2008).

The study at hand began with central reflections on these debates in order to extract the characteristics of innovative and common good oriented initiatives and to determine their contributions to the social-ecological transformation. It was shown that the analysed initiatives are compatible regarding many aspects to social science debates on community and communitarization (e.g. according to three understandings of community). Furthermore, it was made clear that the initiatives' features are based particularly on their specific contributions to a social-ecological transformation. These contributions are very diverse and represent contributions dealing with the individual, its self-empowerment and competencies or contributions which are oriented towards local and communal contexts and manifest themselves in experimental spaces. One feature of these initiatives can be seen in the fact that they understand themselves as politically active and that their goals is to pursue a more sustainable society.

In addition, the empirical results also make clear that the initiatives are confronted with enormous challenges when trying to realize their goals and tasks, which limits their potential. Areas of future research therefore mainly include questions on barriers and constraints for the initiatives when trying to reach structural efficiency and changes in the sense of the social-ecological transformation. This is why it especially seems worthwhile to focus on failed initiatives in order be able to study and generalize the problems and to also deduct potentials for future learning.

Debate on Transformation Research

Innovative common good oriented initiatives are also granted a great importance in theoretical reflections and concepts of the transformation research because they try out new ways of thinking, acting and organizing in niches and thus offer alternatives to existing (non sustainable) systems (regimes). On this basis politics and the administration have recently begun to actively test alternative ways of thinking, acting and organising in the context of real laboratories, urban living labs, and similar approaches. Nevertheless, it has not yet been framed theoretically and conceptually and merely been developed at the basis how a scaling of these alternatives to a societal level can be reached in order to accelerate a social-ecological change and what role politics has in this. In this regard the field of research is much more characterized by parallel empirical studies and heterogeneity as many conceptual and terminological ambiguities can be detected (see further Augenstein et al. 2019). For the transformation research this poses the question even more which dynamics are relevant during and after the experimentation phase (see further also pre-development phase, Rotmans/ Kemp 2001), in order to initiate and accelerate transformation processes.

The investigation at hand was conceptually based on one of the more recent and elaborate studies (see further Ehnert et al. 2018) on mechanisms of accelerating social-ecological change. It has evaluated the latter empirically and thus offers further indications on the characteristics and meanings of these mechanisms as well as their relation to each other. The mechanisms of growth, multiplication, organisation development and networking were also observed in the study at hand. Even though the activities regarding this are tied to enormous efforts on the initiatives' part, they do not in any way seem sufficient for accelerating dynamics of change. Rather they are followed in peaceful co-existence with the existing regime and thus hardly irritate it (so far). However they do form the basis, in some cases even a necessary precondition (e.g. legal structure) for activities in order to establish further mechanisms, for example the utilization of opportunity windows which are for example given by political decisions and (funding) programs.

It goes to show that the embedment of new ways of thinking, acting and organizing within existing systems (regimes) is important and at the same time very demanding for initiating further dynamics. In the cases in which such an embedment was at least partly successful, the possibilities for further activities and other initiatives are considerably increased and the system is at least sensitized and partly opened. On the path to embedding, mechanisms of building bridges by creating intermediary structures and actors seem pivotal. Often the initiatives themselves realize these intermediary functions, which gives them another role regarding a social-ecological transformation (see further Frantzeskaki et al. 2016; Ehnert et al. 2019).

The study at hand suggests that the analysed mechanisms regarding the changes induced by them play different roles and partly build upon each other or induce each other respectively. Further research should especially focus on the roles of intermediaries in different sectors (civil society, politics and administration, economy and science) and their interaction as well as their capacities for embedding alternative ways of thinking, acting and organizing in various societal systems.

Conclusions for (environment-) political measures of support and facilitation

In conclusion, the question whether or not and in which way (environmental) politics supports, facilitates or restrains the stated mechanisms for accelerating a social-ecological change can be answered in different ways. The results and the discussion have shown that (environment-) political support and facilitation mechanisms already promote innovative, common good oriented initiatives regarding the scaling of their ways of thinking, acting and organizing. This is how initiatives gain legitimation and financial as well as personnel room for manoeuvre. Among other things this allows them to broaden their sphere of influence (mechanism growth). In addition, the initiatives are motivated to practice a certain professionalization and can thus gather new experiences and skillsets in their organisation development (mechanism professionalization & organisation development). However, the current conditions for receiving funding and support measures pose high requirements to the initiatives' legal, financial and organizational foundation which demands temporal and personnel resources, the initiative does not have for their core activities and which can therefore lead to conflicts within the initiative. This also applies if the content-related orientation of the support and funding mechanisms requires compromises concerning the own values and normative guiding principles. Overall this creates an image according to which the existing promotional landscape and the connected parameters unwillingly inhibit the initiatives' innovation power.

The innovation pressure of public funding creates another problem, since it demands a never-ending flood of constantly new ideas for designing the social-ecological change, while not being focused on saving, stabilizing, actively disseminating and embedding the achieved into already

existing structures. Also, time frames during the funding procedures as well objectives regarding the measurement of success are often not compatible with the goals, the understanding of success and the work processes of the initiative. The program “short ways for climate protection” was highlighted here as positive progression, offering comparatively good basic conditions to the initiatives.

Large gaps seem to persist regarding the translation and bridge building mechanisms. The demand for a 1.000-intermediaries-program might emphasize this. Actors which mediate and translate actively between different sectors, fields of action, norms, values and languages are so far not systematically supported, so that this task has to either be additionally taken on by individual actors or cannot be pursued at all due to lacking time or skill resources.

Insofar the mechanisms for accelerating a social-ecological change lead to mixed conclusions in which effort and benefit for both sides, the funding body and common good oriented initiatives, are not yet in a good relation and do not offer starting points for further developing the (environment-) political support and funding landscape.

Based on the empirical findings eight approaches of action were identified which were further pursued in the project proposal.

- ▶ Cooperation and exchange between communes and civil society actors should be funded. Intermediary structures should be expanded and co-productive spaces should be created.
- ▶ Access to areas and spaces should be granted and symbolic as well as concrete spaces for experimenting and free spaces should be kept open.
- ▶ Civil society organizations for providing expert services for initiatives should be strengthened and their networking should be supported.
- ▶ Funding structures should be better focused on the various development phases of civil society initiatives.
- ▶ An adequate digital governance should capture the potentials of common good oriented initiatives and create open spaces for them.
- ▶ Digital competencies (digital literacy) of common good oriented initiatives should be strengthened and societal participation should be supported in the context of digitisation.
- ▶ By acknowledging common good oriented initiatives social-ecological aspects should be strengthened, participation chances should be increased and diversity should be integrated in society.
- ▶ The fiscal law and the law of associations should be simplified, the law of common good should be adjusted.

1 Einleitung

Seit einigen Jahren wird verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft diskutiert. Diese Initiativen entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger/innen. Beispiele hierfür sind Mehrgenerationenwohnen, Co-housing und Co-working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Co-creation. Es handelt sich hierbei um innovative Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung, die konkrete Lösungen für den sozial-ökologischen Wandel erarbeiten. Bisher sind diese Gemeinschaften aber noch in Nischen positioniert und müssen sich mit vielfältigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Stabilisierung und Verbreitung auseinandersetzen.

Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium geförderten Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“¹. Mittels transdisziplinärer Workshops, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie qualitativer Interviews mit Förder/innen und Beteiligten der Initiativen wurden im Forschungsprojekt innovative Formen gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für ein sozial-ökologisches Zusammenleben untersucht. Das Ziel des Forschungsprojekts bestand darin, förderliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herauszuarbeiten.²

Unter „gemeinwohlorientierten Initiativen“ wird ein breites Spektrum verschiedener Aktivitäten und Organisationsformen verstanden. Es handelt sich hierbei vor allem um Initiativen, die sich sowohl auf die „Gemeinschaft“ als auf das „Gemeinwohl“ beziehen. Die Eigeninteressen der Teilnehmer/innen tragen zum Gemeinwohl bei oder gehen über die unmittelbaren Gruppeninteressen hinaus. Sie agieren nicht gewinnorientiert und verhelfen in ihrem Ansatz der Allgemeinheit zur Lösung sozial-ökologischer Probleme.³ Dabei stellt es insbesondere eine Herausforderung dar, soziale und ökologische Werte und Ziele – wie sie beispielsweise in den globalen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals (SDG)) zum Ausdruck kommen – in die Organisation und Praxis der Initiativen einzubinden.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der qualitativen Interviews, die zwischen Januar und April 2018 mit insgesamt 27 Vertreter/innen gemeinwohlorientierter Initiativen (15) und mit sogenannten Intermediären (12), das heißt Personen, die an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung, Politik und Förderer agieren, durchgeführt wurden. Themen der Interviews waren die Organisationsweise der Initiativen (Rechtsform,

¹ Das Forschungsvorhaben wurde gemeinsam vom Institut für Sozialinnovation Consulting (ISIconsult), dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und dem Forschungs- und Beratungsinstitut adelphi im Auftrag des Umweltbundesamts und Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt (Förderzeitraum 12/2017 - 10/2019). Die Auftraggeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der im Papier dargelegten Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Auftraggeber übereinstimmen.

² Das Forschungsvorhaben schließt an zwei Projekte des Umweltbundesamts an: „Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können“ (FKZ 3713 11 102) (Kny et al. 2015), „Von der Nische in den Mainstream II – Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können“ (FKZ 3714 17 100 0) (Wunder et al. 2019).

³ Daneben weisen gemeinwohlorientierte Initiativen übergreifend folgende Charakteristika auf: Die Initiativen entstehen häufig aus der Gesellschaft heraus und in den Lebenswelten der Bürger/innen. Sie basieren in der Regel auf neuen Formen von Gemeinschaftlichkeit, die nicht auf Verwandtschaftsverhältnissen beruhen, sondern selbstgewählt sind, in Bezug auf ideale Interessen entstehen und teilweise zeitlich beschränkt sind. Sie sind offen für neue Akteure oder Gruppen und orientieren sich an kooperativen, partizipativen, demokratischen und / oder inkludierenden Werten.

Gemeinschaftlichkeit), die Bedeutung der Digitalisierung für die Initiativen sowie die von ihnen angestrebten Wirkungen. Weiterhin wurden die Erfahrungen mit und die Bedeutung von Förderinstrumenten erfragt. Zudem wurden ebenso die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit Akteuren aus der Verwaltung, der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik thematisiert.

Im vorliegende Bericht orientiert sich die Analyse der Befunde an folgender übergreifender Frage: Welchen Beitrag können innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation leisten und welches Potenzial besitzen die Initiativen, wenn es darum geht, gesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen oder zu beeinflussen?

Zwei sozial- und politikwissenschaftliche Theoriedebatten waren für die Konzeption der Studie von Bedeutung, auf die im Kapitel 2 näher eingegangen wird. Zum einen wird auf die Debatte um Gemeinschaftlichkeit und Vergemeinschaftung näher Bezug genommen, um die unterschiedlichen Verständnisse von Gemeinschaft und ihren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Lebensweise zu untersuchen. Zum anderen geht es um die Debatte der Transformationsforschung, um vor allem die Herausforderungen, denen sich die Initiativen stellen, aber auch die Wirkmacht, welche die Initiativen entfalten können, mit Bezug auf die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu analysieren. Das methodische Vorgehen zur Untersuchung der Initiativen wird im Kapitel 3 näher beschrieben. Im Kapitel 4 werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt, die im Anschluss (Kapitel 5) daran im Hinblick auf den Forschungsstand diskutiert werden. Der Bericht schließt mit Schlussfolgerungen für den wissenschaftlichen Diskurs und für die Umweltpolitik (Kapitel 6).

2 Posttraditionale Vergemeinschaftung und sozial-ökologische Transformation

Zivilgesellschaftliche Initiativen weisen nicht nur auf gesellschaftliche Problemlagen hin, sie entwickeln auch Lösungsmuster und sind damit innovativ. Über lokal verankerte Projekte, die oft gemeinschaftlich organisiert sind, werden Lösungen für gesellschaftliche Probleme geschaffen, die versuchen, sowohl auf soziale als auch auf ökologische Herausforderungen eine Antwort zu finden. Ein Erbe der neuen sozialen Bewegungen sind nicht nur die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Mitbestimmung, sondern auch ein neuer Politikansatz. Diese Form der „Sub-Politik“ (vgl. Beck et al. 1999) oder „Politik von unten“ (Roth 2011: 127) will nicht mehr über Forderungen an politische Akteure Gesellschaft gestalten, sondern über eine Änderung der Alltagspraktiken zu einer gesamtgesellschaftlichen Transformation gelangen (vgl. Eder 2015; Eckert 2015). Mit ihrer Problemwahrnehmung stellt der zivilgesellschaftliche Sektor auch die Anpassungsfähigkeit der modernen Gesellschaft an sich verändernde Umweltbedingungen sicher. Vor diesem Problemhintergrund werden im Folgenden zentrale Annahmen zweier sozial- und politikwissenschaftlicher Theoriedebatten referiert, die einen wesentlichen konzeptionellen Rahmen für die empirische Untersuchung im Forschungsvorhaben bildeten.

2.1 Posttraditionale Vergemeinschaftung

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen⁴ sind oft gemeinschaftlich organisiert. Sie verstehen die gemeinschaftliche Organisationsweise als Ausdruck ihrer alternativen – zum Teil auch (sozial-)ökologischen – Praktiken. Darüber hinaus wird in die Initiativen von anderen gesellschaftlichen Akteuren unter anderem die Hoffnung gesetzt, dass sie nicht nur zur sozial-ökologischen Transformation, sondern auch über die Gestaltung einer lebendigen Bürgergesellschaft zu einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zu einer vertieften Demokratisierung beitragen (Roth 2011; Leggewie 2011). An dieser Stelle sei bereits darauf verwiesen, dass die jeweilige gemeinschaftliche Organisationsweise und das Verständnis von ‚Gemeinschaft‘ bei den untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen divergieren. Darüber hinaus können gerade durch die gemeinschaftliche Organisationsweise die Entwicklung kreativer Lösungsmuster für sozial-ökologische Problemlagen erleichtert werden. Es entstehen aber auch Herausforderungen, die damit zusammenhängenden innovativen Praktiken zu verstetigen und zu verbreitern.

Die neueren Diskussionen um den Begriff der Gemeinschaft stehen in engem Zusammenhang mit der **Individualisierungsdebatte** (Junge 2002). Der Prozess der Individualisierung wird dabei als eine Freisetzung des Individuums aus den traditionellen (gemeinschaftlichen) Bindungen und als eine Wiedereingliederung in gesellschaftliche Bindungen, zum Beispiel in gesellschaftliche Funktionssysteme (wie zum Beispiel in den Markt) und Organisationen (wie zum Beispiel in Arbeitsorganisationen) aufgefasst. In der Debatte um eine (posttraditionale) Vergemeinschaftung wird dieser Prozess oftmals als **Narrativ des Verlustes** (Rosa et al. 2010: 39 ff.) gerahmt, eines Verlustes gemeinschaftlicher Nähe zugunsten gesellschaftlicher Vereinzelung. Eine Sichtweise – wie zum Beispiel die unten erwähnte kommunitaristische – bewertet dies negativ und sieht in der zunehmenden Individualisierung eine Behinderung sozialer Ordnungsbemühungen und eine Schwächung des sozialen Zusammenhalts. Auf der anderen Seite wird in der soziologischen Theorietradition die Freisetzung des Menschen als Emanzipations-, Freiheits- und Autonomiegewinn begrüßt (Habermas 1994: 441, Junge 2002: 12 f.). Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass mit den Individualisierungsprozessen auch neue

⁴ Im Folgenden wird im synonymen Verständnis häufig auch die Kurzform „Initiativen“ genutzt.

Verhaltenserwartungen an die Individualität und Entscheidungsfähigkeit institutionalisiert werden, die zugleich normieren (Habermas 1994) und das Individuum überlasten können (Ehrenberg 2011). Honneth (1993) verweist in seinem (normativen) Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung darauf, dass in Gemeinschaften sich die Subjektwerdung gerade in vertrauensvollen, aber selbstgewählten und selbstgestalteten Sozialzusammenhängen vollziehen kann. Der Gemeinschaftsbegriff wird sowohl von den innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen als auch in der soziologischen Theorietradition als Gegenbegriff zu dem der ‚Gesellschaft‘ konzipiert. Gemeinschaft wird als ein ‚warmer‘ Gegen-Ort zu einer als ‚kalt‘ empfundenen Gesellschaft gesehen (vgl. Rosa et al. 2010; Kunze 2013; Reichhardt 2014).

Zentral für den soziologischen Gemeinschaftsbegriff – dessen kurze Diskussion an dieser Stelle die Bedeutungsgehalte der Gemeinschaftsverständnisse bei den Initiativen aufhellen kann – sind die beiden Klassiker Ferdinand Tönnies (1855-1936) und Max Weber (1864-1920). Tönnies definierte in seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ Gemeinschaft in Abgrenzung zu Gesellschaft. Er reagierte dabei auf zwei Phänomene, die zeitgenössische Theoretiker/innen beschäftigte: Die Industrialisierung und die Verstädterung. Die „alten“ agrarischen Gesellschaften lösten sich beschleunigt auf, erste Schritte im Übergang zur Industriegesellschaft wurden gegangen. Tönnies baute seinen Gemeinschaftsbegriff auf die Erfahrung mit verwandtschaftlichen Beziehungen auf und übertrug diese auf nicht-verwandtschaftliche Gemeinschaften, wie Nachbarschaften und Freundschaften. Im Gegensatz hierzu steht bei Tönnies der Gesellschaftsbegriff, für den sinnbildlich die anonymen Beziehungen in der Stadt und auf dem Markt stehen können. Gesellschaft beruht damit auf Konventionen und Gemeinsamkeiten bestehen nur für die Dauer des Tauschaktes (Tönnies [1887] 1972; Bickel 1999).

Rezipiert wurde die Entgegensetzung von Gemeinschaft und Gesellschaft unter anderem von Max Weber ([1921] 1970), der die beiden Begriffe in die sozialen Prozesse der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung überführte. „Vergemeinschaftung soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns [...] auf subjektiv gefühlter (affektuellem oder traditioneller) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht.“ „Vergesellschaftung soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem Interessensausgleich oder auf ebenso motivierter Interessenverbindung beruht“ (Weber [1921] 1970: 21). Weber bringt die beiden Prozesse der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung mit seinen vier Handlungstypen des zweckrationalen, wertrationalen, emotionalen und traditionellen Handelns in Zusammenhang. Vergesellschaftung steht bei ihm in Zusammenhang mit rationalem Handeln – sei es zweckrational oder wertrational. Vergemeinschaftung verbindet er mit affektuell und traditionalem Handeln.

Im Begriff von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Tönnies und Weber ist demnach eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen sozialer Beziehungen enthalten. Während Prozesse der Vergemeinschaftung mit traditionellen Gesellschaften und vertrauensvollen Sozialbeziehungen in Verbindung gebracht werden, werden Prozesse der Vergesellschaftung mit Modernisierung und formalen Sozialbeziehungen assoziiert. Gleichwohl wurde in der Rezeption von Tönnies Werk der Gemeinschaftsbegriff insbesondere durch völkische und nationalsozialistische Denker vereinnahmt. Was deutlich wird, ist die Tatsache, dass mit der Entgegensetzung von Gemeinschaft und Gesellschaft eine Wertung verbunden wurde und es sich bei beiden nicht nur um analytische Begriffe handelt.

In der **Kommunitarismus-Debatte** – die in den 1980er Jahren, ausgehend vom anglo-amerikanischen Raum, die Debatte um den Gemeinschaftsbegriff wiederaufnahm – wurden die

Prozesse der Vergesellschaftung und der Vergemeinschaftung nicht mit der Wertung modern versus unmodern versehen. Der Kommunitarismus ist im Kontext der Politiken der Liberalisierung unter den Regierungen Reagan und Thatcher zu sehen. Gemeinschaften, so lautet seine Grundthese, sind für das Funktionieren von gesellschaftlichen Beziehungen funktional. Moderne Produktions-, Tausch- und Steuerungsprozesse müssen in Gemeinschaftsbeziehungen eingebettet werden, um ihre Funktionstüchtigkeit sicherzustellen (vgl. für eine Übersicht Rosa et al. 2010 und für die deutsche Diskussion Brumlik/Brunkhorst 1993).

Nach Putnam (1995) – einem wesentlichen Vertreter der Kommunitarismus-Debatte – wurde zivilgesellschaftliches Engagement als Ausdruck der Gemeinschaftsbindung in einer Kommune verstanden. Dabei wurde – gemessen zum Beispiel an der Vereinsdichte, dem Grad des bürgerschaftlichen Engagements, der Wahlbeteiligung und dem politischen Interesse – eine Abnahme des zivilgesellschaftlichen Engagements festgestellt und eine Beziehung zu sinkendem Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Solidaritätsbereitschaft hergestellt.⁵ Damit – so die Diagnose des Kommunitarismus – würden sich westliche Gesellschaften destabilisieren. Eine Gegenmaßnahme wurde in der Stärkung lokaler Gemeinschaften und im zivilgesellschaftlichen Engagement gesehen. Der für die Debatte zentrale **Begriff des Sozialkapitals** bezeichnet ein dichtes Netzwerk lokal verankerter Sozialbeziehungen. Sozialkapital führt über die Ausbildung wechselseitigen Vertrauens auch zu Vertrauen in überindividuelle gesellschaftliche Institutionen (Putnam 2000; Rosa et al. 2010: 101 f.).

Die Prognosen in Bezug auf den Verfall des Sozialkapitals wurden von den Autor/innen inzwischen relativiert und darauf verwiesen, dass Gemeinschaften, insbesondere dann, wenn sie sozial exklusiv sind, eine desintegrierende Wirkung haben können (Rosa et al. 2010: 108 f.). Putnam hat in der Weiterentwicklung seines Ansatzes aus diesem Grund zwischen zwei verschiedenen Sorten von Sozialkapital differenziert, dem „bridging social capital“ und dem „bonding social capital“. Während Letzteres vor allem auf einer geschlossenen Gruppenidentität basiert, die Fremde und Fremdes ausschließt, ist vor allem erstere Sozialkapitalform („bridging“) für den sozialen Zusammenhalt in modernen Gesellschaften gewinnbringend. In diesem Zusammenhang bildet nicht das Gemeinsame, sondern die Verschiedenheit die Grundlage von Solidarität (Putnam 2000; Rosa et al. 2010: 108 f.).

Parallel zu der eher in liberal-konservative Politikvorstellungen eingebundenen Diskussion zum Gemeinschaftsbegriff erfolgte eine linksliberale Adaption durch Akteure der **Neuen sozialen Bewegungen**. Der Gemeinschaftsbegriff wurde aufgegriffen, um alternative Lebens- und Organisationsformen einzuführen (vgl. Reichardt 2014). So war Teil des Selbstverständnisses der linksalternativen Milieus in den 1970er Jahren die Gemeinschaftsbildung. Dieses Konzept wurde als Abgrenzung zur alten Linken⁶, aber auch zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, „die als kalt, entfremdet, durchherrscht und ausbeuterisch bezeichnet wurde“ (Reichardt 2014: 21), entwickelt. Gemeinschaft wurde dabei als positiver Bezugspunkt mit der Metapher der „Wärme“ beschrieben, während die Gesellschaft als „kalt“ dargestellt wurde. „Wärme“, das bedeutete Subjektivität und Innerlichkeit und „Kälte“ Rationalismus und Bürokratismus. Als Abgrenzung zur alten Linken eignete sich die Metapher ebenso, da diese den Rationalismus als Weg zu Emanzipation befürwortete. Konkret wurden Gemeinschaften Teil des linksalternativen Milieus, insbesondere in der Alternativbewegung, die Ende der 1970er Jahre eine Vielzahl von alternativen Projekten verfolgte: Wohngemeinschaften, Landkommunen, selbstverwaltete

⁵ Die Annahme, dass gesellschaftliche Beziehungen, wie formale Organisationsbeziehungen, sowie Marktbeziehungen in vertrauensvolle beziehungsweise informelle Sozialbeziehungen eingebettet sein müssen, ist ein weitverbreiteter Befund in den Sozialwissenschaften. Für die Einbettung von Marktbeziehungen vgl. Polanyi ([1944] 1978) und Granovetter (1973). Für die Bedeutung informeller Beziehungen in formalen Organisationen vgl. Luhmann (2001).

⁶ Damit sind die kommunistischen Parteien und Splittergruppen (K-Gruppen) gemeint.

Betriebe im Bereich Kinderbetreuung, Medien und anderen sozialen, auf Dienstleistung beruhenden Branchen (Reichardt 2014: 328). Die Organisation in alternativen Projekten hatte zum Ziel, sich von den etablierten Institutionen der Gesellschaft abzugrenzen und stellte eine Kritik am Kapitalismus dar. Damit reagierte die linke Szene auf das Scheitern vorangegangener Politikkonzepte (Reichardt 2014: 319). Das Streben nach Selbstverwaltung drückte den Wunsch aus, mit der Emanzipation in der Praxis zu beginnen. Die Alternativprojekte verstanden sich als Labore. Vor allem hinsichtlich der (Selbst-)Motivation wurde dieses Selbstverständnis real: Weil Anreize, wie Geld, Prestige und Vorgesetzter, ausfielen, mussten andere intrinsische Anreize an ihre Stelle treten (Reichardt 2014: 320 ff.). Auch wenn es naheliegt, die Organisationsweisen der alternativen Unternehmen mit den postmodernen Managementpraktiken gleichzusetzen⁷, sieht Reichardt (2014: 321) eine solche Verbindung nur bedingt. Die Alternativprojekte scheiterten aufgrund von mangelnder Effizienz, ebenso an internen Konflikten und mangelnder Arbeitseinstellung, hoher Fluktuation und nachlassendem Engagement. Mitte der 1990er Jahre war ein Großteil von ihnen wiedereingestellt, auch wenn aus einigen Projekten erfolgreiche kleine Betriebe wurden (Reichardt 2014: 345 ff.). Das heutige Engagement in innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zehrt vom Erbe der neuen sozialen Bewegungen. Gemeinschaft bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur vertrauensvolle Beziehungen, sondern auch das Aushandeln in selbstorganisierten Prozessen. Wichtig ist, dass hier mehr noch als in der Kommunitarismus-Debatte „Gemeinschaft“ ein normativ aufgeladenes Konzept darstellt.

Der Ansatz der posttraditionalen Vergemeinschaftung, vertreten von Hitzler, Honer und Pfadenhauer (2008), will sich hingegen der Bewertung von Gemeinschaften entziehen und einen seiner normativen Bezüge entledigten **empirischen Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung** für die Sozialforschung etablieren. Die Forscher/innen greifen dabei auf einen von Axel Honneth in der deutschen Kommunitarismus-Debatte geprägten Begriff zurück (Honneth 1993; Brumlik/Brunkhorst 1993). Die normative Ausrichtung einer in posttraditionale Gemeinschaften erfolgenden Emanzipation des Individuums wurde dabei aufgegeben und der Begriff als allgemeines empirisches Konzept für die Untersuchung auch nicht-emanzipatorischer Vergemeinschaftungsformen in der Moderne umgearbeitet (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 14; Rosa et al. 2010: 61 ff.). Posttraditionale Vergemeinschaftung wurde insbesondere bei der empirischen Untersuchung von Jugendszenen und Formen gemeinschaftlichen Konsums beobachtet, der Begriff dann aber auch auf soziale Bewegungen übertragen.⁸ Damit eignet sich der Begriff ebenso dafür, Bezüge zu innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen herzustellen.

Posttraditionale Gemeinschaften zeichnen sich in Abgrenzung von dem traditionellen Verständnis von Gemeinschaft dadurch aus, dass Ein- und Austritt freiwillig sind und die Mitgliedschaft nicht wirksam sanktioniert werden kann. Mitglieder werden nicht zur Mitgliedschaft verpflichtet, sondern durch besondere Erlebnisse und den Ausbruch aus der „Banalität des Alltäglichen verführt“ (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 17 f.). Das gemeinsame Handeln in posttraditionale Gemeinschaften folgt nicht primär geteilten Interessen, vielmehr werden diese häufig in ihnen durch ein gemeinsames Handeln erst erzeugt. Ähnlich wie traditionelle Gemeinschaften stellen posttraditionale Vergemeinschaftungsformen Regeln und Routinen zur Verfügung und bieten den Individuen damit Orientierung (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 17 f.).

⁷ Eine solche Herleitung findet sich bei Boltanski/Chiapello ([1999] 2006).

⁸ Für die Ausweitung auf die Untersuchung Sozialer Bewegungen vgl. beispielhaft Betz (2016).

Der Begriff der **intentionalen Gemeinschaft**, wie er insbesondere in den Arbeiten von Grundmann (2011) und Kunze (2009; 2013) verwendet wird, betont im Anschluss an die Arbeiten von Hitzler et al. (2008) insbesondere die emanzipatorische Wirkung posttraditionaler Vergemeinschaftung. Sie gehen dabei von der These aus, dass Individualisierung nicht jenseits von Gemeinschaften, also von vertrauensvollen Bezügen stattfindet, sondern vielmehr in ihnen. Gegenstand der empirischen Forschung sind Lebensgemeinschaften, wie zum Beispiel Ökodörfer, aber auch Co-housing-Projekte (Kunze 2013). Nach Grundmann (2011) stehen Lebensgemeinschaften, wie sie zum Beispiel seit den 1970er Jahren entstehen, zwischen privat und öffentlich, da mit diesen Gemeinschaften alternative Lebensziele verwirklicht werden sollen. Intentionale sind Gemeinschaften nicht nur deshalb, weil sie willentlich hergestellt werden, sondern auch deshalb, da mit ihnen ein transformatives Potenzial verbunden wird. Intentionale Gemeinschaften verfolgen damit auch politische Ziele, und zwar im Sinne einer „Politik von unten“ oder einer „Subpolitik“, die an den Alltagspraktiken der Beteiligten (in den Worten von Grundmann als Lebensführung, vgl. Grundmann 2011: 283) ansetzt.

Am Beispiel der Kommune Niederkaufungen arbeitet Grundmann (2011) heraus, dass das Leben in der Gemeinschaft nicht, wie in einigen Vorurteilen gegenüber dem Gemeinschaftsleben behauptet, die Entfaltungs- und Selbstermächtigungspotenziale des Einzelnen einschränkt. Vielmehr sei ein „enormes Emanzipationspotenzial“ (Grundmann 2011: 292) erkennbar. Der Grund sei, dass in Gemeinschaften eine Lebensführung Einzelner praktiziert werden kann, die das Ergebnis reflexiver Kritik ist. Das Leben in Gemeinschaften wird nicht als privat verstanden, sondern als „Gegenmodell zu vorherrschenden Lebensweisen insgesamt“ (Grundmann 2011: 198). Auch Kunze (2013) verdeutlicht am Beispiel des Ökodorfs Sieben Linden, dass unter dem Motto „Einheit in der Vielfalt“ ein harmonisches Verhältnis von Mensch und Natur verwirklicht werden soll. Schlüsselbegriff sei hierbei die Achtsamkeit gegenüber sich, dem Anderen und der Natur. Diese Achtsamkeit wird vor allem in der Spiritualität, mit der eine ganzheitliche Selbst- und Weltsicht gemeint ist, gesehen.

Im Zusammenhang mit der empirischen Untersuchung posttraditioneller Vergemeinschaftung tauchte das Phänomen der **Event-Vergemeinschaftung** auf. Mit Event-Vergemeinschaftung ist das (insbesondere bei Groß-)Veranstaltungen entstehende Gemeinschaftsgefühl gemeint. Betz (2016) beschreibt diese Form der Vergemeinschaftung anhand der Schnippeldiskos und schlägt damit ebenso eine Brücke zu bürgerschaftlichem Engagement und den Diskussionen um einen neuen Engagement-Typ, der eher auf kurzfristige Verpflichtung und Spaß ausgerichtet ist. Auf dieser Veranstaltungsform wird im Rahmen der Proteste gegen die industrialisierte Landwirtschaft („Wir haben es satt“ einer Großdemonstration, die jährlich anlässlich der Grünen Woche in Berlin stattfindet) aus sogenanntem Knubbelgemüse gemeinschaftlich eine Protestsuppe gekocht. Betz beschreibt, wie mit diesen Veranstaltungen leicht zugängliche Sinnangebote unterbreitet werden. Kollektive Identitäten werden – ähnlich wie bei rituellen religiös motivierten Handlungen – durch bestimmte Praktiken und Narrationen zeitlich und räumlich begrenzt erzeugt und gehofft, dass dies über die Veranstaltung hinaus selbst ausstrahlt und die Alltagspraktiken der Beteiligten beeinflusst.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Debatte um neue Formen von Gemeinschaftlichkeit sind der Verweis auf die **Emotionen** und die Spezifität des **Gemeinschaftsgefühls**. Dabei werden die Rauschhaftigkeit von Gemeinschaftserlebnissen und die ‚Verführung‘ zum Gemeinsamen in den Vordergrund gerückt. Dies wird so interpretiert, dass trotz der im Zuge der Modernisierungsprozesse sich vollziehenden Rationalisierung **irrationale Momente** erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang wird oft auf Michel Maffesoli (1996) und seine These des „Neo-Tribalismus“ aufmerksam gemacht (vgl. Rosa et al. 2010: 62 ff.; Keller 2008). Damit verbunden ist die Beobachtung, dass postmoderne Individuen nomadisch seien und nur

sporadisch in Gemeinschaftswelten und in „ereignishaft-orgiastische Erlebnisbeziehungen“ eintauchen würden (Rosa et al. 2010: 63). Im Rückgriff auf psychoanalytische Analysen im Rahmen von Studien zur Massenpsychologie wurde auf die bedrohlichen und zerstörerischen Elemente von Gemeinschaften und Gemeinschaftserlebnissen für die individuelle Identität verwiesen. Vor allem in Bezug auf Analysen des Faschismus und nationalistischer Ideologien wurden solche Überlegungen virulent (vgl. Dahmer 1970; Rosa et al. 2010: 86 f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl der normative als auch der empirische Begriff von Gemeinschaft für die Analyse gemeinschaftlicher Organisationsweisen von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen von Bedeutung sind. Die verschiedenen Bewertungen von Gemeinschaft und Gesellschaft spiegeln sich in den Gemeinschaftsverständnissen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen wider. Die konkreten gemeinschaftsbasierten Praktiken können dabei insbesondere durch Hitzlers et al. (2008) empirischen Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung erhellt werden. Dabei stellt sich spezifischer ebenfalls die Frage, inwiefern bei den hier betrachteten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen die Aspekte der Event-Vergemeinschaftung und des Gemeinschaftserlebnisses eine Rolle spielen.

2.2 Transformationsforschung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird auch in theoretischen Überlegungen und Konzepten der Transformationsforschung eine große Bedeutung beigemessen. Unter anderem werden diese Initiativen als Nischenakteure verstanden, die auf Basis sozialer Innovationen (Rückert-John 2013) und häufig im Rahmen posttraditionaler Formen der Vergemeinschaftung neue Wege des Denkens, Handelns und Organisierens erproben (Ehnert et al. 2018; Gorrisen/Meynearts 2018). Sie führen damit wichtige sozio-technische und sozio-ökologische Veränderungen in die Gesellschaft ein, denen eine zentrale Bedeutung für eine Transformation zur Nachhaltigkeit beigemessen wird (Seyfang/Smith 2007; Seyfang/Haxeltine 2012; Rückert-John 2013). Während die grundsätzliche Bedeutung und das Potenzial innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen unbestritten sind (Frantzeskaki et al. 2017), werden Wege der Skalierung dieser Nischenaktivitäten auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene und die diesbezügliche Rolle unterschiedlicher Akteure, etwa die der Umweltpolitik, bisher weniger ausgelotet und konzeptionell erfasst (Ehnert et al. 2017; Dinnie 2016). In diesem Kapitel sollen daher die aktuellen und mit Blick auf innovative gemeinwohlorientierte Initiativen relevanten theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Transformationsforschung umrissen werden.

2.2.1 Verständnis, Verlauf und Analyse von Transformationsprozessen

Innerhalb der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung besteht weitgehend Konsens, dass eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit auf nationaler und internationaler Ebene einen tiefgreifenden Wandel in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen erfordert. Aktuell steht die globale Gesellschaft Problemen gegenüber, die weder allein durch technologische Innovationen noch durch politische Interventionen gelöst werden können (Smith et al. 2005; Grin et al. 2010). „[E]ine radikale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft als Antwort auf eine Reihe von andauernden Problemen, mit denen moderne Gesellschaften konfrontiert sind, scheint daher unabdingbar“ (Blum et al. 2016: 5). Andere Denk-, Handlungs- und Strukturierungsweisen sind essenzielle Bestandteile dieser Transformation (Frantzeskaki/de Haan 2009).

Die Transformationsforschung versteht den grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel „als eine Abfolge tiefgreifender Phasen der Veränderung“, der sich über einen Zeithorizont von 30 bis 50

Jahren erstrecken kann (Loorbach 2012). Aus der Analyse historischer Transformationen ist zudem bekannt, dass sich ein solcher Wandel nicht linear vollzieht und dabei verschiedene Phasen mit unterschiedlichen Dynamiken durchlaufen werden. So unterscheiden van der Brugge/Rotmans (2007) eine Vorläufer-, eine Start-, eine Beschleunigungs- und eine Stabilisierungsphase. Dabei scheinen innovative gemeinwohlorientierte Initiativen insbesondere in der Vorläufer- und Startphase als „frontrunner“ und „Pioniere des Wandels“ (WBGU 2011) essenziell. Deren alternative Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen entstehen co-evolutionär zu den dominanten gesellschaftlichen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen (z. B. Nahrungsmittelproduktion und -konsumption). In der Beschleunigungsphase findet hingegen ein sichtbarer, struktureller Wandel durch die Akkumulation von sozio-kulturellen, ökonomischen, ökologischen und institutionellen Veränderungen statt, die aufeinander reagieren. Innerhalb dieser Phase sind kollektive Lern-, Diffusions- und Einbettungsprozesse zu beobachten (Rotmans et al. 2001). Ob und wie ein Übertritt in eine Beschleunigungsphase gegebenenfalls (politisch) initiiert oder gesteuert werden kann, ist bisher nur in Ansätzen diskutiert, wobei die diesbezüglich notwendige „transformative capacity“ überwiegend als unzureichend beschrieben wird (Wolfram 2016).

Für die Analyse von Transformationsprozessen hat sich in der Transformationsforschung die sogenannte Mehr-Ebenen-Perspektive (multi-level-perspective) als fruchtbare Perspektive etabliert. In dieser werden mit ‚Regime‘, ‚Landschaft‘ und ‚Nische‘ drei analytische Begriffe und Ebenen unterschieden. Ein Transformationsprozess vollzieht sich demnach durch ein Wechselspiel von Ereignissen auf diesen drei Ebenen (Geels 2012). Die **Regime-Ebene** bildet die dominanten Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen eines gesellschaftlichen Bereiches ab, zum Beispiel die des aktuellen Mobilitäts- und Verkehrssystems, basierend auf den fossilen Energieträgern. Auf diese Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen sind alle gesellschaftlichen Teilsysteme (wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur) abgestimmt. Die Teilsysteme stehen daher in einer Art „dynamischen Stabilität“ (Blum et al. 2016: 6) zueinander, die eine „eingespielte Konstellation“ darstellt (ebd.). Die **Landschafts-Ebene** bildet übergeordnete, in der Regel schwer oder nicht zu beeinflussende Prozesse (z. B. demografischer Wandel, Klimawandel) und Kontexte (z. B. physisch-geografische Gegebenheiten) sowie Ereignisse (z. B. Krisen, Schocks) ab. Diese können das bestehende Regime stabilisieren oder auch unter „Stress setzen“ und somit Gelegenheitsfenster für Alternativen öffnen. Als dritte analytische Ebene betrachtet die Transformationsforschung die **Nischen** der sozio-technischen Innovationen, in jüngerer Zeit auch unter Einbezug von sozialen und frugalen Innovationen (Haxeltine et al. 2017; Rosca et al. 2017). In Nischen werden Innovationen auf kleinster Ebene erdacht, entwickelt, ausprobiert und angewandt. Diese neuen Wege des Denkens, Handelns und Organisierens können in der Nische gefestigt werden und durch unterschiedliche Impulse einen Wandel im Regime anstoßen und fördern. Verschiedene Gelegenheitsfenster (windows of opportunity) geben den Nischeninnovationen die Möglichkeit, ins Regime vorzustoßen, um hier Routinen aufzubrechen sowie das Regime zu einer Anpassung zu zwingen (Geels/Schot 2007, Blum et al. 2016). Die Nischenakteure, häufig in Form von innovativen Initiativen beziehungsweise Graswurzelinitiativen, die sich sozialer Innovationen und posttraditionaler Formen der Vergemeinschaftung bedienen und diese schaffen, sind daher Gegenstand vertiefter Betrachtungen in der Transformationsforschung.

2.2.2 Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen als Nischenakteure

In ihrer umfassenden Untersuchung verschiedener Forschungsvorhaben zeigen Frantzeskaki et al. (2017), dass die organisierte Zivilgesellschaft das Wissen, die Flexibilität und die Kapazitäten aufweist, um Projekte aus der Taufe zu heben, die einen direkten Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation leisten. Der in lokalen Initiativen organisierten Zivilgesellschaft

wird dabei eine Schlüsselrolle für einen sozial-ökologischen Wandel zugeschrieben (ebd.). Hierbei erfüllt das zivilgesellschaftliche Engagement verschiedene soziale Funktionen. Zum einen sind zivilgesellschaftliche Initiativen die Treiber des Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Zum anderen können sie durch ihre Praktiken die Lücken schließen, die durch den Rückzug des Wohlfahrtsstaates entstehen – als „safeguard and self-serving actor of social needs and social conflicts“ (Frantzeskaki et al. 2017: 45). Auch als „disconnected innovator“ trägt die Zivilgesellschaft zum Nachhaltigkeitswandel bei, ist in ihrem Beitrag aber aufgrund der Exklusivität des Vorhabens von anderen Akteuren abgekoppelt (Frantzeskaki et al. 2017: 45 f.).

Innerhalb der Transformationsforschung werden verschiedene Begriffe verwendet, um zivilgesellschaftlich organisierte Nischenakteure zu bezeichnen und zu charakterisieren, wie etwa Graswurzelinnovationen (Smith/Seyfang 2013), Nachhaltigkeitsinitiativen (Ehnert et al. 2018; Gorissen et al. 2017) oder auch gemeinschaftsbasierte Initiativen (Dinnie/Holdstead 2017; Creamer 2015). Seyfang/Smith (2007) definieren Graswurzelinnovationen als „innovative networks of activists and organizations that lead bottom-up solutions for sustainable development; solutions that respond to the local situation and the interests and values of the communities involved. In contrast to the greening of mainstreaming business, grassroots initiatives tend to operate in civil society arena and involve committed activists who experiment with social innovations as well as using greener technologies and techniques“ (Seyfang/Smith 2007: 585).

Trotz unterschiedlicher Nuancierungen bezüglich des Verständnisses ist ihnen gemeinsam, dass sie auf einer lokalen Ebene ansetzen und von dort ihr Wissen, ihre Praktiken und Organisationsweisen verbreiten sowie mit neuen Governance-Arrangements und innovativen technologischen, organisatorischen oder sozialen Ideen experimentieren (Seyfang/Smith 2007; Hargreaves et al. 2013; Feola/Nunes 2014). Dabei adressieren sie verschiedene Handlungs- und Bedürfnisfelder, beginnend mit der Energieversorgung, organisiert in Genossenschaften, über Produktion und Distribution von Nahrungsmitteln, wie urbane oder gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft, offene Werkstätten und Fablabs, Transition-Town-Gemeinschaften bis hin zu verkehrs- und mobilitätspolitischen Themen sowie Initiativen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ihre Visionen und Werte werden durch ihr Handeln und Denken in die jeweiligen lokalen Kontexte übersetzt und an diese angepasst (Bulkeley 2006). Mit ihren neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen zeigen sie innerhalb einer geschützten Nische mögliche Wege für eine sozial-ökologische Transformation auf. Sie kreieren damit einen sozialen und oft auch physischen Raum, um neue Ideen und Praktiken auszuprobieren, und ermöglichen es somit anderen Akteuren, ihre alternativen, nachhaltigen, sozial-ökologischen Werte auszudrücken (Seyfang/Smith 2007).

Wunder et al. (2019: 12) weisen drauf hin, dass nicht alle zivilgesellschaftlichen Initiativen das gleiche Transformationspotenzial aufweisen und schlagen vor, dieses daran zu bemessen, „a) wie innovativ und tiefgreifend die entwickelten Ansätze und Praktiken sind, b) ob sie in ihrem Ansatz Nachhaltigkeit integriert und in globaler Verantwortung denken sowie c) ob sie Wandel anstoßen – entweder durch das Anstoßen gesellschaftlicher Debatten und Lernprozesse oder in dem sie Strukturen schaffen zur Änderung von Praktiken.“ In Abhängigkeit von der Ausprägung dieser Bewertungskriterien sei das Potenzial für eine Skalierung von Nischenaktivitäten in den gesellschaftlichen Mainstream also unterschiedlich. Zudem sei das Transformationspotenzial durch die Kopplung mit Nachhaltigkeitszielen normativ definiert, womit der disruptive Charakter einer Initiative allein nicht ausreiche, um als transformativ eingestuft zu werden (ebd.: 13).

2.2.3 Skalierung von Nischenaktivitäten auf gesamtgesellschaftliche Ebene und die Rolle von Politik

Wie Ehnert et al. (2018) anhand der fünf europäischen Städte Budapest, Brighton, Dresden, Genk und Stockholm zeigen, haben sowohl die absolute Anzahl als auch die Diversität der Handlungsfelder seit den 2000er Jahren zugenommen. Insbesondere jüngere Generationen gründen, tragen und unterstützen diese Initiativen. Trotz dieser zu verzeichnenden Dynamik ist ein sich abzeichnender Wandel zu nachhaltigen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen nach dem Vorbild dieser Initiativen in breiten Teilen der Bevölkerung noch nicht feststellbar. Daher haben sich verschiedene Forschungsprojekte unter anderem mit Fragen beschäftigt, wie und mithilfe welcher Strategien diese Nischenaktivitäten auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene skaliert werden können. Auf Basis verschiedener empirischer Beobachtungen und theoretischer Überlegungen wurden als relevante Mechanismen zum Beispiel Übersetzung (Smith 2007), Vertiefung, Verbreitung und Wachstum der Initiativen (Van de Bosch/Rotmans 2008), Verankerung (Elzen et al. 2012), Abschirmung, Nähren und Empowern (Smith/Raven 2012) und Vervielfältigen sowie die Organisationsentwicklung (Seyfang/Haxeltine 2012, Wunder et al. 2019) identifiziert. Wunder et al. (2019: 13) betonen, dass außerdem der Bekanntheitsgrad einer Initiative, die Verständlichkeit und Anschlussfähigkeit sowie die Erfüllung von Promotorenrollen bzw. das Vorhandensein von ‚change agents‘ wichtige Grundlagen einer Skalierbarkeit bilden. Ehnert et al. (2019) zeigen zudem, dass das Vorhandensein von intermediären Akteuren und Strukturen eine wichtige Voraussetzung für die Vernetzung und Übersetzung von Nischenaktivitäten der Initiativen in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext sind.

Im empirisch breit aufgestellten europäischen Projekt ARTS (Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability) wurden, basierend auf der Auswertung oben genannter Studien sowie eigener empirischer Erhebungen in fünf europäischen Städten, sieben Mechanismen identifiziert, die eine Beschleunigung von urbanen Transformationsprozessen durch die Verbreitung und Förderung von neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen unterstützen können (vgl. Blum et al. 2016).

- ▶ **Wachstum einzelner Initiativen:** Der Mechanismus beschreibt die quantitative Zunahme von Mitgliedern, Unterstützer/innen oder Nutzer/innen einer spezifischen Nachhaltigkeitsinitiative.
- ▶ **Organisationsentwicklung/Professionalisierung:** Der Mechanismus beschreibt die institutionelle Entwicklung von Nachhaltigkeitsinitiativen im Spannungsfeld von Ehrenamt, Kreativität, Verlässlichkeit und professioneller Organisation.
- ▶ **Vervielfältigung eines erfolgreichen Ansatzes:** Dieser Mechanismus beschreibt die Übernahme innovativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen einer Nachhaltigkeitsinitiative durch eine neue Initiative in gleicher oder gegebenenfalls angepasster Weise an einem anderen Ort.
- ▶ **Übersetzung und Brückenbildung:** Dieser Mechanismus beschreibt die Übersetzungs- und Verständigungsarbeit zwischen verschiedenen Systemlogiken, Weltbildern und Sprachen, die häufig eine Voraussetzung erfolgreicher Kooperation und Netzwerkbildung sowie der Einbettung in bestehende Strukturen bildet.

- ▶ **Bildung von Partnerschaften und Netzwerken:** Bei diesem Mechanismus geht es um die Zusammenführung oder gegenseitig ergänzende Nutzung von Ressourcen, Kompetenzen und Kapazitäten, und zwar mit dem Ziel, Synergien nutzbar zu machen.
- ▶ **Nutzung von Gelegenheitsfenstern:** Der Mechanismus umfasst die Erschließung und Nutzung von hilfreichen Anknüpfungspunkten und Gelegenheitsfenstern, die sich aus den verschiedenen Kontextebenen einer Stadtregion ergeben (Länderebene, nationale, europäische und internationale Ebene). Dabei kann es um die Nutzung von Förderprogrammen ebenso gehen wie darum, an übergeordnete politische Diskurse anzuschließen.
- ▶ **Einbettung in bestehende Routinen:** Dieser Mechanismus bezeichnet die dauerhafte Verankerung innovativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in die bestehenden stadtreionalen Entwicklungsprozesse und Steuerungsstrukturen.

Diese identifizierten Mechanismen kommen nicht unabhängig voneinander zum Tragen, sondern können sich gegenseitig beeinflussen und verstärken (Ehnert et al. 2017: 3). Zugleich zeigen Ehnert et al. (2018) Konflikte und aktuelle Grenzen der Implementierung dieser Mechanismen auf. So kreieren Wachstumsprozesse mitunter Spannungen innerhalb der Organisationsentwicklung, Aktivitäten zugunsten einer Vernetzung gehen zu Lasten der Kernaktivitäten und die Entgegennahme von Fördermitteln erfordert mitunter den Übergang in eine neue Rechtsform und die Einführung einer Hierarchie sowie von Ämtern innerhalb der Initiativen. Weitere Risiken entstehen durch zu starke Abhängigkeiten von öffentlichen Fördermitteln und der damit verbundenen „Projektifizierung“ (vgl. Ehnert et al. 2018; Priemer et al. 2016: 13). Scholl/Gossen (2017) attestieren der deutschen Umweltpolitik „nur wenige zielgerichtete Maßnahmen, die explizit soziale Innovationen adressieren und ihre Förderbedingungen und Anforderungskataloge auf diese zugeschnitten haben. So entsteht der Eindruck, dass eine Vielzahl der geförderten Initiativen eher zufällig von den Maßnahmen profitiert.“

Dinnie/Holstead (2017) fügen der Diskussion um den Einfluss von öffentlichen Förderungen auf Initiativen das Faktum hinzu, dass, sobald Gelder vonseiten des Staates fließen, Initiativen vor allem einem internen Druck ausgesetzt sind, der begleitet wird von verschiedenen Konflikten und Spannungen innerhalb der Gruppe (Dinnie/Holstead 2017). Die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel trage daher nicht nur dazu bei, dass Projekte durchgeführt werden können, sondern befördert auch Spannungen in der Gruppe, da die Mitglieder versuchen, den gemeinsamen Kurs, die Vision und den Fokus auf die Aktivitäten so zu verhandeln, dass sie sich im Rahmen der Förderprogramme bewegen können (Taylor Aiken 2014). Zudem blieben die durch die (hier schottische) Regierung definierten Ziele des Förderprogramms häufig hinter dem Anspruch der Initiativen bezüglich der anzustrebenden gesellschaftlichen Veränderungen zurück (Taylor Aiken 2014). Sektor übergreifende Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung sowie die Bildung von Partnerschaften werden allein schon durch die „verschiedene[n] Sprachen“ der unterschiedlichen Akteure erschwert (Ehnert et al. 2017: 11). Kommunikation wird auch dahingehend verhindert, dass Initiativen und öffentliche Einrichtungen unter anderem in anderen Sphären mit divergierenden normativen Erwartungen zur Funktion und (Zusammen-)Arbeit von Staat und Gesellschaft und nachzuverfolgenden Interessenlagen operieren (ebd.).

Resümierend lässt sich festhalten: Die hier bereits angerissenen Spannungsfelder zeigen, dass ein Zusammenspiel von Politik und Verwaltung mit der organisierten Zivilgesellschaft selbst bei

einer gemeinsamen normativen Orientierung auf einen sozial-ökologischen Wandel nicht ohne Weiteres organisiert werden kann. Damit resultiert insbesondere die Frage, wie (Umwelt-)Politik die Initiativen bezüglich der Umsetzung der oben genannten Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels unterstützen und fördern kann, ohne dabei die Initiativen zu überfordern oder in ihrem Kern durch notwendige Anpassungen (to fit & conform, Smith 2007) zu verändern oder gar in ihrer Existenz zu gefährden.

3 Methoden

Zur Beantwortung der übergreifenden Fragestellungen (siehe Kapitel 1) wurden zwischen Januar und Mai 2018 insgesamt 27 leitfadengestützte Expert/innen-Interviews durchgeführt. Zum einen wurden Vertreter/innen von 15 innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen interviewt. Zum anderen wurden 12 intermediär agierende Akteure für Interviews ausgewählt, die als vermittelnde Instanzen zwischen den Initiativen auf der einen und Förderern, Politik und Verwaltung auf der anderen Seite tätig sind.

Dabei wurde ein „zielgerichtetes Sampling“ (Longhurst 2010: 108) angestrebt. Die Auswahl der Initiativen erfolgte nach dem **Grad ihrer Innovativität** (gemessen am Ausmaß der Veränderung der etablierten Praxis). Ausgewählt wurden 15 Initiativen, die nach Einschätzung des Projektteams ein diesbezüglich hohes Innovationspotenzial aufweisen. Weiterhin sollten die gewählten Initiativen bis zum Zeitpunkt der Interviews mindestens **fünf Jahre bestanden** haben, um auch Einblicke in ihren Formalisierungs- und Organisationsprozess gewinnen zu können. Um einen Bias eines spezifischen umweltpolitischen Handlungsfelds (z. B. Energie) zu vermeiden und um handlungsfeldunabhängige Muster zu erkennen, sollten die Initiativen in möglichst vielen **verschiedenen umweltpolitischen Handlungsfeldern** verortet sein: Ernährung, Wohnen/Bau, Mobilität beziehungsweise Verkehr, Energie sowie Digitalisierung und Konsum. Um eine Verzerrung hinsichtlich spezifischer räumlicher Problemlagen sowie darauf bezogener Förderprogramme und Lösungen zu vermeiden, wurde bei der Auswahl der Initiativen darauf geachtet, dass diese in **verschiedenen räumlichen Kontexten agieren**. Folglich wurde bei der Auswahl darauf geachtet, dass jeweils Initiativen aus (1) urbanen, verdichteten Räumen, aus (2) ländlichen, weniger verdichteten Räumen und (3) an der Schnittstelle zwischen urbanen und ländlichen Räumen orientierten Initiativen im Sample vertreten sind. Zudem wurden zwei Initiativen ausgewählt, die maßgeblich im „**digitalen Raum**“ agierten und als digitale Gemeinschaften verstanden werden können. Darüber hinaus wurden zwei Fälle von „**gescheiterten**“ **Initiativen** in das Sample einbezogen, das heißt Initiativen, die zum Zeitpunkt der Erhebung ihre Aktivitäten eingestellt hatten. Eine Auflistung der Fälle ist der Tabelle 1 zu entnehmen.

Basierend auf der Auswahl der Initiativen, wurden **intermediäre Akteure** identifiziert, die an der Schnittstelle zwischen diesen Initiativen und Verwaltung/Politik/Förderern agieren.⁹ Es wurden intermediäre Vertreter/innen als Interviewpartner/innen ausgewählt, um sich Einblicke in die Arbeitsprozesse derjenigen zu verschaffen, deren tägliche Routine von Aushandlungsprozessen zwischen innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen, öffentlichen Institutionen und weiteren Institutionen und Akteuren gekennzeichnet ist. Durch die zusätzliche Befragung von Intermediären war es möglich, nicht nur die Innenperspektive der Initiativen zu erfragen, sondern auch eine Außenperspektive zu gewinnen.

Alle Interviewpartner/innen wurden über E-Mail angefragt. Geführt wurden die Interviews in persönlichen Gesprächssituationen oder in Ausnahmen per Telefon. Die leitfadengestützten Interviews dauerten zwischen 90 bis 120 Minuten. Im Anschluss daran wurden die Interviews transkribiert und in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2007) codiert und mithilfe der Software „MAXQDA“ und „Zettelkasten“ ausgewertet. Das Kodierungssystem

⁹ Diese Interviewpartner/innen werden im Text als „Intermediäre“ bezeichnet. In der Literatur zu Intermediären wird kein einheitliches konzeptionelles Verständnis vertreten. Intermediäre werden nicht durch ihre institutionelle Form definiert, sondern vielmehr nach einem relationalen Verständnis durch Beziehungen, in die sie eingebettet sind (Moss et al. 2011: 5). Sie stehen zwischen verschiedenen Akteuren, Institutionen, Prozessen und Interessen. Unabhängig davon, ob Intermediäre Dialoge vereinfachen, Rat und Führung bereitstellen, Diskrepanzen überbrücken, für Reformen und Reformierungsprozesse eintreten oder als Pioniere für neue Formen der Interaktion gelten -, ihre Handlungsarenen sind durch ihren Charakter des „Dazwischen-Seins“ definiert (Moss et al. 2011: 18). Im Forschungsvorhaben werden Intermediäre als jene Akteure verstanden, die als Vermittler/innen und Schnittstelle zwischen Kommunalpolitik/-verwaltung und Zivilgesellschaft tätig sind.

wurde a priori der Datenerhebung erstellt. Es wurden Fallbeschreibungen für jedes Interview angefertigt.

Die Strukturierung der Interviewleitfäden erfolgte entlang von **drei Themenkomplexen**¹⁰, die sich aus bisherigen Forschungsergebnissen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen und zur Möglichkeit ihrer Förderung und Unterstützung durch die (Umwelt-)Politik ableiten (vgl. u. a. Ehnert et al. 2017): Die organisationale Innenperspektive, die Wirkungen von Initiativen und die Einbettung der Initiativen in die Gesellschaft. Bezüglich dieser Themenkomplexe wurden folgende empirische Fragestellungen formuliert:

- ▶ **Organisationale Innenperspektive:** Wie organisieren, entwickeln und stabilisieren sich innovative Gemeinschaften und wie können sie durch (Umwelt-)Politik dabei unterstützt werden?
- ▶ **Wirkungen:** Welche Wirkungen erzielen innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und wie kann (Umwelt-)Politik diese dabei unterstützen, ihre Wirkungen zu erhöhen?
- ▶ **Einbettung in die Gesellschaft:** Welche Interaktionen bestehen zwischen innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen und anderen gesellschaftlichen Akteuren und wie kann (Umwelt-)Politik die Initiativen dabei unterstützen, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stärken?

Tabelle 1: Ausgewählte Fälle für Interviews

Räumlicher Fokus	Initiativen	Intermediäre
urbane/verdichtete Räume	Fall 1: Wohngemeinschaft	Fall 16: Intermediär Kommune
	Fall 2: Autofreie Mobilität	Fall 17: Intermediär Transition-Town-Netzwerk
	Fall 3: Urban Gardening	Fall 18: Intermediär urbane Initiativen
	Fall 4: Quartiersbezogene Stadt- und Nachbarschaftsentwicklung	Fall 19.1/ Fall 19.2: Intermediär urbane Gärten & offene Werkstätten (Förderperspektive)
ländliche/wenig verdichtete Räume	Fall 5: Temporäre Gemeinschaften des Teilens/ Carrotmob	Fall 20: Intermediär urbane Initiativen
	Fall 6: Bürgergetragene Mobilität	Fall 21: Intermediär Ökodörfer
	Fall 7: Dorfladen	
	Fall 8: Bioenergiedörfer	
Verbindung unterschiedlicher Räume	Fall 13: Ökodorf-Gemeinschaft	
	Fall 9: Verbrauchergemeinschaften	Fall 24: Intermediär zu Solidarischer Landwirtschaft

¹⁰ Im Zuge der Interviews wurde auch ein vierter Themenkomplex (Digitalisierung) behandelt, der jedoch nicht Bestandteil dieses Ergebnisberichts ist.

Räumlicher Fokus	Initiativen	Intermediäre
	Fall 10: Energiegenossenschaften	Fall 22: Intermediär zu zivilgesellschaftlichen Initiativen im städtischen und ländlichen Bereich
		Fall 23: Intermediär zu städtischen und ländlichen Initiativen (Förderträger)
Digitale Gemeinschaften	Fall 11: Kultur-und Freirauminitiative	Fall 27: Wissenschaftler/in mit Schwerpunkt Digitalisierung
	Fall 12: Offene Werkstatt	
„Gescheiterte“ Initiativen	Fall 14: Transition Town	
	Fall 15: Bürgerladen	
Ohne engeren Raumbezug		Fall 25: (privatwirtschaftlicher) Förderer
		Fall 26: Intermediär zu Umweltengagement

4 Empirische Ergebnisse

Die nachfolgende Darstellung der empirischen Ergebnisse fokussiert auf die übergreifende Untersuchungsfrage: Welchen Beitrag leisten innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zur sozial-ökologischen Transformation und welches Potenzial besitzen sie, um gesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen oder zu beeinflussen? Hierbei geht es nicht um eine Darstellung und Analyse der konkreten Praktiken und entwickelten Lösungsansätze, sondern darum, die Chancen und Herausforderungen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen aufzuzeigen und zu fragen, inwiefern sie unter den gegebenen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ihre Potenziale entfalten können. Die Darstellung der empirischen Befunde ist in den folgenden Unterkapiteln nach gemeinschaftlicher Organisationsweise (Kapitel 4.1), Beiträgen der Initiativen zum Gemeinwohl und zur Demokratie (Kapitel 4.2) sowie der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren (Kapitel 4.3) gegliedert.

4.1 Organisation und Gemeinschaft

Eine Analyse der Organisationsweise von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen, ihrem Verständnis von Gemeinschaft und Selbstorganisation sowie ihrer gesellschaftlichen Anerkennung, zum Beispiel ihrer Gemeinnützigkeit und als Empfänger von Fördermitteln, ermöglicht es, die Frage sowohl nach den Beiträgen der Initiativen zu einer sozial-ökologischen Transformation als auch die nach ihren Potenzialen zu beantworten. So sehen die Initiativen bereits in ihrer gemeinschaftlichen Organisationsweise oftmals einen Beitrag sowohl zu sozialen und – wenn auch nur bei einigen wenigen Initiativen – zu ökologischen Werten und Zielen. Zum anderen birgt die gemeinschaftliche Organisationsweise nicht nur intern Herausforderungen in sich, sondern auch extern, zum Beispiel bei der Kooperationsfähigkeit der Initiative mit anderen Akteuren.

Im Folgenden werden zunächst verschiedene Verständnisse von Gemeinschaft bei den befragten Initiativen dargestellt (Abschnitt 4.1.1). Im Anschluss daran werden die gemeinschaftlichen Aspekte und Herausforderungen der Selbstorganisation für die Initiativen verdeutlicht (Abschnitt 4.1.2). Auf die Herausforderungen, die sich aus der Fremdperspektive ergeben, wird dann im letzten Abschnitt eingegangen (Abschnitt 4.1.3). In diesem Abschnitt geht es aus transformationswissenschaftlicher Perspektive auch darum, inwiefern sich (umweltpolitische) Maßnahmen auf die Selbstorganisation von zivilgesellschaftlichen Initiativen dann auswirken können, wenn sie Fördermittel beantragen und in Anspruch nehmen.

4.1.1 Verständnisse von Gemeinschaft

In den Interviews konnten drei Verständnisse von Gemeinschaft identifiziert werden:

- ▶ Gemeinschaft als Prinzip der informellen Organisation zivilgesellschaftlicher Initiativen,
- ▶ Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung,
- ▶ Gemeinschaft als ideeller Bezugspunkt, wie zum Beispiel beim Bezug auf gemeinsame Werte in einer ländlichen Gemeinschaft oder einem Stadtteil.

Die ersten beiden Verständnisse – Gemeinschaft als informelle Organisation und Gemeinschaft als gegenseitige Verbundenheit und Wertschätzung – waren in den Interviews vorherrschend und überschnitten sich oftmals. Das dritte Verständnis, das auf eine ideelle Gemeinschaft verweist, wurde nur am Rande und vor allem in Bezug auf ländliche Gemeinschaften deutlich.

4.1.1.1 Gemeinschaft als informelle Organisationsweise

In den Interviews wurde unter Gemeinschaft oftmals die informelle Selbstorganisation der Initiativen verstanden. Gemeinschaftlichkeit in Initiativen meint in diesem Zusammenhang, sich **gemeinsam ein Ziel zu setzen**, zu kooperieren, sich gegenseitig zu helfen und dies möglichst wenig hierarchisch sowie ohne einen formellen Rechtsrahmen.

Ein großer Teil der befragten Initiativen und Intermediäre versteht unter Gemeinschaftlichkeit in erster Linie das **gemeinsame Tun**.¹¹ Gemeinschaftlichkeit bilde sich „über Gartenarbeit, gemeinsam was gestalten“ (Fall 3: 464), eine „gemeinsame Idee zu entwickeln, Aufgaben aufzuteilen, Deadlines einzuhalten“ (Fall 5: 137-141). Gemeinschaftlichkeit bedeute, dass „wir das quasi zusammen machen“ (Fall 11: 692). Gemeinschaft entstehe durch die „Face-to Face“-Begegnung und durch gemeinsame Aktivitäten (Fall 19.2 (Intermediär): 250). Eine gemeinschaftliche Initiative bestehe darin, „sich als Gemeinschaft [...] zusammentun, um gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, um gemeinsam ein gemeinsames Ziel zu verfolgen“ (Fall 20 (Intermediär): 317-318). Initiativen setzen sich eine „gemeinschaftliche Aufgabe“ (Fall 26 (Intermediär): 466), schließen sich zusammen, um Erfolge zu erzielen (Fall 26 (Intermediär): 448-482).

Das gemeinsame Tun wird nicht nur mit Kooperation assoziiert, sondern auch mit **gegenseitiger Hilfe**. So helfen sich in einer offenen Werkstatt die Beteiligten gegenseitig (Fall 12). Das gemeinsame Tun sei dabei an flachen Hierarchien orientiert. Die Initiativen wollen Hierarchien vermeiden und als Kollektiv agieren. Es gebe „grundsätzlich eine große Distanz zur Macht“ (Fall 18 (Intermediär): 673-674). Dem „System“ (Fall 18 (Intermediär): 681) würde vorgeworfen, „alles falsch [zu] mach[en]“ (Fall 18 (Intermediär): 682). Im Gegensatz hierzu wollen die Initiativen nach einer anderen Logik agieren, „man will das eben nicht durchökonomisiert machen“ (Fall 18 (Intermediär): 683). „Es ist [bei den Transition-Town-Initiativen, d. A.] eine sehr starke basisdemokratische Kultur vorhanden, die sich entweder wirklich in Konsensprinzipien ausdrückt oder im Sinne von eben einer sehr hohen Autonomie. Im Sinne von: ‚Alle können Gruppen bilden, wie sie gerade lustig sind und selbst auflösen‘“ (Fall 17 (Intermediär): 103-105).

Gemeinschaftlichkeit meint auch Lernen, sich zu organisieren, Raum zu bieten für **Selbstorganisation**. Wenn Gemeinschaftlichkeit als das gemeinsame, kooperative Vorgehen verstanden wird, dann ist die Abstimmung von arbeitsteiligen Prozessen ein zentraler Punkt für gemeinschaftliches Handeln, meist unter Bezugnahme auf **flache Hierarchien**. Was hier gelernt werde, seien Sozialtechniken der Kooperation (Fall 5, Fall 24 (Intermediär)). Gemeinschaft sei etwas, was man erlernen müsse: „Organisieren als Gruppe, als Gemeinschaft und das ist ja nicht unbedingt etwas, was man in unserer Gesellschaft lernt oder von zuhause mitbekommt, wie man da kommuniziert, wie man sich eben auch organisiert“ (Fall 24 (Intermediär): 509-511). Gerade in diesen neu erprobten Praktiken der Gemeinschaftlichkeit werden gesellschaftliche Wirkungen erhofft. Das „Bild von dem Stein, der ins Wasser fällt, ist für mich immer so ein Symbol dafür“ (Fall 13: 557-562).

4.1.1.2 Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung

Für einen großen Teil der Initiativen wird Gemeinschaft neben dem gemeinsamen Tun auch mit einem **Gemeinschaftsgefühl** verbunden, also mit einem Gefühl der Verbundenheit und Wertschätzung.¹² So sei die so verstandene Gemeinschaftlichkeit ein wichtiges Motiv, sich an der

¹¹ Fall 2, Fall 3, Fall 5, Fall 8, Fall 10, Fall 11, Fall 13, Fall 14, Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 21 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

¹² Fall 1, Fall 2, Fall 4, Fall 5, Fall 11, Fall 12, Fall 17 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 22 (Intermediär).

Initiative zu beteiligen (Fall 2, Fall 4, Fall 5, Fall 22 (Intermediär)): eine „community“ (Fall 2: 365) oder „Spaß, Selbstwirksamkeit, gute Themen, nette Leute“ (Fall 4: 152-155). „Gemeinschaftlichkeit selbst [stelle], einen Wert an sich dar“ (Fall 22 (Intermediär) 218-220). „Etwas mit anderen Leuten gemeinsam machen, macht häufig auch Spaß“ (Fall 22 (Intermediär: 222-226), auch wenn es „anstrengend“ (Fall 22 (Intermediär): 230) sei. „Je mehr oder je spannender oder je schöner die Atmosphäre an diesem Event [dem Carrotmob, d. A.] ist, desto mehr würde ich jetzt auch mal sagen, dass da Gemeinschaftlichkeit eine Rolle spielt oder entstehen kann, zwischen den unterschiedlichen Akteuren“ (Fall 5: 249-252).

Das Gemeinschaftsgefühl wird aber auch durch **gegenseitige Anteilnahme** erzeugt.¹³ Im Umgang miteinander sei „das Teilen“ (Fall 1: 875) ein wichtiger Aspekt. „Also ob wir was Gutes oder was Schlechtes oder was weiß ich erleben, wenn wir es nicht teilen können, dann ist es entweder eine Quälerei oder eine Enttäuschung“ (Fall 1: 881-883). Gemeinschaftlichkeit bedeute „kollaborativ-sozial, solidarisch, wie auch immer man das jetzt nennen möchte, [...] die anderen mitzudenken“ (Fall 11: 1092-1094). Nur durch die Konsensfindung und Aushandlungsprozesse unterschiedlicher Personen, der „Vielfalt der Menschen“ (Fall 13: 255), könne Gemeinschaft geformt werden (Fall 13: 252-255, 257, 271). Gemeinschaft schließe ein, dass man sich „persönlicher, individueller miteinander auseinandersetzt, als wenn man eine reine Zweckgemeinschaft, eine Interessengruppe, eine Bürgerinitiative“ ist (Fall 17 (Intermediär): 100-102).

Ein wichtiger Aspekt bei der Gemeinschaftsbildung besteht darin, miteinander ins Gespräch zu kommen. Gemeinschaft entsteht im Gespräch **an einem konkreten Ort**. Durch Co-housing, Co-working und Gemeinschaftsgärten „lernen [wir,] wieder zu teilen. Nicht nur, weil das effizient ist, sondern weil wir bewusst oder unbewusst merken, wir sind Menschen“ (Fall 1: 892-893). Ebenso können das gemeinsame Saftpresen oder gegenseitige Besuche die Gelegenheit sein, sich kennenzulernen und miteinander zu reden (Fall 12, Fall 17 (Intermediär)). Für einige Initiativen sei dabei ein konkreter Ort sehr wichtig. Die Gartenfläche („und Blumenmeer“ (Fall 3: 2006)) dienen als Begegnungsort. „Am Wochenende kommen da Leute und schneiden sich ihre Blumen und machen sich ihre Gestecke und werfen was in die Spendenbox und kommen mit den anderen ins Gespräch“ (Fall 3: 2007-2009, ebenso Fall 19.1 (Intermediär)). Die „spürbare Gemeinschaft“ in den offenen Werkstätten sei das, „was an diesen Ort auch geknüpft ist, an das, was dort passiert“ (Fall 19.2 (Intermediär): 246).

Insbesondere für **gemeinschaftliche Wohnprojekte** ist eine **Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft** wichtig (Fall 1, Fall 19.2 (Intermediär)). Dass sich die Menschen als Einzelpersonen verstehen, sei sozialisiert: „Das kriegen wir nicht los in den nächsten Jahren“ (Fall 1: 819-820). Dieses Bedürfnis müsse auch respektiert werden, könne aber auch mit gemeinschaftlichen, kollektiven, genossenschaftlichen Strukturen kombiniert werden (Fall 1: 811-835). In Wohnprojekten gebe es neben den gemeinschaftlichen Räumen private Räume, in die sich die Menschen zurückziehen können: „Also ist [es] so ein Spiel zwischen Privatsein und nebenbei in Gemeinschaft eine Identität haben“ (Fall 1: 852-853). Diese Spannung zwischen „Ich-Sein und Zusammen-Sein“ (Fall 1: 860) sei ein Grundthema der Initiative, ebenso wie die Spannung zwischen Mitgestalten können, privat Kreativsein und in einer Gemeinschaft zu wohnen und zu arbeiten“ (Fall 1: 839-868).

Gemeinschaftlichkeit meint auch die **Anerkennung unterschiedlicher Werthaltungen und Perspektiven**. Der Gemeinschaftsaspekt bei einer offenen Werkstatt bestehe darin, dass man nicht „alleine im Keller vor sich hin bastelt“ (Fall 12: 1345), sondern sich gegenseitige Wertschätzung für das Gefertigte entgegenbringe, indem zum Beispiel jemand sagt: „das haste ja

¹³ Fall 1, Fall 11, Fall 12, Fall 17 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

gut gemacht“ (Fall 12: 1348-1349). Auch durch gegenseitige Hilfe könne diese Wertschätzung zum Ausdruck gebracht werden, zum Beispiel dann, wenn eine Person „zu jemandem geht und sagt: ‚du ich habe eine Frage‘, (...) unausgesprochen: ‚Du bist doch da Experte drin‘“ (Fall 12: 1378-1379).

Wichtig ist den Initiativen, Räume für Aushandlungen und Diskussionen sehr unterschiedlicher und teilweise auch unvereinbarer Perspektiven und Positionen zu bieten. „Also die eigentliche Grundfrage ist immer, wie wollen wir gemeinsam leben?“ (Fall 3: 851-852). Es gehe dabei um „**Aushandlungsprozesse**“ (Fall 3: 880) **ganz unterschiedlicher Interessen**. Zur Flächennutzung gebe es unterschiedliche Meinungen, auch unter den Projektbeteiligten: „Also es sind ganz verschiedene Meinungen im Raum, wie man mit so [einer] Fläche umgehen sollte. Aber dann ist da halt auch ein Raum, darüber zu diskutieren“ (Fall 3: 496-498). Ein Befragter setzt diesen Anspruch, unterschiedliche Positionen auszuhalten und gerade nicht auf einen Konsens zu drängen, der Politik gegenüber, die „viele über Fronten und bestimmte Positionen“ (Fall 12: 1715-1720) kläre. Dagegen werde in der offenen Werkstatt auf Zusammenarbeit gesetzt. Auch bei der Idee des Grundeinkommens gebe es zum Beispiel unterschiedliche Positionen. „In dem Spannungsfeld argumentiert man halt [...] und zwar auf Augenhöhe“ (Fall 12: 1815), um Selbstwirksamkeit herzustellen und zu lernen, Feedback zu geben, um die „Kompetenzen und Fähigkeiten anderer Leute zu schätzen“ (Fall 19.2 (Intermediär): 325-328), dies schaffe Gemeinschaft. Bedingungen für die Herstellung von Gemeinschaft seien der stete Austausch und die Kommunikation miteinander: „Also das erste ist die Bereitschaft zu kommunizieren. Wichtig ist natürlich, wie [...] weit [...] ich erstmal meine eigenen Bedürfnisse lerne zu formulieren, dass ich lerne[,] Kritik angemessen zu äußern, weil die ist total wichtig“ (Fall 24 (Intermediäre): 62).

4.1.1.3 Gemeinschaft als imaginärer Bezugspunkt der Inklusion und Exklusion

Gemeinschaft kann auch bedeuten, sich positiv auf ein Netzwerk oder eine Szene, auf eine Region oder Stadt zu beziehen. Es gibt **Gemeinschaftlichkeit in den Netzwerken** zwischen Initiativen und Organisationen. So bewege sich der Verein, der als Träger eines Gartenprojekts fungiert, in einem Unterstützungs- und Kooperationsnetzwerk, das vor allem auf informellen Kontakten beruht. Die Kontakte vollziehen sich informell, „dann trinkt man einen Tee zusammen“ (Fall 3: 2702). Viel Arbeit geschehe auf diesem informellen Weg durch persönliche Kontakte, die entweder schon bestehen oder im Zuge des Aufbaus der Initiative geknüpft wurden (Fall 4: 755-758).

Bei einigen Initiativen spielt hierbei der **Bezug zu einer ländlichen Gemeinschaft** eine große Rolle (Fall 6, Fall 7, Fall 15). Die Organisation des Bürgerbusses geschehe im „Bewusstsein [...], dass wir eben alle am gleichen Strang ziehen“ (Fall 6: 392-393). Auch der Dorf- und der Bürgerladen zielen auf eine Gemeinschaft des Dorfes, welche die Läden aus einem Gemeinschaftsgefühl heraus unterstützen (Fall 15). Die ländliche Gemeinschaft sei dabei von der Stadt zu unterscheiden. Das Konzept vom öffentlichen Raum sei im Dorf und in der Stadt „komplett anders“ (Fall 22 (Intermediär): 2133). Dass diese ländlichen Gemeinschaften voraussetzungslos gegeben seien, widerspricht der Befragte von Fall 8: Hier hätten sich zwei Dörfer erst einmal kulturell annähern müssen, bevor sie ein Bioenergiedorf werden konnten. Ebenso gibt es auch unterschiedliche Meinungen dazu, ob die Bürgerschaft als Gemeinschaft verstanden werden könne. So seien nach Meinung eines Befragten alle Bürger/innen in einer Kommune Teil einer Gemeinschaft, deren oberstes Ziel die Herstellung und der Erhalt des Gemeinwohls sei. Als Teil dieser Gemeinschaft haben die Bürger/innen nicht nur Rechte, sondern auch „Verpflichtung[en]“ (Fall 16 (Intermediär): 526-531).

Damit liefern die Befragten auch Hinweise auf Prozesse der **Inklusion und Exklusion der Initiativen**. So sei die Gemeinschaft einer Freiraum-Initiative mit ihren Aktivitäten zum Teil inklusiv und zum Teil exklusiv. Diejenigen, die länger mitmachen, „müssen ein gewisses Grundlevel an Verständnis mithaben, wie das hier funktioniert“ (Fall 12: 1847-1848). Sie haben schon eine „intrinsische Motivation“ (Fall 12: 1863), sie wollen sich „selber ermächtigen und sagen, ich möchte da weiterkommen“ (Fall 12: 1876-1877). Es werden zum Beispiel Leute ausgeschlossen, die „was jetzt hier so IT angeht [...] mehr Fragen [haben] als [sie] einbringen [können]“ (Fall 12: 1918).

Auch die Zugänglichkeit zu Gemeinschaftsgärten sei unterschiedlich. Es gebe Gärten, die seien per se offen und „jeder [ist] immer willkommen, [kann] immer mitmachen“ (Fall 19.1 (Intermediär): 145-146). Andere seien geschlossen und eine Mitgliedschaft sei erforderlich (Fall 19.1 (Intermediär): 105-406). Große Offenheit bei Gartenprojekten gehe mit einer hohen Fluktuation einher, was ein Hindernis für die Gruppenbildung darstelle (Fall 19.1 (Intermediär): 90-91, 100-101). Öfters ziehen die Projekte „schwierige, wirklich schwierige Menschen [an], die vielleicht irgendwo anders bei den ganzen anderen offenen Projekten schon rausgeflogen sind“ (Fall 19.1 (Intermediär): 135-136) und als störend empfunden wurden. In einem Öko-Dorf kann ebenfalls nicht jeder voraussetzungslos aufgenommen werden. Der Eintritt in die Gemeinschaft erfolgt über eine „Annäherungszeit“. Diese bestehe aus einem Informationstag, einem Informationswochenende, einem dreiwöchigen Aufenthalt und dann einer Testphase von einem Jahr. Danach werde in der Gemeinschaft entschieden, ob die Person aufgenommen werde oder nicht: „Und wenn dann Infosamstag, Infowochenende, Kennenlernen, Plenum, freier Wohnraum, wenn das zusammenpasst, okay, dann kann diese Person auch schon mal herziehen“ (Fall 13 (Initiative): 353-354).

4.1.2 Organisationsprozess innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen und die damit verbundenen Herausforderungen

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen können als Vorstadium zivilgesellschaftlicher Organisationen, die rechtlich zum Beispiel als Verein, Genossenschaft, Stiftung oder gemeinnütziges Unternehmen verfasst sein können, betrachtet werden. Hierbei kann – den Aussagen der Interviews folgend – zwischen der Initiierungs- und Aufbauphase, der Phase der Formalisierung und Professionalisierung sowie der Phase der Stabilisierung unterschieden werden. Diese Phasen sind im Einzelfall nicht immer trennscharf, sie weisen jedoch auf typische Herausforderungen und Problemlagen hin.

Zivilgesellschaftliche Initiativen und kleine Vereine arbeiten in **der Initiierungs- und Aufbauphase** vorrangig ehrenamtlich und sind oft informell organisiert. Sie haben zwar einen geringen, aber dennoch existenten Finanzbedarf. Der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen ist ein weitverbreitetes und allgegenwärtiges Problem kleinerer Initiativen und Vereine. In dieser Phase ist der Zugang zu Flächen und Räumlichkeiten nicht nur eine existenzielle materielle Ressource, sondern auch ein wichtiger symbolischer Bezugspunkt für die Bindung von freiwilligem Engagement. Initiativen werden in dieser Phase aus Sicht einiger Befragter sehr stark mit Gemeinschaftlichkeit assoziiert: „Initiativen sind per se gemeinschaftlich“ (Fall 22 (Intermediär): 198).¹⁴ Unter Gemeinschaftlichkeit wird hierbei vor allem eine flache Organisationsweise verstanden.

In der folgenden **Phase der Konsolidierung** treten zunehmend Probleme auf, die vor allem mit der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen verbunden sind, zum Beispiel durch eine Vereinsgründung oder die Einwerbung von Mitteln zur Stellenfinanzierung. Sie

¹⁴ Ebenso Fall 18 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

„[bekommen] darüber dann den vermeintlichen, verstaubten Charakter“ (Fall 26 (Intermediär): 51-52). Jede Initiative müsse sich „früher oder später Organisationsfragen stellen“ (Fall 22 (Intermediär): 264-265). Wenn eine Initiative größer werde, dann ginge es nicht mehr „improvisiert, nur als Netzwerk und alle informieren sich über alles und machen auch alles“ (Fall 22 (Intermediär): 270-275). Es brauche „arbeitsteilige Prozesse“ (Fall 22 (Intermediär): 275) und „zugewiesene Verantwortlichkeiten“ (Fall 22 (Intermediär): 275-276). „Viele vermeiden das und kommen eher mit einer Aversion da rein und sagen, ‚oh nein, bloß nicht die Vereinsmeierei beginnen‘. Aber naja, irgendwann kommt man dazu, dass das schon gewisse Vorteile hat“ (Fall 22 (Intermediär): 281-283). Ein häufiges Anliegen vieler innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen in der Phase der Konsolidierung besteht demnach darin, den gemeinschaftlichen Charakter mit seiner flachen Organisationshierarchie beizubehalten. Prozesse der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen sind aus Sicht der Initiativen mit diesen Anliegen schwer vereinbar. Dabei existiert zum Teil nur geringes Wissen zu den verschiedenen Rechtsformen und ihrer Eignung für die Vorhaben der Initiativen.

Der Übergang von einer Initiative – ohne formale Struktur – zu einer Organisation mit formalen Strukturen und angestellten Mitarbeiter/innen wird oft als konfliktbehaftet beschrieben. Viele Initiativen verstehen sich bei ihrer Gründung als „konsensual“ (Fall 26 (Intermediär): 578). Jedoch werde zum Beispiel bei Finanzanträgen eine verantwortliche Person benötigt. In diesem Zusammenhang bestehe die Herausforderung darin, wie in der Gruppe damit umgegangen werde (Fall 26 (Intermediär): 576-600). Eine befragte Initiative beschreibt dies am Beispiel der Beantragung von Fördermitteln, bei der die unterschiedlichen Motive der Beteiligten zu Konflikten führte: „Für die Leute, die sagen, ‚ich sehe mich da eigentlich meinen Job schaffen‘, die sind da natürlich voll drin. Für andere, die sagen, ‚ich möchte hier meine Stadt vor Ort verändern und hab meinen Job, da hat sich das. [...] Da sind wir so ein bisschen auseinandergedriftet“ (Fall 2: 98-101).

Auch aus Sicht der Intermediäre birgt die Finanzierung von Initiativen Probleme: „Sobald Geld da ist, fangen halt die Probleme an“ (Fall 17 (Intermediär): 130). Diese Probleme tauchten aber nur dann auf, wenn zuvor nicht klare Verantwortlichkeiten festgelegt worden seien (Fall 17 (Intermediär): 123-128). Meistens beruhen „lockere“ Initiativen auf ehrenamtlichem Engagement. Werden dann Risiken übernommen, dann „geht es raus aus dem Ehrenamt, rein in eine Professionalität und dann verdient da womöglich jemand Geld“ (Fall 18 (Intermediär): 71-72). Dass einige Beteiligte Geld verdienen und andere nicht, sei dabei eine zentrale Konfliktlinie. Das wird auch für Gartenprojekte berichtet: „Und auf einmal gibt es jemanden, der oder die kriegt Geld dafür, dann passiert [es] auch häufiger mal, dass die Leute sich dann zurückziehen und sich denken: ‚Du kriegst Geld dafür, wie soll ich das denn jetzt eigentlich machen?‘“ (Fall 19.1 (Intermediär): 254-256).

Für andere Initiativen ist gerade die Professionalisierung ihr Ziel, wie die Gründerförderung einer Freiraum-Initiative: „Typischerweise ist [es] doch so, ehrenamtliche Initiativen sind nach maximal drei Jahren tot, weil die Personen Geld verdienen müssen, eine Familie gründen, Studium anfangen oder eine bessere Idee haben [...] oder weil es sich nicht gelohnt hat. Die Energie, die man eben extra aufbringt, ist leichter zu erschöpfen“ (Fall 11: 329-333). Bei diesem Projekt habe die Herausforderung darin bestanden, die beiden sehr unterschiedlichen Konzepte wirtschaftlicher Betriebsführung an Kulturunternehmer zu vermitteln. Ähnlich ist es bei der Förderlinie „Initiative ergreifen“, bei dem ausgelotet werden soll, inwiefern es möglich ist, „kommunale Projekte um[zusetzen] bei einem bürgerschaftlichen Träger“ (Fall 23 (Intermediär): 154). Dabei solle ebenso eine „Tragfähigkeit“ dieser Projekte hergestellt werden (Fall 23 (Intermediär): 426). Hierzu werde den Projekten dabei geholfen, „zu echten

Unternehmern [...] zu werden [...], die so ein Projekt dann auch perspektivisch hinkriegen“ (Fall 23 (Intermediär): 528).

Eine Herausforderung, mit der Initiativen vor allem in der **Stabilisierungsphase** konfrontiert sind, besteht darin, die Motivation der freiwillig Engagierten zu erhalten. Darüber hinaus besteht oft eine Herausforderung darin, dann einen Generationenwechsel zu bewältigen, wenn stark engagierte Beteiligte die Initiative verlassen, wie zum Beispiel dann, wenn die „Startergeneration“ (Fall 23 (Intermediär)) abgelöst wird. Auch die Bindung von Engagement kann zu einem Problem für den Bestand der Initiative werden, wenn die sich anfangs gestellte Aufgabe nicht mehr stellt. Zum Beispiel sei es ein großer Erfolg, ein Gewerbegebiet zu verhindern oder einen Garten angelegt zu haben: „Und die Herausforderung ist dann: Was folgt danach?“ (Fall 26 (Intermediär): 562-563).

Zudem ist der Mangel an personellen Ressourcen teilweise eine Herausforderung. Der Bürgerbus stehe beständig vor der Herausforderung, neue Fahrer zu gewinnen (Fall 6: 498 f.). Ebenso müssen sich Freiwillige für die Gartenarbeit finden (Fall 3: 410-411). Bei der Transition-Town-Initiative habe andauernd die Gefahr bestanden, dass sich die Initiative auflöse, da keine Kontinuität in der Gruppe herrschte. Beteiligte Studierende haben zumeist nach drei Jahren nach ihrem Bachelor- oder Masterabschluss die Stadt wieder verlassen (Fall 14: 18) oder sind mit ihren Ideen an andere Institutionen herangetreten, bei denen eine finanzielle Unterstützung möglich war (Fall 14: 20). Vor allem bei Initiativen, die auf ehrenamtlicher Arbeit beruhen, werde „viel Selbstaussbeutung“ (Fall 14: 16) betrieben.

4.1.3 Formalisierung von Organisationsstrukturen: Vorteile und Nachteile

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen äußern nicht selten den Wunsch, die gemeinschaftliche Organisationsweise, verstanden als flache Hierarchien, beizubehalten. Auch wenn explizite Vorteile einer informellen Organisationsweise von den Interviewpartner/innen nicht genannt werden, scheinen die Initiativen ihre Ziele und Werte eher mit gemeinschaftlichen und informellen Selbstorganisationsstrukturen zu verbinden als mit anderen formalen Organisationsstrukturen. So kritisieren einige Initiativen das hierarchische Organisationsverhältnis in Vereinen, teilweise werden auch Genossenschaften als hierarchisch gekennzeichnet. Die **hierarchische Organisation** entspreche „überhaupt nicht der Art, wie wir gern arbeiten würden“ (Fall 2: 163). Die formalen Anforderungen, wie „Schatzmeister, Sitzungen und so“ (Fall 4: 209), werden als „starre Strukturen“ bezeichnet, „die will irgendwie keiner mehr“ (Fall 4: 211-212). In der Transition-Town-Initiative habe es „relativ wenig Lust [gegeben], sich irgendwie institutionalisieren zu lassen“ (Fall 14: 69-70). Ebenso können Konflikte in der Aufgabenverteilung und den Verantwortungsbereichen aus formalen Strukturen und Rechtsformen resultieren, die „auch vermieden oder umgangen [werden], indem man eben keine Rechtsform, keine Strukturen oder sonst etwas aufbaut“ (Fall 17 (Intermediär): 188-191).

Formelle Organisationsstrukturen mit einer hierarchischen Organisationsweise scheinen für eine gemeinschaftliche Organisationsweise ungeeignet (Fall 21 (Intermediär): 691-795).

„Mit hierarchischen Strukturen Gemeinschaft zu unterstützen, ist nicht so leicht“ (Fall 21 (Intermediär): 764-765). Eine Herausforderung sei, „wie [...] unsere basisdemokratische Organisationsstruktur mit den Anforderungen an so eine Organisation zusammen[passt]?“ (Fall 24 (Intermediär): 746-747). Ebenso bestehe die Befürchtung, dass die Beteiligten sich nicht mehr mit den Kernaufgaben beschäftigen können: „Vereinsmeierei und die Formalitäten, das ist auf jeden Fall auch ein Hemmschuh. Die Leute sagen, ich möchte mich ja mit der Sache beschäftigen und nicht immer [die] Form [...] irgendwie bedienen [müssen]“ (Fall 24 (Intermediär): 273-274).

Eine Formalisierung von Organisationsstrukturen geht zumeist auch mit einer stärkeren Arbeitsteilung in der Organisation einher, die nicht immer konfliktfrei verläuft. So berichten die Befragten von Problemen bei der Arbeitsteilung zwischen den Kernaufgaben, wie Gärtnern, Reparieren oder Kreativsein und den organisatorischen Aufgaben. Einige „möchten viel mehr gärtnern und gar nicht so viel mit dem Plenum und all diesen Sachen zu tun haben“ (Fall 19.1 (Intermediär): 84-85). Eine Freiraum-Initiative berichtet davon, dass das Ziel des Projekts gewesen sei, dass eines ihrer Hausprojekte „in die Hände der Nutzer geht“ (Fall 11: 450-51), die jedoch überlegen, bestimmte Aufgaben auszulagern, wie zum Beispiel einen „Hausmeisterservice“ (Fall 11: 463). Der Befragte scheint diese Lösung negativ zu bewerten: „Sie machen es dann nicht, im Sinne von Empowerment 'selber entscheiden', sondern wir bieten eine Struktur an“ (Fall 11: 464-465). Im Zusammenhang mit arbeitsteiligen und hierarchischen Organisationsstrukturen wird auch die Frage diskutiert, „Ab wann wird eine Person zu groß, zu eigenmächtig, zu eigenbrötlerisch, zu bestimmend?“ (Fall 17: 178). Konflikte werden zum Teil mit „Moderationsstrukturen, die relativ auf Ausgleich und Gleichwertigkeit ausgerichtet sind“ (Fall 17 (Intermediär): 157), bearbeitet.

Demgegenüber werden die **Nachteile loserer Organisationsstrukturen** darin gesehen, dass es keine festen Ansprechpartner/innen in der Kommunikation nach außen gibt (Fall 2, Fall 21 (Intermediär)). So seien Gemeinschaften, wie Öko-Dörfer, meist eine „größere Gruppe [...], ohne klare Ansprechpartner“ (Fall 21 (Intermediär): 424), „das macht es schwieriger für kommunale Entscheidungsträger [...], weil sie nicht wissen, mit wem reden sie gerade“ (Fall 21 (Intermediär): 431-432). Auch intern führen die basisdemokratischen Entscheidungsprozesse zu Problemen, da sie aufgrund unterschiedlicher Meinungen langwierig und schwierig seien (Fall 13: 122-123). Ein weiterer Nachteil nicht-formalisierter Organisationsstrukturen wird darin gesehen, dass unter diesen Bedingungen nur schwer Fördermittel beantragt werden können: „Der Bund fördert nicht eigentlich mal hier so ein Netzwerk“ (Fall 22 (Intermediär): 288-289). Eine formalrechtliche Organisation sei für die Einwerbung von Fördermitteln und den Erhalt von Spenden wichtig, „sobald eine Organisation zum Beispiel Geld in die Hand nimmt, [...] oder Aktivitäten plant, kommt man beinahe nicht mehr drum rum, eine formalrechtliche Organisation“ auszubilden (Fall 27 (Intermediär): 130-132). Ebenso sei der Abschluss von Versicherungen ein Problem (Fall 19.2 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär)).

Für die oben genannten Probleme nicht-formalisierter Organisationsstrukturen haben die Beteiligten selbst mit Lösungen experimentiert. So könne eine Initiative mit einem Verein kooperieren, bei ihm „unterschlüpfen“ (Fall 26 (Intermediär): 959), „um da bestimmte bürokratische Punkte abdecken zu können“ (Fall 26 (Intermediär): 959; ähnlich Fall 19.1 (Intermediär) und Fall 27 (Intermediär)). Einige Freirauminitiativen (wie Fall 4, Fall 11, Fall 12) fungieren explizit als „Vereinshülle“ (Fall 12: 104), um kleineren Initiativen und Projekten ein Dach zu geben. Ein Umweltverband ist mit einer steigenden Anzahl von Anfragen von Initiativen konfrontiert: „Das kommt immer mehr. Entweder, dass wir [der Umwelt-Verband, d. A.] angefragt werden oder aber auch umgedreht, dass der [Umwelt-Verband, d. A.] auf Initiativen vor Ort zugeht“ (Fall 26 (Intermediär): 137-143).

4.1.4 Die Finanzierung der Initiativen als besondere Herausforderung

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen benötigen, wie bereits dargestellt, zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Entwicklung unterschiedliche Unterstützungsformate, um zu wachsen, sich zu professionalisieren, zu formalisieren oder zu stabilisieren. In der Initiierungsphase ist es primär die Bereitstellung von Raum und Fläche, in der Konsolidierungsphase die Beratung zu einer geeigneten Rechtsform. In allen Phasen stellt die Beschaffung privater und öffentlicher Fördermittel eine Herausforderung dar.

Einige Initiativen beziehen Gelder aus **staatlichen Förderprogrammen**, wie Programmen der Stadtentwicklung (Fall 1, Fall 11), der Kulturförderung (Fall 3), der Jugendbildung (Fall 3) und des Klima- und Umweltschutzes (Fall 5). Zudem werden Bauvorhaben der Initiativen durch die Städtebauförderung unterstützt (Fall 7, Fall 21 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär)). Neben den üblichen Baukrediten, die jeder „Häuslebauer“ (Fall 21 (Intermediär): 629) beantragen könne, wie bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), oder Krediten für ökologische Sanierung¹⁵ werden auch LEADER-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes, den Aufbau von Infrastrukturen und zur Wirtschaftsförderung in Anspruch genommen (Fall 24 (Intermediär): 343). Einige Initiativen haben eine Förderung aus EU-Mitteln erhalten.¹⁶ Unterstützung von staatlicher Seite gebe es ebenso durch die Agentur für Arbeit, um Langzeitarbeitslose einzustellen.¹⁷

Ab einem gewissen Zeitpunkt ihrer Entwicklung sind Initiativen mit der Herausforderung einer geeigneten **organisationalen Rechtsform** konfrontiert. Grundsätzlich bestehe aus Sicht der Befragten das Problem, dass informelle Strukturen bislang keine Berücksichtigung in der Logik der **Fördermittelvergabe** finden. Die Förderung von Ökodörfern oder Lebensgemeinschaften sei deshalb schwierig, da diese Form des Zusammenlebens „schwer zu fassen“ sei (Fall 21 (Intermediär): 353). „Man laviert sich so an [den] Gesetzgebungen entlang [...]“ (Fall 21 (Intermediär): 850-851). „Wir merken einfach, dass die Wohnform noch nicht so vorgesehen ist“ (Fall 21 (Intermediär): 865-866). Bei der Förderung von Initiativen im Bereich der Städtebauförderung gebe es „viele Hindernisse“ (Fall 22 (Intermediär): 671), da die Initiativen zu Beginn nur über geringe finanzielle und organisatorische Mittel verfügen. Sie können meist nur dann gefördert werden, wenn das „Konzept klar ist“ (Fall 22 (Intermediär): 680). Ein Intermediär erläutert die Problemlagen aus der Sicht der Förderung: „Ich kann denen kein Geld geben, weil sie sind kein Verein. Ich kann ihnen für die Entwicklung dieses Hauses nichts geben, weil sie sind nicht die Eigentümer. Ich kann ihnen auch das Geld dann nicht geben, wenn sie es sind, weil das Konzept ist einfach noch viel zu Also da ist einfach noch nichts, was man [...] dem Investorenkonzept gleichstellen könnte. Ich kann sie nicht unterstützen, weil sie keinen Eigenanteil haben“ (Fall 22 (Intermediär): 684-690).

Diese Problemlagen fordern gemeinwohlorientierte Initiativen heraus, alternative Modelle zu entwickeln oder sich den Vorgaben anzupassen. Es komme auch zu „Zwitterform[en]“ und „Doppelrolle[n]“, wie bei Solidarischen Landwirtschaften (Fall 24 (Intermediär): 156-162). Hierunter versteht der Befragte, dass aus verschiedenen formellen Organisationsformen ein passendes Konstrukt (Verein und gGmbH) für die Landwirtschaft geschaffen werden müsse, um die Ziele der Bewirtschaftungsform zu erreichen. Da es keine Rechtsgrundlage in Deutschland gibt, entwickeln die Initiativen Ideen, bei denen es „zum Teil hanebüchen [ist], welche Rechtsform, Konstruktionen und Kombinationen vor allen Dingen sich dann die Projekte ausdenken müssen“ (Fall 24 (Intermediär): 163-164). Diese Anpassung an die Förderlogiken wird häufig nicht von allen Mitgliedern mitgetragen.

Haben zivilgesellschaftliche Initiativen den **Wechsel von der informellen zur formellen Organisation** vollzogen, sind sie bei der Verwaltung der Fördergelder mit der nächsten Herausforderung konfrontiert. Aufgrund von Unerfahrenheit und mangelndem Wissen bei der Verwaltung von Fördergeldern binden diese Aufgaben viele zeitliche Ressourcen, welche die Kernaktivitäten in den Hintergrund drängen, obwohl man „ja eigentlich nur ethisch verantwortbare Lebensmittel“ produzieren wollte (Fall 24 (Intermediär): 310-311). Einige

¹⁵ Fall 21 (Intermediär): 601-631, ebenso Fall 8: 361, und Fall 13: 217, 222-226

¹⁶ Fall 1, Fall 4, Fall 8.

¹⁷ Fall 6, Fall 15, Fall 19.1 (Intermediär).

Intermediäre berichten auch von einer Überlastung der Initiativen durch die Finanzabrechnung (Fall 24 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär)). Für kleine Initiativen sei die Fördermittelverwaltung sehr aufwendig, was zum Beispiel Abrechnungsformalitäten betreffe, „vor allen Dingen, wenn das nur ehrenamtlich gemacht wird“ (Fall 26 (Intermediär): 932-933). Die Problematiken bei der Beantragung und Verwaltung der Fördermittel sind mangelnde Erfahrungen und die Voraussetzung, „fit genug [zu] sein, um dort einen Antrag zu stellen [...]“ (Fall 17 (Intermediär): 227-229). Bei der Förderung seien vor allem alle „EU basierten Programme“ (Fall 22 (Intermediär): 1064-1065) kompliziert. Hier habe man teilweise auch deshalb von gemeinsamen Bewerbungen abgesehen, weil man sich sagte: „Das [...] schaffen wir einfach nicht, also sie schaffen das nicht und wir schaffen es auch nicht, [...] eins von dreißig Projekten mit diesem Aufwand durchzuziehen“ (Fall 22 (Intermediär): 1075-1077).

Nicht nur die Beantragung und die Verwaltung von Fördermitteln stellen die Initiativen vor Herausforderungen, sondern auch die **Bilanzierung des Projekts** anhand **quantitativer Daten**. Ein Interviewter kritisiert eine eher banale Wirkungsmessung folgendermaßen: „Also, [...] leben sie noch auf der Straße? Nicht mehr, sehr schön, cool. Haben sie noch ihren Job? Haben sie noch, super. So, irgendwie drei dösige Fragen, das ist die Wirkung unseres Projektes, vielen Dank, ja“ (Fall 4: 587-588). Stattdessen wird vorgeschlagen, die Darstellung der Wirkungen von Initiativen durch O-Töne oder Narrative oder „Storytelling“ der betroffenen Personen zu versuchen. „Die O-Töne der Nutzerinnen und Nutzer, zum Beispiel ‚Ich habe mich zurück ins Leben geschweift.‘ Ein solcher Satz, der transportiert sehr viel mehr, als [es] eine nackte Evaluation von Lebenslauf könnte“ (Fall 19.2 (Intermediär): 635-636). Dies wäre auch hilfreich, um „spezifische Qualitäten zu beschreiben, anstatt sie zu bewerten“ (Fall 19.2 (Intermediär):645). Dieser Art der Beweisführung könne von Initiativen eher erbracht werden als eine aufwendige Datenerhebung.

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzierungsmittel für innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen wird auch grundsätzlich die **Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln** problematisiert. Viele Initiativen seien auf die „Akquise von Neu-Projekten und das Abklappern von Fördertöpfen [...] angewiesen und müssen da auch kontinuierlich dranbleiben“ (Fall 5: 83-85). Der Alltag sei durch ein „Hangeln von Förderprogramm zu Förderprogramm, von Antrag zu Antrag“ gekennzeichnet (Fall 22 (Intermediär): 904-905). Es gebe nur sehr wenige institutionelle Förderungen im Vergleich zur projektbezogenen Förderung: „Damit ist es immer endlich, hat ein Anfang, ein Ende, muss extrem aufwändig eingeworben, extrem aufwändig abgerechnet werden“ (Fall 22 (Intermediär): 907-908).

Nicht nur die kurze Laufzeit der Projektförderung sei ein häufiges Problem, sondern auch die Tatsache, dass für die Beantragung von Fördermitteln immer neue Ideen generiert werden müssen. Bei den Förderprogrammen müsse man beständig „innovativ“ (Fall 1: 374) sein „oder was Neues machen“ (Fall 1: 374), dadurch könne man auf „Sachen nicht aufbauen“ (Fall 1: 374-375). Man müsse „immer eine neue Konzeption haben“ (Fall 3: 2288), „obwohl das Alte total gut funktioniert“ habe (Fall 3: 2305-2306). Die Arbeit würde dann erheblich erleichtert, „wenn man nicht immer für irgendwelche Förderungen das Rad neu erfinden müsste“ (Fall 5: 431-432). Auch seien Projektanträge extrem vordefiniert und zielten auf einen bestimmten „Outcome“. Dies lasse kaum Spielraum für eigene Ideen zu (Fall 19.2 (Intermediär): 217).

4.2 Beiträge der innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen zum Gemeinwohl und zur Demokratie

Die Interviews machen deutlich, dass die Beiträge, die innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zum Gemeinwohl leisten, sehr vielfältig sind.¹⁸ Die Beiträge der Initiativen zum Gemeinwohl werden von den Befragten häufig in den Kontext gesellschaftlicher Transformation gestellt.

Bereits die **Ziele und Aufgaben**, die innovative gemeinwohlorientierte Initiativen verfolgen, macht das thematische Spektrum der Beiträge zum Gemeinwohl deutlich. Im Bereich der Stadtentwicklung sind es vor allem **Frei-Raum-Initiativen**¹⁹, die vorhandene Räume, wie Immobilien und Freiflächen, umnutzen, um in den Häusern zum Beispiel offene Werkstätten zu schaffen, Räume für kleinere Initiativen oder Start-ups bereitzustellen oder Grünflächen für urbane Gärten anzubieten. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Sicherung der **Daseinsvorsorge** und von kulturellen Angeboten im ländlichen Raum – wie der Mobilität durch einen Bürgerbus (Fall 2), der Energieversorgung (Fall 8) sowie der Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs durch einen Dorfladen oder von kulturellen Angeboten in einem Dorfzentrum (Fall 6, Fall 15). Als eine Verbindung von ländlichem und städtischem Engagement fungieren Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Fall 24: SoLaWi). Ein weiteres Ziel, welches vor allem von Ökodörfern beziehungsweise ländlichen Wohnprojekten und von der Transition-Town-Bewegung verfolgt wird (Fall 13, 17: Transition Town Initiativen, Fall 21: Ökodörfer), ist ein **ganzheitlicher nachhaltiger Lebensstil**. Auch für andere Initiativen sind sozial-ökologische und **Nachhaltigkeitsthemen** wichtig. Zwei Initiativen sind im Bereich **Mobilität** aktiv, ein Bürgerbus (Fall 2) und eine Lastenrad-Initiative (Fall 2). Drei Initiativen sind im Bereich **Energie und Klimaschutz** angesiedelt, eine Energiegenossenschaft (Fall 10), ein Bioenergiedorf (Fall 8) und ein Projekt zur Aktionsform Carrotmob (Fall 5). Zwei Initiativen verbinden ihre Ziele mit der **Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche** (Fall 3, Fall 5).

Das Spektrum von Zielen und Aufgaben, denen sich innovative gemeinwohlorientierte Initiativen widmen, ist nicht abschließend. Hierbei wird deutlich, dass viele Initiativen soziale Werte und Ziele mit ökologischen Werten und Zielen verbinden. Das Gemeinwohlverständnis der Initiativen umfasst ebenso ökologische Aspekte, denn viele Initiativen möchten durch eigene Maßnahmen zur **ökologischen Nachhaltigkeit**, d. h. konkret zum Schutz der Umwelt, beitragen. Hierzu zählen die Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen und Lärmemissionen²⁰, der Einsatz von erneuerbaren Energien,²¹ die Unterstützung von E-Mobilität oder anderen Mobilitätsformen, wie Sharing-Optionen für Autos und Lastenräder,²² die Einführung von ökologischer Landwirtschaft und Gartenbau und damit die Minimierung von Dünge- und Spritzmitteln zur Entlastung der landwirtschaftlichen Flächen und Böden und zum Erhalt der Biodiversität²³ oder auch die Ressourceneinsparungen durch Wiederverwendung oder die Reparatur von Gegenständen²⁴. Weiterhin werden Bildungsprojekte in Bezug auf den Klimaschutz durchgeführt, „innerhalb [derer] ganz konkret auch was fürs Klima gemacht wird“ (Fall 5: 456-457), auch um den ökologischen Fußabdruck zu verringern (Fall 15). Grundsätzlich

¹⁸ Die konkreten Wirkungen der Beiträge zum Gemeinwohl werden von den Befragten dahingehend unterschieden, ob sie intendiert oder nicht-intendiert sind.

¹⁹ Fall 1, Fall 3, Fall 4, Fall 11, Fall 12, Fall 14

²⁰ Fall 2: 342-343, ähnlich Fall 6, Fall 25 (Intermediär).

²¹ Fall 10, Fall 16, Fall 25 (Intermediär).

²² Fall 2, Fall 6, Fall 25 (Intermediär).

²³ Fall 19.1; Fall 24, Fall 25 (Intermediäre).

²⁴ Fall 11, Fall 12, Fall 19.2 (Intermediär).

könne man diesen Initiativen anrechnen, dass sie „Naturkapital erhalten“ (Fall 27 (Intermediär): 443). Bei all diesen Aktivitäten sei jedoch zu beachten, dass es sich um kleinräumliche Aktivitäten handelt, die, für sich genommen, eine enorme Wirkung erzielen können, jedoch, systemisch gesehen, nur einen kleinen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten: „Durchaus selbstkritisch glaube ich, dass eine relativ große Lücke zwischen dem sehr großen Anspruch und den häufig sehr kleinen Wirkungen ist. [...] Wenn man das dann wirklich auszählt, so quantitativ, [...] ist das natürlich vom großen Gesamten her noch marginal“ (Fall 17 (Intermediär): 465-468).

Neben diesen Beiträgen zur ökologischen Nachhaltigkeit sehen die Befragten in ihren Aktivitäten auch einen **Beitrag zum sozialen Zusammenhalt**. Diese Beiträge zum Gemeinwohl können sich auf das Individuum beziehen, das Teil der Initiative ist, auf die soziale Nachbarschaft und darüber hinaus auf eine demokratisch organisierte politische Gemeinschaft – demnach auf das Sozialkapital. Im Folgenden werden die Beiträge zum Gemeinwohl und die Wirkungen der Initiativen auf diesen drei Ebenen dargestellt.

4.2.1 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf den Einzelnen beziehen

Freiwilliges Engagement und Zugehörigkeit zu einer Initiative, so zeigen die empirischen Ergebnisse, sind mit Selbstbestätigung und -ermächtigung für die einzelnen Engagierten verbunden. Das Engagement verhilft den Einzelnen, „tatsächlich ein bisschen **glücklicher** sein (zu) können in solchen gemeinschaftlichen Projekten“ (Fall 1: 902-906). Zudem bieten die Initiativen eine Gelegenheit, um „**Menschen aus der Vereinzelung heraus zu holen**. Also echte Gemeinschaften, Communities aufzubauen“ (Fall 19.2 (Intermediär): 492-495), indem sie durch diese Initiativen Anschluss an eine Gemeinschaft, einfach nur jemanden zum Sprechen (Fall 4: 543-545) oder einen Ort finden, an dem sie neue Bekanntschaften und Freundschaften knüpfen können (Fall 19.2 (Intermediär): 180-182). Dementsprechend gehen einige Initiativen davon aus, dass sie das „psychische Wohlempfinden der Mitbewohner“ (Fall 21 (Intermediär): 674-675) stärken.

Hierbei gebe es auch ganz konkrete Wirkungen, wenn die Mitglieder einer Initiative davon profitieren, dass sie beispielsweise „**günstiger wohnen können**“ (Fall 1: 913), etwa dann, wenn Immobilien „dauerhaft dem Markt entzogen“ werden (Fall 18 (Intermediär): 489), oder dann, wenn sie **preiswerter an Nahrungsmittel** gelangen durch den eigenen Anbau oder die Unterstützung einer Solidarischen Landwirtschaft²⁵ oder **indem neue Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit** geschaffen werden, „(so) dass die Leute für ihre Tätigkeiten eine eigene Stelle bezahlen konnten“²⁶.

Weiterhin tragen Initiativen zur **Selbstermächtigung ihrer Mitglieder** bei. Eine weitere persönliche Bereicherung und Anerkennung erfahren aktive Mitglieder, indem sie zu „Change Agents (...) werden, also ein Akteur, der in Richtung gesellschaftliche Transformation agiert und Selbstwirksamkeit erfährt. Du musst nicht irgendwie ein Super-Akademiker sein, du musst kein Öko-Hippie sein, du musst kein Veganer sein, sondern du kannst bei deiner persönlichen Lebenswelt ansetzen und machst was, was dir Spaß macht und schon biste dabei“ (Fall 19.2 (Intermediär): 487-484).

Andere Beiträge beziehen sich auf die **Professionalisierung** der eigenen Aktivitäten. So berichten Befragte, „dass die Leute auch für ihre Tätigkeiten eine eigene Stelle bezahlen konnten“ (Fall 11: 420) oder sie „beruflich Fuß gefasst“ haben (Fall 12: 2005). Häufig mussten die Akteure hierfür auch die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit verändern, das heißt, man hat sich

²⁵ Fall 19.2 (Intermediär): 488-489; Fall 24, Fall 19.1.

²⁶ Fall 11, Fall 20 (Intermediär): 536-537

„mehr auf Dinge fokussiert, wo dann auch Geld kommen kann, haben sich eben professionalisiert, muss man sagen“ (Fall 11: 428-430). Die **Nachteile einer Professionalisierung** werden darin gesehen, dass man sich damit ein „stückweit von dem entfernt, was anfangs intendiert war“ (Fall 11: 431-432) oder die ehrenamtliche Tätigkeit zu einer zusätzlichen Belastung wird: „Also ich hatte vorher noch ein wenig Freizeit und du?“ (Fall 15: 730).

4.2.2 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld beziehen

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen üben nach Meinung vieler Interviewpartner/innen vielfältige Wirkungen auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld aus. Hierbei entwickeln sich Orte „zu einem immer lebenswerterem, **lebendigerem und umweltfreundlichen Lebensraum**“ (Fall 4: 621-622). Dies kann sich in städtischen Gebieten auf die Nachbarschaft oder das Quartier²⁷ und in ländlichen Gemeinschaften auf das gesamte Dorf beziehen²⁸. Insgesamt zielen die Aktivitäten auf ökologische, soziale, gemeinschaftsbildende Effekte. So bieten die Initiativen Räume für „**nachbarschaftliche Treffpunkte**, die auch von Menschen genutzt werden, die nicht Teil der Initiative sind“ (Fall 19.1 (Intermediär): 518-520), und würden damit ein „tolles gemeinschaftliches Gefühl“ herstellen (Fall 26 (Intermediär): 1480). Des Weiteren tragen Initiativen so zu einer Qualitätssteigerung des lokalen Lebens bei, wenn sie zum Beispiel „ein gewisses soziales Zentrum hier schaff[en]“ (Fall 15: 25-26). Damit würde auch ein „Mehrwert“ (Fall 11: 271) generiert werden, der „der Stadt zu Gute kommt“ (Fall 11: 360; Fall 24 (Intermediär): 1131-1138), generell gesagt, „irgendwie die Nachbarschaft fördert“ (Fall 2: 477-479).

Gerade für zivilgesellschaftliche Initiativen im ländlichen Raum ist die **Verbesserung der lokalen Infrastruktur, der Nahversorgung**, eine wichtige Zielsetzung. Motive für das Engagement sind, eine „kaputte Infrastruktur [zu] reparieren“ (Fall 7: 507) und die Attraktivität der Region wiederherzustellen. „Bürger/innen, Tourist/innen sollen sich vor Ort wohl fühlen“²⁹. Andere möchten den „Fortbestand des Kindergartens retten“ (Fall 10: 242), regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und dort, wo es sich anbietet, Produkte lokaler Anbieter/innen verwenden (Fall 15: 569-573). Wieder andere Initiativen möchten die „Verknüpfungen im ländlichen Raum verbessern“ (Fall 6: 1345), „damit der ländliche Raum weiterhin gut bewohnbar bleibt“ (Fall 6: 1348). Außerdem würden Initiativen einen Beitrag zur kulturellen Infrastruktur leisten, indem sie dem „Brain-Drain“ (Fall 12: 2945) entgegenwirken. Damit könne der „Landflucht“ entgegengewirkt werden (Fall 12: 2937-2965). Auch im „Bereich Kulturräume“ sorgen Initiativen für einen „Zugang zu Dingen, die sonst am Markt nicht hergestellt werden können“ (Fall 18 (Intermediär): 502-503). In ländlichen Regionen sind die Initiativen „hoch angesiedelt“ und werden als „neues Dorfzentrum“ beschrieben (Fall 7: 730). Dieser Stellenwert speise sich aus der Tatsache, dass die Initiativen „möglicherweise der einzige Ansprechpartner“ für Ältere sind (Fall 15: 862-690) und die grundlegende Infrastruktur für die Gemeinschaft bereitstellen. Initiativen füllen in vielen **Fällen die Lücke, die Staat und Markt hinterlassen**, und schaffen in „verschiedensten Themenfeldern“ (Fall 20 (Intermediär): 507) Angebote für das Quartier oder das Dorf.

Gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeit, wirksam in der Gesellschaft zu werden, ist für andere Interviewte ein wichtiger Beitrag zum Gemeinwohl (Fall 2, Fall 3). Gemeint sei damit,

²⁷ Fall 1, Fall 2, Fall 4, Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

²⁸ Fall 6, Fall 8, Fall 15, Fall 24 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

²⁹ Fall 7: 507-509, ähnlich Fall 6, Fall 15).

„dass jeder der irgendwie Teil von Gesellschaft ist[,] auch weiß, dass er die Gesellschaft mitbeeinflussen oder mitgestalten kann“ (Fall 3: 478-479). Teil zu haben am Gemeinwohl und einen Beitrag leisten zum Gemeinwohl, müssen dabei einfach und niedrigschwellig sein (Fall 2). Initiativen sichern beispielsweise Mobilitätsoptionen in städtischen und ländlichen Räumen und ermöglichen damit die gesellschaftliche Teilhabe von Personen, die ohne diese Initiativen nicht mobil wären (Fall 2, Fall 6). Dies diene auch dem Gemeinwohl, da es vielen Menschen zugutekomme und die „Lebensqualität“ erhöht werde (Fall 15: 146; Fall 7: 374-350). Auch die Sicherung kultureller Angebote wird als Beitrag zum Gemeinwohl verstanden, „in Maßen zwar, aber wir bieten es auf dem Land, wo es das nicht mehr gibt“ (Fall 21 (Intermediär): 1149-1150).

Unter Gemeinwohl verstehen Initiativen auch die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren im lokalen und nachbarschaftlichen Kontext, wodurch ein besseres gegenseitiges Verständnis innerhalb der Gesellschaft gefördert werde (Fall 10: 254-255). In der Bereitstellung von Räumen für Austausch und Diskussion sowie – wie in den offenen Werkstätten und den Freiraum-Initiativen – als **Experimentierräume** wird ein Beitrag zum Gemeinwohl gesehen. Zivilgesellschaftliche Initiativen sind Orte und Institutionen, die Platz für neue Wege des Handelns, Denkens und Organisierens bieten. Sie stellen damit Nischen zur Erprobung dieser neuen Ansätze dar. Diese Räume werden als „Experimentierräume [verstanden] (...), wo Leute selber tätig werden können. Ohne Vorgaben irgendwie zu erfüllen, sondern das machen können, was sie machen wollen“ (Fall 19.1 (Intermediär): 583). Im weiteren Sinne schaffen die Initiativen damit **Bildungsräume, Selbstermächtigungsräume oder konsumfreie Räume**³⁰, welche die Funktion erfüllen, „dass alle Akteure, die in einem Lebensraum sind, in Aushandlung gehen können“ (Fall 3: 1862-1863). Zusätzlich stellen Initiativen physische Räume, wie Grünflächen, Brachflächen oder leere Räume, zur Verfügung, die als Grundlage für die Arbeit dienen, als Symbol für politische Forderungen stehen, als Räume zur nachbarschaftlichen Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen Transformation genutzt werden³¹ oder die Menschen zusammenbringen.³²

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen schaffen damit **Erfahrungsräume des Empowerments** und der Selbstwirksamkeit. So werden die Beteiligten in den innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen durch ihre Tätigkeit auch für soziale und/oder ökologische Problemlagen sensibilisiert. Sie erfahren, wie alternative Lebensvorstellungen, Konsummuster und Wirtschaftsformen aussehen können und wie die Stadt nachbarschaftlich gestaltet werden kann. Die Selbstermächtigung und das Experimentieren können auf soziale und/oder ökologische Ziele und Werte ausgerichtet sein. Diese Ziele und Werte können aber auch in den Hintergrund treten und trotzdem beim Engagement in den Initiativen präsent sein.

Die Schaffung von sowohl physischen als auch virtuellen Räumen wird oft mit dem **Anliegen der Initiativen verbunden, kollektive und individuelle Lernprozesse anzustoßen**. Diese Lernprozesse können sich auf sehr verschiedene Aspekte beziehen, wie zum Beispiel auf Erfahrungen von Gruppenbildungsprozessen oder die Aneignung von Wissen und Praktiken. Zum einen finden Lernprozesse in Bezug auf die **Alltagspraktiken** statt, worunter „sehr, sehr starke wirklich alltagsbezogene kompetenzorientierte Lernprozesse“ (Fall 5: 456-457) verstanden werden. Hierzu zählt auch die Aneignung neuer Praktiken auf einer **praktischen Ebene**, wie das Anpflanzen von Gemüse und Obst (Fall 19.1 (Intermediär): 562-564) oder die Nutzung von bestimmten Werkzeugen und handwerklichen Praktiken, die im Repair-Café Anwendung finden (Fall 19.2 (Intermediär): 601-603). Zum anderen könne durch die

³⁰ Fall 1, Fall 4, Fall 18, Fall 19.1, Fall 19.2, Fall 20, (Intermediäre).

³¹ Fall 4: 105-108, Fall 19.2, 19.2, 22 (Intermediäre).

³² Fall 1, Fall 2, Fall 3, Fall 4, Fall 5, Fall 6 sowie Fall 17 (Intermediär), Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1. (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

Beteiligung in Initiativen neues Wissen generiert werden, etwa zum **nachhaltigen Konsum**, zum Beispiel „wie wir uns ernähren, [dass das] unmittelbar Auswirkungen hat, in welcher Umwelt wir leben“ (Fall 24 (Intermediär): 876-878). Weitere Lernprozesse werden durch eine Auseinandersetzung mit den digitalen Medien, d. h. den Werkzeugen und Organisationsplattformen, oder durch das Erlernen neuer Kommunikationswege entweder untereinander, in der Gruppe oder zusammen mit anderen Organisationen angestoßen.

4.2.3 Beiträge der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zur Demokratie

Die Mehrheit der Befragten sieht **das Erlernen von Demokratie** innerhalb der Initiativen (Partizipation, Mehrheitsbeschlüsse, Konfliktlösungen etc.) als einen ihrer wichtigsten Beiträge an: „Das sind auch Demokratisierungsprozesse durch Vereinsbildung, aber auch die gemeinsame Selbstorganisation von den Gartenprojekten und auch die konfliktträchtigen Auseinandersetzungen. Das ist eine Demokratisierung finde ich. Oder ein Ausprobieren von einer Demokratisierung“³³ Unter „Demokratie-Prozess“ (Fall 20 (Intermediär): 509) verstehen die Befragten die Prozesse des Aushandelns von **Konflikten, die Auseinandersetzungen in der Gemeinschaft, die Lösungsfindungen im Konsens und die Organisation der Gruppen in einem partizipativen und demokratischen Sinne**.³⁴ Diese Prozesse finden innerhalb der Gruppe oder in Kooperationen mit Vertreter/innen der Kommune, mit anderen Akteuren im Quartier oder in der Region statt. Politisch, wenn auch nicht im Sinne der Parteienpolitik (Fall 20 (Intermediär)), werde es zum Beispiel dann, wenn die Bürger/innen ihren Pflichten und Verantwortungen, zum Beispiel im Rahmen der Stadtentwicklung, nachkommen.³⁵

Während die befragten Beteiligten der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen jegliches Engagement, das nicht gewinnorientiert ist, als gemeinwohlorientierten Beitrag definierten, vertraten die befragten Intermediäre teilweise eine ganz andere Meinung. Gemeinwohl endet für manche von ihnen dort, wo „privat und Kommerz beginnen“ (Fall 4: 1176). Demnach seien alle Initiativen oder „Gemeinwohlorganisationen“, die keine wirtschaftlichen Interessen im Sinne einer Gewinnmaximierung verfolgen und „dazu beitragen, dass es uns gemeinsam, und gemeinsam unterstrichen“, bessergeht (Fall 4: 1169) und „zunächst erstmal [...] nicht profitorientiert arbeiten oder einen klaren Auftraggeber haben, dem sie zuarbeiten müssen“ (Fall 27 (Intermediär): 35-36), gemeinwohlorientiert.

Ein Teil der befragten Intermediäre äußerte sich grundsätzlich skeptisch zum Gemeinwohlbeitrag einiger zivilgesellschaftlicher Initiativen. Ein Projekt, das nur Leistungen für die eigenen Mitglieder erbringe, sei noch nicht gemeinwohlorientiert. „Es ist eben ein exklusives Projekt, was nur auf die eigenen Mitglieder schießt“ (Fall 20 (Intermediär): 271) und sich seinen jeweiligen „Partikularinteressen“ (Fall 16 (Intermediär): 327) verschrieben habe, „aber es hat noch keinen wirklichen öffentlichen Mehrwert“ (Fall 22 (Intermediär): 443-444). Der Gemeinwohlbeitrag ließe sich mit der Frage beantworten, wieviel „Exklusivität“ (Fall 20 (Intermediär): 297) und wieviel „Inklusion“ (Fall 20 (Intermediär): 298) eine Initiative erzeuge. Erst durch den öffentlichen Mehrwert würde die Initiative gemeinwohlorientiert. Der Gemeinwohlbeitrag von Initiativen sei daher nicht voraussetzungslos gegeben. Initiativen können „schnell in so eine gewisse Selbstgerechtigkeit fallen“ (Fall 20 (Intermediär): 248-249). Demnach gäbe es „auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die vielleicht sehr klare Einzelinteressen im Blick haben und damit nicht mehr als gemeinwohlorientiert durchgehen

³³ Fall 19.1 (Intermediär): 591-592, Fall 18 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

³⁴ Fall 4 sowie Fall 16 (Intermediär), Fall 17 (Intermediär), Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär)

³⁵ Fall 4, Fall 16 (Intermediär)

würden“ (Fall 27 (Intermediär): 40-42). Insofern mache es auch „wenig Sinn, hier zu sagen, per se jede bürgerschaftliche Initiative ist gut“ (Fall 20 (Intermediär): 224-225).

Auch verweisen einige Interviewte darauf, dass die Förderung des Gemeinwohls eine „grundsätzliche Aufgabe von **Kommunalpolitik**“ (Fall 22 (Intermediär): 597) sei, wobei hier ein „gleicher Wertekanon“ (Fall 16 (Intermediär): 378-383) zugrunde liege. Beschlüsse, die zum Beispiel im Gemeinde- oder Stadtrat gefasst werden, würden demnach per se als gemeinwohlorientiert gelten, während Vorstellungen, die diesem nicht entsprechen, als Partikularinteressen bezeichnet werden könnten (Fall 16 (Intermediär): 349-354).

Von den Interviewten wird auch die Gemeinwohlorientierung von **Unternehmen** thematisiert. Ein Befragter betont, dass Wirtschaft generell „nur gemeinsam“ mit Gemeinwohlorientierung gedacht werde sollte (Fall 25 (Intermediär): 557-558) und dass wirtschaftliche Aktivitäten, die dieser Orientierung folgen, „in seinem Bereich einen erheblichen Gemeinwohlimpact, ganz konkret“ hätten (Fall 25 (Intermediär): 558).

Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen sind gesellschaftliche Bereiche, für die unterschiedliche Gemeinwohlbezüge diskutiert werden. Viele Interviewte verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass der **Beitrag zum Gemeinwohl lokal ausgehandelt** werden müsse. Die Auslegung von Gemeinwohl sollte je nach Situation und Entwicklungsstand der jeweiligen Gemeinde und des lokalen Kontextes definiert und priorisiert werden (Fall 16: 339-348, Fall 22 (Intermediär): 624). „Gemeinwohl wird in jeder Stadt aus verständlichen Gründen anders interpretiert“ (Fall 16: 339-340), denn, so ein Befragter, „all business is local“ (Fall 18 (Intermediär): 143).

Gemeinwohl wird demnach als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses verstanden und wer sich diesem „verweigert, der verweigert sich dem Gemeinwohl“ (Fall 16 (Intermediär): 723). Denn mit „dem Ringen um die Inhalte“ (Fall 20 (Intermediär): 287) sei auch immer ein demokratischer Prozess verbunden. In dem Sinne seien auch die Verhandlungen in der Kommune um die Förderwürdigkeit von Initiativen „Teil eines Demokratieprozesses“, das heißt, diese Förderwürdigkeit „zu begründen, dass mit einer Kommune auszuhandeln und mit einer Kommune zu ringen und zu fragen[,] welchen Beitrag leistet die Initiative für [die] Quartiers- und Stadtentwicklung“ (Fall 20 (Intermediär): 290-292, ähnlich Fall 16 (Intermediär)). Initiativen sollten daher auch in die Kommunikationsstrukturen der Kommune eingebunden sein. Ihre Unterstützungswürdigkeit ergebe sich daraus, „dass eine Initiative nicht im luftleeren Raum und an den sonstigen Gegebenheiten von Stadt- und Ortentwicklung vorbei oder an der jeweiligen Kommune vorbei passiert, sondern (...), dass solche Initiativen natürlich da auch an die jeweilige konkrete Ortentwicklung angebunden sein müssen“ (Fall 20 (Intermediär): 228-232).

Einige befragte Initiativen betonten hierbei auch den **symbolischen oder politischen Wert**. Themenübergreifend sehen es die Initiativen als einen Beitrag zum Gemeinwohl an, dass sie alternative Handlungsoptionen anbieten, wie zum Beispiel in den Bereichen Ernährung, Wohnen und Wirtschaft. Einige Initiativen haben es sich zum Ziel gesetzt „auf Themen aufmerksam zu machen, die nicht richtig gesellschaftlich laufen“ (Fall 3: 2996), und dies auch der Politik zurückzuspielen: „Zu sagen, das ist ein Thema, da muss man ran“ (Fall 3: 3005). Oder sie haben sich gegründet, um einen „grundsätzlichen Wandel hin zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen, sozial-ökologischen Gesellschaft zu leisten“ (Fall 17 (Intermediär): 443-444). Wiederum andere Initiativen sehen sich dazu berufen, „Krisenintervention“ (Fall 24 (Intermediär): 1534) zu betreiben. Sie sprechen gesellschaftliche Fehlentwicklungen, wie „geplante Obsoleszenz“ (Fall 19.2 (Intermediär): 475) oder die Mängel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (Fall 10, Fall 25 (Intermediär)) an oder fordern die Politik zu einer „gescheiterten Agrar- und

Ernährungspolitik“ (Fall 24 (Intermediär): 1335-1336) auf. Über konkrete Praktiken sowie die Ermöglichung von Begegnung und Vernetzung hinaus werden politische Forderungen gestellt, die nicht selten auf eine sozial-ökologische Transformation abzielen.

Eng hiermit verbunden ist für die Initiativen das Ziel der **Sensibilisierung, Aufklärung und Verbreitung nachhaltiger Ideen und Praktiken** in der Gesellschaft. Die Sensibilisierung für gesamtgesellschaftliche und sozial-ökologische Problemlagen und die Aufklärung, wie der gesellschaftliche Wandel gestaltet, nachbarschaftliche Stadtentwicklung aussehen und alternative Lebensmodelle, Konsummuster und Wirtschaftsformen praktiziert werden können, sind Bestandteil und durchgehend ein Anliegen aller Interviewpartner/innen. Als Nischenakteure streben die Initiativen durch ihr Handeln in der Regel nicht den sofortigen Wandel an, sondern wollen viel mehr „**Impulse für Veränderungen** erzeugen“ (Fall 2: 237), welche dann durch verschiedene Kommunikationsstrategien in die Öffentlichkeit getragen werden. Das Ziel sei es, **ein „Narrativ“ zu entwickeln**, welches symbolische Kraft besitzt und zeigt, „dass es auch anders geht“ (Fall 17 (Intermediär): 470). Die Kommunikation erfolgt unter anderem anhand von „Pionierprojekte[n]“ (Fall 1: 934). Eine andere Art, das eigene Projekt oder die Initiative für ein solches Narrativ zu nutzen, besteht darin, sie als „**Kampagne**“ für einen größeren Zweck zu verstehen und damit Menschen in der Nachbarschaft für verschiedene Themen zu sensibilisieren oder auch ganze Regionen für ein Thema zu interessieren, etwa die Neuausrichtung der Energieversorgung (Fall 2: 49-51, Fall 8: 225-227). Andere Initiativen sind so konstruiert, dass sie als **Bildungsprojekte für Schulen** oder in der Erwachsenenbildung dem Ziel folgen, Menschen über eine nachhaltige Transformation, den Klimawandel, die Stadtentwicklung aufzuklären. Wiederum andere Initiativen bieten den Beteiligten die Möglichkeit, eine Sensibilisierung für **nachhaltiges Handeln zu erfahren und die relevanten Aspekte zu verinnerlichen**. „Auf einmal werden ganz normale Menschen, Verbraucher damit konfrontiert, was hier eigentlich los ist“ (Fall 24 (Intermediär): 923-924). Methoden und Mittel, derer sich Initiativen bedienen, sind die der analogen und digitalen Öffentlichkeitsarbeit, die Bereitstellung von Schulmaterial, die Mund-zu-Mund-Propaganda und die Vernetzung untereinander.

4.3 Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Kooperation mit anderen Akteuren

Die Initiativen versuchen, die angesprochenen Beiträge und Wirkungen durch verschiedene Aspekte zu verstärken. Einer davon ist, mit anderen Akteuren zu kooperieren, sowie ein anderer der Versuch der **Einbettung** der Initiative und ihrer Agenda der sozial-ökologischen Transformation in lokale Governance-Arenen. Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse dargestellt, die auf eine Einbettung der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen hinweisen und Einblicke darüber vermitteln, mit wem sie interagieren, welche Formen diese Interaktionen annehmen und welchen Herausforderungen sie dabei begegnen.

4.3.1 Kooperationspartner/innen und Kooperationsformen

Die untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen kooperieren mit unterschiedlichen Akteuren im lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und globalen Kontext. Darunter fallen Akteure aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Des Weiteren wurde in den Interviews deutlich, dass die Initiativen eine Integration in die nachbarschaftlichen Kontexte anstreben, mit Stiftungen und nationalen Verbänden im Austausch stehen und in manchen Fällen in transnationalen Netzwerken agieren. Ziele der Kooperation sind der gegenseitige Austausch zu bestimmten

Themen, die Weiterbildung und die Förderung von Initiativen durch verschiedene Ressourcen sowie die Sensibilisierung zu Nachhaltigkeitsthemen im kommunalen Kontext.

Die kommunale Verwaltung spielt als Kooperationspartner eine besondere Rolle. Die meisten Initiativen berichten von einem kooperativen Verhältnis, aber auch von einem „freundliche[n] Desinteresse“ (Fall 2:447) oder einer Duldung durch die lokale und kommunale Verwaltung. Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand gestaltet sich eher ambivalent, wobei die negativen Erfahrungen gegenüber den positiven überwiegen. Von mehreren Befragten wurde eine gewisse Distanz zur Verwaltung festgestellt sowie die Vermutung geäußert, dass die eigene Initiative von diesen als nicht relevant wahrgenommen werde. So sei es ein „Grundproblem in dieser Stadt“ (Fall 1: 400), dass die „Kooperation zwischen unten und oben oder zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft“ (Fall 1: 401-402) unbefriedigend sei. Es gäbe aber auch Beispiele, die das Gegenteil belegen. So wird über „sehr gut[e], leicht[e] und problemlos[e]“ Zusammenarbeit (Fall 7:704) berichtet, da alle „an einem Strang gezogen“ hätten, „sowohl die, die das initiiert haben, als auch die Verwaltung und auch die Gemeindevertretung“ (Fall 7: 7112-7113).

Die Zusammenarbeit mit der Kommune wird aus verschiedenen Gründen gesucht. Zum einen benötigen die Initiativen spezielle Ressourcen, wie Flächen und Räume, die in der Hand der Kommune liegen (Fall 7, Fall 19.2, Fall 8, Fall 4). Des Weiteren versuchen Initiativen, gemeinsam mit der kommunalen Verwaltung Veranstaltungen zu organisieren, um ihre Bildungsinhalte an eine breite Öffentlichkeit zu kommunizieren (Fall 11). Mit dem Wunsch nach finanzieller oder immaterieller, ideeller Förderung treten Initiativen auch an die Verwaltung heran. Hierbei geht es um institutionelle Förderung durch städtische Finanzmittel, die Unterstützung von Sharing-Ideen durch die Bereitstellung von Ausstellungsräumen, zum Beispiel für Fahrräder, oder um die Unterstützung durch Beratung (Fall 19.2, Fall 2, Fall 11). Die Befragten zeigen zudem Beispiele auf, wie Initiativen nicht nur mit kommunaler Verwaltung interagieren, sondern auch ihre neuen Wege des Denkens, Handelns und Organisierens in die Sphären der Verwaltung bringen. In einem Fall werden städtische Mitarbeiter/innen in den Quartiersrat mit eingebunden, um den urbanen Wald auf dem Gelände der Initiative zu betreuen. Weiterhin ist das Amt für Stadtgrün und Wasser mit seinen Projekten bei der Initiative vertreten. Darüber hinaus arbeitet die Initiative bei Fördermittelanträgen mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung zusammen (Fall 4: 45-47). Für diese Zusammenarbeit wurde ein „Projektteam [gegründet] ... da sind Vertreter aus der Initiative drin und Vertreter von Ämtern. Sogenannt Produktion Null Punkt Sieben“ (Fall 4: 351). Diese Zusammenarbeit versteht der Befragte als eine „co-produktive Gemeinschaft“ (Fall 4: 355)“. Diese innovative Form der Zusammenarbeit wird im kommunalen Kontext der Initiative getestet. Darüber hinaus agiert die Initiative selbst als Vermittler zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Zu Co-Produktionsseminaren werden daher auch Verwaltungsmitarbeiter/innen eingeladen, die den Bürger/innen kommunizieren, wie Verwaltung arbeitet. So habe eine Angestellte „aus dem Stadtplanungsamt jetzt vorgestellt, wie tickt die Verwaltung? So richtig schön mit so einem Kasten, mit so einer Rolle, wo Belege rauskommen, richtig cool“ (Fall 4: 232-235). Des Weiteren finden neue Ansätze der Finanzierung Eingang in die Logik der Kommunalverwaltung. So bezahle eine Initiative die Pacht für eine Fläche an die Stadt nicht in monetärer Form, sondern in Form von Dienstleistungen: „Wir zahlen in Nachbarschaftsentwicklung. Wir zahlen in Veranstaltungen“ (Fall 4: 276-277).

Die Zusammenarbeit mit der Kommune spielt nicht nur für das operative Geschäft der Initiativen eine wichtige Rolle, sondern auch für die strategischen Überlegungen. So werden Politik und Verwaltung als „Durchsetzungskontakte“ (Fall 4: 883) für die eigenen Anliegen beschrieben. Die Befragten sind sich jedoch auch der Grenzen der Zusammenarbeit bewusst, denn „Verwaltungsmitarbeiter sind auch loyal zur Stadt“ (Fall 4: 244).

Eine weitere Form der Kooperation beschreiben die Befragten zu kommunalen Einrichtungen, die sie als Profiteure der neuen Denks-, Handlungs- und Organisationsweisen sehen. So beziehe eine Kita als kommunale Einrichtung ihre Lebensmittel vom Dorfladen (Fall 7: 698). Die Gemeinde sei anteilig in der GmbH & Co.KG vertreten, sei ein Ansprechpartner und besäße ein „offenes Ohr, insbesondere der Bürgermeister“ (Fall 7: 110-112). Einige Initiativen und kommunale Verwaltungen engagieren sich in „Lenkungskreisen, wo man gemeinsame Projekte auf den Weg bringt“.

Neben der kommunalen Verwaltung richten sich die **Initiativen an die (lokale) Politik**, um hier die Verbreitung ihrer Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl seien diese Kontakte im Vergleich zur Verwaltung deutlich geringer, aber tendenziell fruchtbarer und deutlich unkomplizierter. Das Interesse an den Initiativen sei durch die **politische Agenda** der jeweiligen Partei und den **momentanen Themen der politischen Öffentlichkeit** bestimmt. Die „Rolle der Politik“ als interessierter Akteur und Förderer sei „schon ziemlich entscheidend“ (Fall 8: 319). Jedoch könne „man nicht erwarten, dass es da jetzt einen Run auf das Projekt gibt, weil es ist einfach so ein unbekanntes Konstrukt“ (Fall 8: 313-316) ist. Eine Vernetzung/Kooperation mit lokaler Politik verfolgen die Initiativen auch, um an institutionelle Fördergelder der Kommune zu gelangen (Fall 12).

Neben Verwaltung und Politik kooperieren die Initiativen auch mit Akteuren **der Wissenschaft**. Diese Interaktion wird überwiegend als positiv und hilfreich beschrieben (Fall 2, Fall 3). Sie wird nicht nur wegen einer potenziellen Unterstützung eingegangen, sondern auch deshalb, um neue Mitwirkende für den sozial-ökologischen Wandel zu gewinnen und „sich nicht nur beforschen zu lassen, sondern tatsächlich gemeinsam Dinge auf den Weg zu bringen“ (Fall 17 (Intermediär): 680-681). Darüber hinaus bestehen Erwartungen an die Wissenschaft auch in einer legitimatorischen Funktion: „Ich wäre natürlich super happy, wenn über Leibniz, UFZ und wie die Institute alle heißen, [...] wenn die sagen: ‚Liebe Leute, die Leute da in [Stadtteil] brauchen unbedingt dieses Quartiershaus, macht mal 500.000 Euro frei!‘“ (Fall 4: 922-926). In den Interviews wurde ein immer wiederkehrender kritischer Punkt bei der Zusammenarbeit mit Wissenschaft geäußert. Demnach würden innovative Initiativen oft beforscht, erhielten aber wenig oder kein Feedback (Fall 19.2 (Intermediär): 707-709). Daher wird die Beforschung von Initiativen inzwischen als lästig angesehen (Fall 19.2 (Intermediär): 708-709), aber es mache natürlich „Spaß festzustellen, dass man interessant ist“ (Fall 19.2 (Intermediär): 716).

Auch die Kooperation **mit Akteuren aus der Wirtschaft** wird überwiegend als positiv beschrieben. Dabei sind es vor allem die Verbindungen zur lokalen Wirtschaft und zu kleinen Unternehmen, die gewinnbringend sind, während größere Unternehmen und Verbände tendenziell weniger interessiert erscheinen. Eine Initiative kooperiere mit lokalen und regionalen Produzenten (Fall 15: 534-538, Fall 2: 475-477), was als „wechselseitig positive Beeinflussung“ (Fall 15: 565) eingeschätzt wird. Mehrere Initiativen werden finanziell aus Wirtschaftskreisen unterstützt. Gewerbetreibende und Firmen beteiligen sich beispielsweise an der Finanzierung von Räumlichkeiten (Fall 7: 120). Eine andere Initiative erhält Unterstützung in Form von Spenden aus der Wirtschaft, z. B. der Sparkasse und dem Handwerk (Fall 4: 895-897). Weiterhin bekommen die Initiative auch Angebote, wie „corporate volunteering“³⁶ (Fall 4: 902). Mehrere Initiativen gehen auf Kreditvergaben durch Banken ein. Einige interviewte Initiativen gehen **Bündnisse** mit ortsansässigen Geschäften ein, die entweder Produkte der

³⁶ Gemeint ist hier eine Art betriebliches Freiwilligenprogramm, indem Mitarbeiter/innen eines Unternehmens für einen Tag in Projekten des gemeinnützigen Zweckes eingesetzt werden können.

Initiativen ausstellen, Teil des Mobilitätskonzepts sind oder Werbung betreiben und Veranstaltungen durchführen.

Auch **Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen** werden überwiegend als konstruktiv und reziprok beschrieben. Diese können sich im gleichen Handlungsfeld bewegen oder in anderen Feldern beheimatet sein. Die Interaktionen verfolgen das Ziel, mit Gleichgesinnten Erfahrungen, Ressourcen und Wissen auszutauschen. In größeren Verbänden **versuchen die Initiativen, auf politischer Ebene zu agieren und Resonanz zu erzeugen** (z.B. „Wir haben es satt“ –Demo).

Verschiedene Initiativen gehen ebenfalls mit **Stiftungen, Verbänden, NGOs, transnationalen Netzwerken und Kirchen** Kooperationen ein. Diese Kooperationen werden in den meisten Fällen als „echt irgendwie freundlich“ zusammengefasst (Fall 2: 382-386). Kooperationen mit Kirchen werden in den betrachteten Fällen besonders in Bezug auf die Ressource Raum eingegangen (Fall 3: 62-63, Fall 19.1 (Intermediär): 716). Andere Stiftungen oder NGOs unterstützen Initiativen durch finanzielle Mittel, die sich aus einer Kooperation heraus ergeben (Fall 2), oder sie tragen zum Wissensaufbau und zur Wissensgewinnung bei, indem sie als Berater/in agieren. Zweck der Kooperation mit Verbänden ist es, eine breitere und **stärkere Masse für politische Agenden** zu gewinnen (Fall 24 (Intermediär): 168).

Zu guter Letzt suchen Initiativen nicht nur den Kontakt zur lokalen Politik und Verwaltung, sondern auch zur **unmittelbaren Nachbarschaft** (Fall 3: 133-134, Fall 15: 788-797). Darüber hinaus sprechen Initiativen Anwohner/innen an, was sich in der Regel problemlos gestaltet. Manche der Anwohner/innen seien eher aufgeschlossen, manche weniger. Durch die Einbindung in die Nachbarschaft und die Kooperation mit Akteuren aus der Nachbarschaft „erweitern die Initiativen ihren **Aktionsraum**“ (Fall 19.2 (Intermediär): 696), teilweise auch über die unmittelbaren Nachbarn hinaus. So werde zum Beispiel der Dorfladen inzwischen auch von umliegenden Dörfern genutzt (Fall 21 (Intermediär): 1206-1234). Für die Kooperationspartner in der Nachbarschaft, zum Beispiel für die Schulen und Kitas, lägen die Vorteile etwa im „Flair“ der Werkstätten und dem Ansatz, eigensinnig zu denken und zu handeln (Fall 19.2 (Intermediär): 701). Dennoch bestünde in manchen Fällen ein Mangel an einem erforderlichen Grundverständnis, was für eine Teilhabe in der Nachbarschaft und bei Initiativen wichtig sei (Fall 12 (Initiative): 1954-1957). Der Austausch mit der unmittelbaren Nachbarschaft erfolgt meistens „total informell“ (Fall 3: 2696), aber auch in institutionalisierten Routinen, wie Runden Tischen. Kooperationen in Nachbarschaften entstünden entweder zufällig oder würden durch Projektmitarbeiter/innen im Sinne einer „Community-Assistance“ hergestellt werden, indem diese „halt raus[geht] und redet und fragt und telefoniert und sagt, hey, wir brauchen da Unterstützung. Kann jemand?“ (Fall 3: 992-995). Interaktionen in der Nachbarschaft gingen Initiativen hauptsächlich mit Bildungseinrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, oder mit anderen sozialen Einrichtungen, wie Jugendclubs, ein, „also mit allen möglichen Kietzaktiven“ (Fall 3: 133-134, Fall 15: 788-797). Darüber hinaus findet bei verschiedenen Initiativen eine Ansprache der Anwohner/innen statt.

4.3.2 Probleme und Herausforderungen in der Kooperation mit verschiedenen Akteuren

Vielen Initiativen, die Kontakte mit der Verwaltung suchen und in Interaktion zu ihr treten, werden damit konfrontiert, dass es für ihre Angelegenheiten keine passenden Ansprechpartner/innen in der spezialisierten und nach Ressorts organisierten kommunalen Verwaltung gebe (Fall 1, Fall 2). In der Verwaltung gebe es niemanden mit „Querschnittsdenken“ (Fall 20 (Intermediär):669). Ressortübergreifendes Denken werde auch nicht in der alltäglichen Arbeit gefordert. In vielen Fällen sei der Bezug zur Nachhaltigkeitsthematik kaum gegeben (Fall 1). Eine Kooperation werde in vielen Fällen aufgrund der Einstellungen und Haltungen der

Akteure erschwert. So bedürfe es auf der „Ebene der Verwaltung manchmal einfach viel Überzeugungsbedarf“ (Fall 3: 2398-2399). Wie gut die Zusammenarbeit laufe, sei dabei meist von den Einzelpersonen abhängig (Fall 3: 2393-2405, Fall 20, Fall 27), denn „es gibt Akteure, die sind sehr offen[,] und es gibt Akteure, die sind eher verschlossen“ (Fall 8: 176-179). Diese Abhängigkeit von einzelnen Personen könne sich auch darin äußern, dass Genehmigungen, zum Beispiel für Flächen, Auslegungssache einzelner Sachbearbeiter sind. Dies könne höchst subjektiv ausfallen (Fall 5, Fall 24). Die Auslegung sei in den meisten Fällen durch Vorgaben geregelt und scheitere besonders bei innovativen Ideen an der Starrheit der Förder- oder Rahmenvorgaben, wie der Förderkulisse. Es werde viel „gebohrt“, aber im Endeffekt lief es bei Gesprächen immer darauf hinaus, dass das „Geschäftsmodell“ nicht verständlich sei, und „sie hätten gerne, aber ihre Hände [seien] gebunden, weil das ja gar nicht so reinpasst in irgendeinen Topf, den wir da jetzt haben“ (Fall 2: 451-453). Bei den Initiativen komme schnell die Vermutung auf, dass den Sachbearbeiter/innen „ein bisschen der Wille“ (Fall 2: 456-458), und die Kreativität zur Findung und Umsetzung von neuen Wegen fehlen (Fall 2: 456 ff.). Dies liege aber nicht nur an der mangelnden Fähigkeit zur Weitsicht, sondern auch an den personellen Kapazitäten in Kommunen: „Wir stoßen mit den Möglichkeiten an Grenzen, alle diese Initiativen einzubinden und eben auch mitzunehmen, das schaffen wir nicht. Dafür fehlt das Personal“ (Fall 16 (Intermediär): 649-651). Auch seien Verwaltungsmitarbeiter/innen an die Vorgaben ihrer Arbeitgeber gebunden sowie hätten sich „loyal zur Stadt“ (Fall 4: 244) zu verhalten. Der Verwaltungsauftrag werde von der **politischen Öffentlichkeit sowie durch andere politische Prioritätensetzungen** definiert (Fall 8: 319). Hier komme nicht nur die Kommunalpolitik zum Tragen, sondern auch die Landes- und Bundespolitik, wie es am Beispiel der Windenergie deutlich werde: „Solange ich allen versuche einzureden, Wind ist schlecht und Braunkohle ist gut, was ja absurd ist, krieg ich diesen gordischen Knoten nicht aufgeschlagen“ (Fall 8: 213). Vielmehr konzentriere sich die lokale Politik – getrieben vom vorherrschenden Wachstumspfad – auf kapitalträchtige Investitionen, die durch die preiswerten Standortbedingungen gelockt werden. Die wenigen Standorte, die optimal für die Windenergie wären, würden daher eher an Investoren verkauft und nicht an Bürgerenergiegenossenschaften, womit man „dieser eigentlichen Idee noch mehr, ja, in den Hintern treten“ würde (Fall 8: 201).

Grundsätzlich wird betont, dass in der Zusammenarbeit von Initiativen und Kommunen „schon sehr unterschiedliche Logiken dann aufeinander“ (Fall 18 (Intermediär): 625-626) prallen. Gleichwohl wird durch die Befragten auch ein Verständnis für die Kommunen geäußert. Diese brauchen, wenn große Geldsummen fließen, auch einen „verbindlichen Investitionsplan“ (Fall 18 (Intermediär): 629-630). Die Initiativen haben meist „offene Vereinsstrukturen“ (Fall 18 (Intermediär): 627) und tun sich schwer damit, Verbindlichkeiten herzustellen: „also da wehren sich die Initiativen manchmal, find ich, auch auf eine nicht nachvollziehbare Art und Weise dagegen“ (Fall 18 (Intermediär): 631-632). Ebenfalls konfliktreich sei der häufig anzutreffende Anspruch: „wir machen das jetzt alles neu und anders“ (Fall 18: 636). Daher hätten viele „Kommunale“ (Fall 18 (Intermediär): 646) Vorurteile gegenüber Initiativen, die diese aber auch bestätigen, „indem sie selbstgerecht agieren und vor allem sich nicht festnageln lassen, wie so nen Pudding an der Wand“ (Fall 18 (Intermediär): 647-648). Andererseits sehen einige Initiativen die mit Verwaltung verbundene Bürokratie kritisch, nicht als „das Regelleben absichernde Gerüst, sondern die sehen Bürokratie wirklich als [ein] ihre Kreativität bremsendes Monster“ (Fall 18 (Intermediär): 653-654).

Resultat dieser unterschiedlichen Logiken sei häufig die fehlende Kommunikation auf „**Augenhöhe**“ (Fall 20 (Intermediär): 601), die sich schwerlich herstellen lasse. Hierzu müssten die Kommunen die Initiativen als „neue Partner“ in Beteiligungsprozessen akzeptieren, was wiederum die „**tradierten Machtstrukturen und Zuständigkeitsstrukturen**“ (Fall 20: 607-608) infrage stellen würde. Das legitimierte Entscheidungsgremium (Stadtrat/ Gemeinderat)

müsse seine Entscheidungsbefugnisse öffnen und die Teilhabe von zivilgesellschaftlichen Initiativen am kommunalen Geschehen akzeptieren (Fall 20 (Intermediär): 616-617).

Zudem bestünden auch Hindernisse für Kooperationen seitens der **zivilgesellschaftlichen Initiativen**. So können auch hier die **Sichtweisen und Haltung der Akteure maßgeblich für den Erfolg der Kooperation** sein. Gehen die Akteure mit Vorurteilen in Bezug auf die angeblich mangelnde Bereitschaft kommunaler Akteure in den Prozess, so kann dies hinderlich sein (Fall 16 (Intermediär)). Dabei werde unter anderem fehlendes Wissen attestiert, denn „die, die eigentlich nicht kommunalnah sind, sondern eher -fern, stellen Ansprüche, wo ich mich frage, ob die wissen, wie Kommunen funktionieren (Fall 16 (Intermediär): 155-158). Weiterhin scheitern Kooperationen daran, dass Initiativen mit einer überhöhten Erwartungshaltung an die Verwaltung herantreten und eine Unterstützung einfordern, die ihnen aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht geleistet werden kann (Fall 16 (Intermediär): 126 ff.).

5 Diskussion der empirischen Befunde

5.1 Einordnung der Befunde in die Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung

Die sozialwissenschaftliche Literatur zur Rolle von Gemeinschaften in der modernen Gesellschaft wurde in den einleitenden Kapiteln in Bezug auf die Kommunitarismus-Debatte, die Debatte um die posttraditionale Vergemeinschaftung und den Begriff von Gemeinschaft in den Neuen sozialen Bewegungen dargestellt. Im Folgenden wird zunächst diskutiert, inwiefern die untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen Merkmale posttraditionaler Vergemeinschaftung aufweisen, die empirisch von sozialwissenschaftlichen Studien herausgearbeitet wurden (Abschnitt 5.1.1). Im Anschluss daran wird die Diskussion zu der normativen Ausrichtung des Gemeinschaftsbegriffs aufgenommen und danach gefragt, welche Ansprüche innovative gemeinwohlorientierte Initiativen mit ihrer Form von Gemeinschaftlichkeit verbinden und inwiefern sich hier Positionen aus dem sozialwissenschaftlichen Diskurs zu Gemeinschaft und Gesellschaft wiederfinden lassen (Abschnitt 5.1.2).

5.1.1 Posttraditionale Vergemeinschaftung in den Initiativen

Merkmale posttraditionaler Vergemeinschaftung sind (vgl. Abschnitt 2.1): Freiwilligkeit, Rolle von Affekten, Kurzfristigkeit, losere Mitgliedschaft, die Entwicklung einer Wir-Identität eher über die Praktiken als über gemeinsame Ziele sowie eine weniger direkte Abgrenzung nach außen (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008). Einige Autor/innen betonen darüber hinaus die spezifisch transformative Wirkung einiger Formen von Vergemeinschaftung, wie insbesondere von intentionalen Gemeinschaften (vgl. Grundmann 2010, 2011; Kunze 2008, 2013).

Bei den betrachteten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen ist der Aspekt der **Freiwilligkeit** gegeben. Darüber hinaus ist ein Großteil der Initiativen inklusiv. Die Initiativen schließen keine potenziellen Mitstreiter/innen von vornherein aus. Trotz des generell inklusiven Charakters ist die Beteiligung am gemeinschaftlichen Zusammenleben in Lebensgemeinschaften oder Ökodörfern durch langwierigere Prozesse der Aufnahme von Mitgliedern und durch eine stärkere zeitliche Bindung gekennzeichnet als zum Beispiel bei der Beteiligung an Repair-Cafés oder Carrotmobs. Damit ist die **Kurzfristigkeit** der Beteiligung, wie sie für posttraditionale Vergemeinschaftung typisch ist, bei den untersuchten Initiativen nicht in jedem Fall gegeben. Das gemeinschaftliche Zusammenleben beruht auf einer stärkeren Bereitschaft, Zeit und andere Ressourcen einzubringen. Auch das Engagement zum Beispiel als Fahrer für einen Bürgerbus erfordert eine stärkere Bindung als das, was in der Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung als ‚event-förmig‘ beschrieben wird. Ein Großteil der betrachteten Initiativ-Formen ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass es sich nicht um ein kurzfristiges, sondern ein langfristig gebundenes Engagement handelt.

Mit den beiden Merkmalen Freiwilligkeit und Kurzfristigkeit ist ebenso die Frage der **Mitgliedschaft** verbunden. Nach Hitzler/Honer/Pfadenhauer (2008: 12) werden Individuen durch posttraditionale Gemeinschaften nicht vollständig erfasst. Das Engagement in innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen integriert das Individuum nicht vollständig. In Ökodörfern oder bei gemeinschaftlichen Lebensweisen wird ebenfalls darauf geachtet, dass es private Rückzugsräume gibt. So könne das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft – die Spannung zwischen „Ich-Sein und Zusammen-Sein“ (Fall 1: 860) – ausbalanciert werden. Hinsichtlich der Rolle **von Affekten** lässt sich zunächst feststellen, dass in den Initiativen Gemeinschaftlichkeit eine große Rolle spielt. Damit sind auch die emotionale und die affektuelle Komponente eines

Gemeinschaftsgefühls angesprochen. In den Interviews wird die affektuelle Dimension des Gemeinschaftsgefühls erweitert und auf die Bedeutung der gegenseitigen Wertschätzung verwiesen. Den Anderen als Menschen wahrzunehmen und in seiner Meinung und seinem Können wertzuschätzen, sind Aspekte von Gemeinschaft, die über ein bloßes Gemeinschaftsgefühl im affektuellen Sinne hinausreichen. Sie beziehen sich eher auf den normativen Begriff der posttraditionellen Vergemeinschaftung, den Axel Honneth (1993) geprägt hat. Posttraditionale Gemeinschaften sind demnach ein Muster sozialer Beziehungen, die „den anderen jeweils aufgrund der Eigenschaften und Fähigkeiten, die ihm als Individuum zukommen“ (Honneth 1993: 263), schätzen.

Damit kann gefolgert werden, dass Gemeinschaftlichkeit in den untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen weniger mit einer ‚rauschhaften‘ Vergemeinschaftung und starker Identifikation mit einer ‚imaginierten‘ Gemeinschaft verbunden wird, sondern sich vorrangig durch eine gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung auszeichnet, ohne dabei die anderen Aspekte auszuschließen. Anerkennung finden ebenso der eigene und der gemeinschaftliche Beitrag zum Gemeinwohl, der über gemeinsame Werte und Ziele definiert wird. Engagement in den Initiativen soll nicht zuletzt Spaß machen, es soll aber auch mit (oftmals sozialen und/oder ökologischen) Werten verbunden sein.³⁷ Der Zusammenhang von ‚Spaß haben‘ mit spezifischen Werten und Zielen als zentrale Motive für individuelles Engagement ist ebenso ein zentraler Befund einer Bevölkerungsumfrage, die im Rahmen des Forschungsprojekts durchgeführt wurde (vgl. Peuker/Rückert-John 2017).

Dass die Formen der eventhaften Selbstbestätigung einer Gemeinschaft in den vorliegenden empirischen Befunden keine so große Rolle spielen, könnte auch am anders gelagerten empirischen Gegenstand liegen. Betz (2018) und Nieskrenz (2011) analysierten Veranstaltungen und beobachteten hier gemeinschaftsbildende Aspekte des geselligen Miteinanders. Im vorliegenden Projekt bilden jedoch – wenn auch vorwiegend informelle – Organisationsweisen zivilgesellschaftlicher Initiativen den Gegenstand. Damit bleibt es ein Forschungsdesiderat, explizit nach ‚sakralen‘ beziehungsweise ‚außeralltäglichen‘ Ereignissen zu suchen, bei denen innerhalb dieser Initiativen eine Gemeinschaft sich ihrer selbst versichert. Erst dann kann auch der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Initiativen (im Sinne Batailles, vgl. Rosa et al. 2010: 157) zu einer „Wiederverzauberung“ einer erkalteten, durchrationalisierten Gesellschaft führen.

Gemeinschaftlichkeit wird **oft erst über spezifische Praktiken** hergestellt (vgl. Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 17 f.; Hitzler 1998: 83; Rosa et al. 2010: 63 f.). In vielen Initiativen lassen sich Praktiken, die auf Organisation, Gemeinschaft und Öffentlichkeit bezogen sind, und Kernpraktiken, wie unter anderem Gärtnern, Reparieren, Busfahren, unterscheiden. Gemeinschaftlichkeit als Aspekt der Organisationsweise der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen bildet sich über konkrete, auf ein bestimmtes Thema oder Problem bezogene Praktiken. Die Kernpraktiken werden meist als **Beiträge zum Gemeinwohl** angesehen und damit als Beitrag für eine Gemeinschaft, die den konkreten Sozialzusammenhang, der durch die Initiative hergestellt wird, überschreitet. Hier zeigt sich erneut ein Unterschied zu anderen Formen posttraditionaler Vergemeinschaftung, wie zum Beispiel den Konsumgemeinschaften. Gemeinschaftlichkeit wird durch den Bezug auf das Gemeinwohl nicht nur über die Praktiken hergestellt, sondern auch über eine spezifische, ideelle Dimension, die durch gemeinsame Werte und Ziele gekennzeichnet ist.

Der Ansatz der intentionalen Gemeinschaften verdeutlicht den politischen Charakter eines Teils innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen, vor allem der Ökodörfer und

³⁷ Auf diese Moralisierung von Jugendszenen hatte bereits Hitzler (2008) verwiesen.

gemeinschaftlichen Lebensgemeinschaften. Diese streben eine **neue und alternative Lebensweise** an, die ökologisch und nachhaltig ist. Indem diese Lebensweisen von den Akteuren vorgelebt werden, möchten sie auch andere davon überzeugen, ihre Alltagspraktiken zu ändern. Über diesen Weg verfolgen sie das Ziel einer Transformation der Gesellschaft.

Das konstitutive Merkmal jeglicher Gemeinschaft (auch der traditionellen) ist die **Abgrenzung gegenüber einem „Nicht-Wir“**. In posttraditionaler Vergemeinschaftung – so Hitzler (1998: 83) – vollziehe sich diese oft nur schematisch und in Bezug auf „die Gesellschaft schlechthin“. Eine Alternative zu bestimmten Alltagspraktiken der industriellen Lebensweise, die als nicht-nachhaltig empfunden werden, zu entwerfen, ist das Anliegen vieler untersuchter Initiativen. Damit grenzen sie sich gegen über einem – so von ihnen wahrgenommenen – gesellschaftlichen Mainstream ab, der hier die Position des „Nicht-Wir“ einnimmt und zur Identitätsbildung beiträgt.

Jedoch ist die Abgrenzung nach außen, die sich durch die Alternativität anhand utopischer und wertbezogener Vorstellungen begründet, nicht gleichzusetzen mit einem strikten Ausschluss bestimmter Personen. So ist ihre Beteiligung an der Initiative auch dann möglich, wenn der begründende Sinnhorizont alternativer Praktiken nicht in Gänze mitgetragen wird.³⁸ Auch Rosa et al. (2010: 178) stellen hierzu fest: „Zwar dürfte unstrittig sein, dass Grenzziehungen nach außen eine immense Bedeutung für die Stabilität und Kohärenz gemeinschaftlicher Identitäten besitzen können, es ist jedoch strittig, welcher systematische Gehalt dieser Beobachtung zukommt. So bemerken gemeinschaftsfreundliche Positionen ja nicht zu Unrecht, dass keineswegs alle faktischen Gemeinschaften durch Exklusivität, Gewalt und den Ausschluss Fremder gekennzeichnet sind“.

Bei den untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen konnte eine derartige Offenheit festgestellt werden, auch wenn diese häufig propagiert und angestrebt wird, jedoch nicht mit der gewünschten sozialen Inklusivität einhergeht. So zeigte auch die im Rahmen dieses Forschungsprojekts durchgeführte Bevölkerungsumfrage, dass insbesondere sozial Benachteiligte durch innovative gemeinwohlorientierte Initiativen weniger erreicht werden und sie in ihnen selten ein Sprachrohr finden (vgl. Peuker/Rückert-John 2017).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für viele der untersuchten Initiativen die Merkmale posttraditionaler Vergemeinschaftung zutreffen, weshalb von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen gesprochen werden kann. Die affektuelle Dimension von Gemeinschaftlichkeit zeigt sich jedoch nicht in den Merkmalen des ‚Rauschhaften‘ oder ‚Event-bezogenen‘. Dies kann am Beispiel der Flashmobs erläutert werden, die Rosa et al. (2010: 64) als ein extremes Beispiel für eine Event-Vergemeinschaftung anführen. Flashmobs sind mit dem untersuchten Beispiel Carrotmobs vergleichbar. Die Analyse zeigte, dass auch bei dieser Form von Vergemeinschaftung der Schwerpunkt eher auf der Organisation dieses Events liegt. Die Vor- und Nachbereitung eines Carrotmobs dient als eine Bildungsmaßnahme für die organisierenden Jugendgruppen. Die ‚Events‘ dienen dazu, einen bestehenden Gruppenzusammenhang zu festigen, potenziell neue Mitstreitende zu werben und eine über den konkreten Gruppenzusammenhang hinausreichende Öffentlichkeit zu erreichen.

5.1.2 Individualisierung und Vergemeinschaftung

Bei den untersuchten innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen konnten drei unterschiedliche Verständnisse von Gemeinschaft (vgl. Abschnitt 4.1.1) voneinander abgegrenzt

³⁸ Zu einem ähnlichen Befund kommt das UBA-Projekt „Bürgerschaftliches Engagement für die sozial-ökologische Erneuerung“.

werden, die Bezüge zu den sozialwissenschaftlichen Debatten um Gemeinschaft und Gesellschaft aufweisen.

Das erstgenannte Verständnis von **Gemeinschaft als informelle Selbstorganisation** (1) und flachen Hierarchien schließt am Gemeinschaftsbegriff der Neuen sozialen Bewegungen und der Idee der Selbstverwaltung an. Die Betonung der **Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung** (2) rekurriert auf Überlegungen zu posttraditionalen Gemeinschaften und den Aspekt des Emotionalen von Gemeinschaften. Gemeinschaftsgefühl und Emotionalität von Gemeinschaften verweisen auf die informellen, auf Vertrauen beruhenden Aspekte des sozialen Beziehungsgeflechts, das Gemeinschaften darstellen. Jedoch weist der Aspekt der gegenseitigen Wertschätzung und der Anerkennung des Anderen über das Gefühl von Nähe und Vertrautheit hinaus und meint nicht (nur) die Form von „rauschhafter Vergemeinschaftung“, wie sie im Diskurs um posttraditionale Vergemeinschaftung thematisiert wird. Der Gedanke einer „**imaginären Gemeinschaft**“ (3) (Rosa et al. 2010: 86 f.; Hitzler 1998: 85) – also einer Gemeinschaft, die nicht auf konkreten Interaktionsbeziehungen beruht – findet sich in den Interviews sowohl in Bezug auf die „ländliche Gemeinschaft“ als auch in Bezug auf die städtischen Nachbarschaften oder zivilgesellschaftlichen Netzwerke wieder.

Die verschiedenen Perspektiven auf Gemeinschaft sind auch anschlussfähig an die **Kommunitarismus-Debatte**, wenn hier die Frage diskutiert wird, inwiefern liberale und individualisierte Gesellschaften dazu in der Lage sind, ihre sozialen Probleme zu lösen. Einige Autor/innen stellten dabei die These auf, dass rationale Organisationen und Institutionen einer Einbettung in vertrauensvolle Sozialbeziehungen bedürfen. Die Gegenüberstellung von Gesellschaft (= formelle Beziehungen) und Gemeinschaft (=informelle Beziehungsmuster) führte zu der Forderung, lokale Gemeinschaften zu stärken, um die Funktionsweise der Gesellschaft sicherzustellen. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen stellt sich die Frage, inwiefern zivilgesellschaftliche Initiativen zu einer Einbettung von gesellschaftlichen Institutionen und zu einer Stärkung lokaler Gemeinschaften (der Kommune) führen.

In der **Sozialkapital-Theorie**, die auf Überlegungen innerhalb der Kommunitarismus-Debatte aufbaut (vgl. Abschnitt 2.2), wird Zivilgesellschaft als ein wichtiger Ausdruck von Sozialkapital angesehen. Die Zivilgesellschaft schaffe eine Brücke zwischen sozialen Akteuren und eher unpersönlichen gesellschaftlichen Strukturen, wie Markt und Verwaltung (vgl. Rosa et al 2010: 103 f.). Die betrachteten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen sind ebenso Teil der Zivilgesellschaft und tragen damit zu ihrer Belebung und zur Bildung von Sozialkapital bei. Darüber hinaus bilden die Initiativen durch ihren inklusiven Charakter gerade die Form von sozialen Kapital aus, die wichtig ist, diese Scharnierfunktion zu erfüllen, nämlich Brücken zu bilden zwischen unterschiedlichen Clustern von dichten Sozialbeziehungen, anstatt Cluster nach außen hin abzuschotten (vgl. die Unterscheidung zwischen „bridging social capital“ und „bonding social capital“ bei Putnam 2000; vgl. Rosa 2010: 108 f.).

Die **Inklusivität** innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen – so zeigen die Befunde – besteht nicht nur in einer Offenheit für die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter, Einkommen und Bildung, sondern auch im Gemeinwohlbezug. Die Abgrenzung als Gemeinschaft geschieht nicht in Bezug auf andere Gruppen, sondern nur gegenüber einem, durch die Initiativen wahrgenommenen gesellschaftlichen Mainstream. Damit verfallen die Initiativen nicht in pauschalisierende Freund-Feind-Zuschreibungen, die sozial spaltend wirken könnten. Auch die **Scharnierfunktion zwischen Verwaltung und Bevölkerung** lässt sich in den Befunden ablesen. So sind die innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen, wie zum Beispiel Freiraum-Initiativen oder Solidarische Landwirtschaften, über Intermediäre mit dem staatlichen Sektor verbunden. Diese Intermediäre leisten Übersetzungsarbeit, indem sie die Handlungslogiken von Politik und Verwaltung den Beteiligten in den Initiativen vermitteln. Die

sozialwissenschaftliche Literatur zu bürgerschaftlichem Engagement verweist jedoch darauf, dass es trotz der Bedeutung der Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft dennoch wichtig ist, die Autonomie der Zivilgesellschaft zu erhalten, um sie in ihren Eigenlogiken anzuerkennen. Dadurch soll der inklusive, kreative Charakter bürgerschaftlichen Engagements erhalten werden, der die vertrauensvollen, auf wechselseitiger Anerkennung beruhenden Sozialbeziehungen erst schaffen hilft, die auch die Grundlage des Gemeinschaftsverständnisses in kommunitaristischen Ansätzen bilden (vgl. Roth 2011).

Auch die Lern- und Ausstrahlungseffekte der untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen lassen sich als eine **Scharnierfunktion** beschreiben. Hierüber werden den Individuen nicht nur Wahlmöglichkeiten offeriert (und sie damit in ihrem individualisierten Subjektverständnis bestärkt), sondern auch Werte und Ziele vermittelt, die demokratiefördernd sind sowie nachhaltige Werte und Ziele beinhalten. Auch dadurch wird der inklusive „Bridging“-Charakter der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen deutlich. Wie bereits oben erwähnt ist jedoch dieser „Bridging“-Charakter nur für spezifische Milieus bedeutsam und trägt damit nicht uneingeschränkt zum sozialen Zusammenhalt bei.

Wie aber werden Individualisierungs- und Vergemeinschaftungsprozesse in den innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen vermittelt? Entsprechend der Individualisierungsthese (Beck 1993) ist in der modernen Gesellschaft davon auszugehen, dass Individualisierung mit einer **pluralisierten Rollenerwartung** einhergeht. Dies kann zu Konflikten oder Widersprüchen führen, welche die Individuen selbstständig austarieren müssen. In diesem Zusammenhang können die empirischen Ergebnisse die Bedeutung des Gemeinwohlbezugs für einen Umgang mit pluralisierten Rollenerwartungen in der Moderne verdeutlichen. So ist der Bezug auf das Gemeinwohl hilfreich, Brücken zwischen den verschiedenen Rollenerwartungen zu schlagen, die verschiedenen Rollenerwartungen miteinander zu versöhnen und gemeinschaftlich-kooperatives Handeln zu ermöglichen. Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen schaffen auf der einen Seite die Möglichkeit, individuelle Lebensstile zu realisieren. Die Ausrichtung auf soziale und/oder ökologische Werte und Ziele ist dann ein spezifisches Merkmal individueller Lebensführung, das diese von anderen Stilen der Lebensführung unterscheidet. Aus dieser Sichtweise stehen innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen auch für die gestiegenen Selbstverwirklichungsbedürfnisse der sich modernisierenden und demokratisierenden Gesellschaft. Auf der anderen Seite ist – ganz im Sinne der eher normativen Diskussion um posttraditionale Vergemeinschaftung – das Engagement-Bedürfnis, das in den innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen zum Ausdruck kommt, auch als Anzeichen der Sorge um den Anderen zu verstehen. Auf diese ethische Dimension posttraditionaler Vergemeinschaftung weist der Philosoph Emmanuel Lévinas hin, der im Rahmen der deutschen Kommunitarismus-Debatte diskutiert wurde. Demnach entspricht Engagement einer grundlegend ethischen Werthaltung des Menschen (vgl. Mosès 1993).

Darüber hinaus wird mit dem Begriff der intentionalen Gemeinschaften von Grundmann (2011) und auch von Axel Honneth (1993) aus einer normativen Perspektive heraus betont, dass sich erst in posttraditionalen Vergemeinschaftungsformen **Individualität voll entfalten könne**. Hinweise hierauf gibt es auch in den untersuchten innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen. So wird von den Initiativen als ein wichtiger Aspekt von Gemeinschaftlichkeit die gegenseitige Wertschätzung, insbesondere bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten und bei den Frei-Raum-Initiativen, hervorgehoben. Mehr noch als die Selbstverwirklichungs- und Gestaltungsansprüche von Individuen werden in den Interviews die **Herausforderungen und Konflikte** diskutiert, die mit der Aushandlung von Aufgaben- und Rollenverteilung einhergehen. Somit ist die Wertedimension, die in der wechselseitigen Wertschätzung in Gemeinschaften zum Ausdruck kommt, mit praktischen Erwägungen der Handlungskoordination in Bezug auf die

Kerntätigkeiten (wie Gärtnern, einen Laden betreiben, eine Aktion vorbereiten) verbunden. Die **Wertschätzung der natürlichen Umwelt** kann dabei als Teil einer Wertschätzung des Anderen, der in Gemeinschaftlichkeit zum Ausdruck kommt, aufgefasst werden (vgl. Honneth 2010). Die Ergebnisse des UBA-Projekts „Bürgerschaftliches Engagement für die sozial-ökologische Erneuerung“ zeigen, dass kleinere zivilgesellschaftliche Initiativen viel kreativer und flexibler als größere sind bei der Verbindung von sozialen und/oder ökologischen Werten und Zielen mit anderen Werten und Zielen.

In der Debatte um **Individualisierung und Gemeinschaft** wird auch auf mögliche negative Seiten der Steigerung von individueller Autonomie und Wahlmöglichkeiten in der modernen Gesellschaft verwiesen. Eine negative Seite ist, dass Verhaltenserwartungen an Individuen formuliert und institutionalisiert werden, ihr Leben selbst zu gestalten. Individuen können nicht mehr nur zwischen verschiedenen Wahlmöglichkeiten wählen, sie müssen es auch. In den geführten Interviews werden die positiven Seiten der Individualisierung, also die Gestaltungsansprüche und die Möglichkeiten, Selbstverwirklichungspotenziale umzusetzen, reflektiert. Die damit einhergehenden negativen Seiten verstärkter Anforderungen an das Individuum nach Individualität hingegen weniger. Dennoch verdeutlichen die Interviews die Erwartungen und die Forderungen an eine stärkere Selbstführung. So wird von den Engagierten beziehungsweise Teilnehmer/innen der Initiativen erwartet und gefordert, Ideen zu haben, diese umzusetzen sowie sich selbst weiterzubilden und kreativ zu sein.

Weiterhin könnten Individuen dazu verleitet werden, die Zugehörigkeit und Beteiligung an den Initiativen zu „**inszenieren**“. Das heißt, durch eine Beteiligung an den Initiativen wird sich nicht nur der eigenen Individualität versichert, sondern sie auch nach außen hin dargestellt. Im Sinne der Verhaltenserwartung an Individuen, sich selbst zu verwirklichen und individuell zu sein, kann Individualität auch dadurch für Andere zum Ausdruck gebracht werden, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Ein möglicher negativer Effekt dieser Inszenierung besteht darin, dass es nicht mehr vordergründig um das Gemeinwohl geht und die Auseinandersetzung um dessen Ausgestaltung nicht mit der Sachlichkeit geführt wird, die notwendig scheint, um tatsächlich einen Gemeinwohlbeitrag zu leisten.

Die innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen beanspruchen, eine Alternative zum gesellschaftlichen Mainstream zu bieten. Dadurch stellen sie für die Individuen eine Möglichkeit dar, mit der sie ihre Individualität ausdrücken können. Auf der Ebene der Gesellschaft kann dies auch als eine „**Inszenierung von Vielfalt**“ gedeutet werden. Der Ausstrahlungseffekt, den die Initiativen besitzen, ermöglicht einerseits eine reale Beteiligung und andererseits, diese Beteiligung bloß im Horizont wählbarer Handlungsalternativen zu halten. Bereits als Möglichkeit, die noch nicht realisiert wird, fungiert sie dann identitätsbildend. Eigene Lebensentwürfe und Lebensstile erscheinen so als gestaltbar, auch wenn infolge struktureller Anreize die „Mainstream-Variante“ realisiert wird.

Hinweise auf einen solchen „Inszenierungscharakter“ zeigen sich in den empirischen Befunden, zum Beispiel in der von einigen Befragten unterstellten ‚Selbstgerechtigkeit‘ der innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen. So wurde von den befragten Intermediären darauf verwiesen, dass die Initiativen, anders als von diesen beansprucht, nicht per se zum Gemeinwohl beitragen würden und das **Gemeinwohlverständnis erst mit anderen Akteuren aushandeln** müssten. Die Intermediäre gehen somit von unterschiedlichen Verständnissen von Gemeinwohl aus und betonen, dass ein gemeinsames Verständnis nicht erzwungen, im Dialog sich aber unterschiedliche Sichtweisen annähern können. Dabei besteht stets die Gefahr, dass Akteure versuchen, unterschiedliche Verständnisse von Gemeinwohl zu vereinheitlichen und abweichende Verständnisse nicht zuzulassen. Initiativen wollen eine Alternative zu etablierten Praktiken schaffen. Ihr Gemeinwohlverständnis beinhaltet oft abweichend vom Mainstream

soziale und/oder ökologische Werte und Ziele. Die Auseinandersetzung unterschiedlicher Akteure kann Konflikte auslösen, die konstruktiv gelöst werden können. Gemeinschaftlichkeit im Sinne einer Gemeinschaft in einer Kommune bedeutet dann, die Unterschiede in den verschiedenen Verständnissen von Gemeinwohl anzuerkennen.

5.2 Einordnung der Befunde in die Debatte der Transformationsforschung zur Beschleunigung des sozial-ökologischen Wandels

In Kapitel 2.2 wurden das Verständnis und die Rolle von Initiativen für einen systemischen Wandel zur Nachhaltigkeit aus Sicht der Transformationsforschung skizziert. Demnach zeichnen sich diese durch das Erproben alternativer (nachhaltiger) Denk-, Handlungs-, und Organisationsweisen in sogenannten Nischen aus, deren Skalierung auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels wünschenswert erscheint. Nachfolgend sollen die empirischen Befunde daher mit Blick auf die sieben identifizierten Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels diskutiert werden.

5.2.1 Wachstum einzelner Initiativen – die quantitative Zunahme an Mitgliedern, Unterstützer/innen oder Nutzer/innen einer Initiative

(Umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen zielen nicht direkt darauf ab, die Zahl der Mitglieder, Unterstützer/innen oder Nutzer/innen einzelner Initiativen zu erhöhen. Folglich konnte ein Wachstum von Initiativen im oben genannten Sinne nicht auf umweltpolitische Einflüsse und Förderungen zurückgeführt werden. Dennoch helfen Fördermittel und -programme dabei, den Aktionsradius der Initiativen auszudehnen, zum Beispiel dann, wenn dadurch die öffentliche Wahrnehmung der Initiative erhöht wird. Auch Scholl und Gossen stellen in ihrer Erhebung zur umweltpolitischen Unterstützung von sozialen Innovationen fest, dass durch die persuasiven Instrumente der (Umwelt-)Politik, wie Wettbewerbe, eine hohe Presse- und Öffentlichkeitswirkung erfolgen kann, welche die Reichweite von Initiativen erhöhen und somit die Ansprache von potenziellen neuen Mitgliedern vereinfachen kann. Eine Steigerung der Zahlen wäre somit eine Folge (Scholl/Gossen 2017: 58). Umgekehrt kann als indirekter Effekt einer Förderung auch der Ausschluss von Personen folgen, wenn durch den Zwang einer Formalisierung, zum Beispiel als Verein oder Genossenschaft, exklusive Gruppen gebildet werden, die nicht für jeden zugänglich sind oder in ihrem Charakter (Ämter, Funktionen) nicht für jeden als anstrengenswerte Organisationsform für ihr Engagement gelten.

Im Falle einer Förderung von Personalstellen nimmt auch die unmittelbare Personalkapazität der Initiativen zu. Jedoch zeigen die Ergebnisse, dass in den meisten Fällen zunächst einmal das Personal fehlte, um jene Fördermittel zu beantragen, was in der Regel ehrenamtlich erfolgt und beachtliche Opportunitätskosten beinhaltet, da eine Förderung nicht garantiert ist und andere Aufgaben unerledigt bleiben. Auch im Erfolgsfall birgt die Finanzierung von Personalstellen Risiken, da fast unweigerlich eine Diskussion oder ein Konflikt zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit entbrennt.

Insgesamt führen (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen, solange sie projektbasiert sind, nicht zu einer dauerhaften Stabilisierung und einem Wachstum der Initiativen und beinhalten gleichermaßen Chancen und Risiken. Jene Initiativen, denen es gelingt, eine projektbasierte Förderung als Sprungbrett für eine Weiterentwicklung ihrer Organisationsform und Professionalisierung zu nutzen, können infolgedessen auch kontinuierlich wachsen, womit jedoch weitere Risiken verbunden sind.

5.2.2 Organisationsentwicklung und Professionalisierung – die institutionelle Entwicklung einer Initiative im Spannungsfeld von Ehrenamt, Kreativität, Verlässlichkeit und professioneller Organisation

Bezüglich der Organisationsentwicklung und Professionalisierung zeigt sich die Ambivalenz (umwelt-)politischer Unterstützungs- und Fördermaßnahmen. Einerseits erfolgt in der Regel keine direkte Förderung der Organisationsentwicklung und Professionalisierung von Initiativen, etwa über eine institutionelle Förderung oder eine Rechtsberatung, andererseits sind Initiativen bei der Entgegennahme von Fördermitteln häufig dazu gezwungen, ihre Organisationsform weiterzuentwickeln und Professionalisierungsschritte einzuleiten. Je nach Erfahrungen und bestehendem Professionalisierungsgrad entsteht für Initiativen daraus ein Dilemma, das darin besteht, sich entweder für eine Förderung kompatibel zu machen und damit bis dahin etablierte und gefestigte Organisationsformen, Routinen und Rollen der Beteiligten zu verändern, oder dies nicht zu tun, damit aber den formalen und organisatorischen Anforderungen zur Beantragung, Umsetzung und Abrechnung von Fördermitteln nicht zu genügen.

Die Ambivalenz kann anhand der Finanzierung und den damit verbundenen formal-rechtlichen Anforderungen verdeutlicht werden. So wählen die innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen, um ihren Erhalt zu sichern, zur Durchführung der Kernaktivitäten und zur Organisation der Mitglieder und Aktivist/innen anhand ihrer Zielsetzung, ihres Selbstverständnisses und ihrer Organisationsform unterschiedliche Finanzierungsmodelle. Ein Teil der Initiativen finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, andere über Genossenschaftsanteile, wieder andere über freiwillige Beiträge. Kleine innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen entscheiden sich häufig für Mitgliedsbeiträge, in manchen Fällen akquirieren sie zusätzlich Spenden. Andere verstehen ihre Arbeit als Beitrag zum Gemeinwohl und wollen dementsprechend zugänglich für viele Menschen bleiben. Dies bedeutet, dass eine Finanzierung über Mitgliedsbeiträge aufgrund der damit verbundenen Exklusivität nicht infrage kommt. Das ist ein Umstand, der besonders von Freirauminitiativen als diffizil eingestuft wird. Als Konsequenz versuchen viele Initiativen, ihre Finanzierung zusätzlich über externe Fördermittelgeber zu sichern, womit sie bezüglich verschiedener Aspekte einem Veränderungs- und Anpassungsdruck ausgesetzt sind. Mit dieser formalrechtlichen Organisationsform geht nicht nur die Förderwürdigkeit einher, sondern in einem gewissen Maße auch eine Legitimation, um weitere Kontakte mit anderen Akteuren einzugehen. So werden formale Organisationsformen tendenziell als vertrauenswürdiger und professioneller eingestuft. Eine passende Organisationsform für Initiativen zu finden, ist kein niedrighschwelliger Prozess, sondern wird auf der Ebene der Initiativen von verschiedenen Aushandlungsprozessen begleitet, die wiederum Konflikte hervorrufen. Auch Becker et al. (2018: 1) konstatierten bereits, dass "applying for a legal form is not an easy or straight forward process, and selecting and maintaining a legal form is an early obstacle that CBIs must overcome to contribute to a transition". Unabhängig davon, welche Organisationsform Initiativen zur Mittelakquise wählen, bedeutet eine formalrechtliche Organisation in der Regel einen Bruch mit vorher weniger formalen Organisationsstrukturen, die beispielsweise keine hierarchische Form der Entscheidungsfindung vorsehen. Die Überführung von meist konsensualen Abläufen und informellen Strukturen in formale Muster setzt einen teilweise schwierigen Aushandlungsprozess innerhalb der Initiative in Gang, und zwar zum einen aufgrund der Verhandlung, welcher Typus der Organisation zunächst gewählt werden soll, und zum anderen, ob dieser dauerhaft auch zukünftigen Ansprüchen genügt oder später ein erneuter Wechsel nötig wird. Oft werden dabei die ursprünglichen Ziele der Initiative und die Absichten, welche die Initiative mit einer Formalisierung erreichen möchte, gegeneinander aufgewogen und aneinander angepasst. Eine Kompromisslösung in der Ausgestaltung der internen Zielsetzung

und Organisationsstruktur, um den Förderrichtlinien zu entsprechen, weicht in den meisten Fällen von den innovativeren und unkonventionelleren Ideen und Strukturen ab. Während ein Teil der Mitglieder mit den damit verbundenen Kompromissen leben kann, sagt sich ein anderer Teil von der Initiative los. Auch Fischer et al. (2017: 1996) hielten diese Beobachtung in ihrer Untersuchung zu Spannungsfeldern innerhalb der alltäglichen Aushandlungspraxis von gemeinschaftlich geführten Initiativen bereits fest. Die Erfahrungen der Interviewten zeigen, dass in den meisten Fällen ein Konsens gefunden werden kann. Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass der Formalisierungszwang in Form der bekannten Organisationsformen (u. a. Verein, gGmbH, Genossenschaft) für die Initiativen ein erstes Hindernis für ihren Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation darstellen kann. Die Untersuchungen von Celeta/Coletti (2018) zeigen zudem, dass die Initiativen dabei keineswegs im vorausseilenden Gehorsam agieren, da sich Fördermittelgeber tatsächlich für traditionellere Modelle der Organisationsstruktur entscheiden. Celeta/Coletti (2018: 2) sprechen hier von einer „selectivness“, die an das Regime angepasste Strukturen begünstigt und innovativere benachteiligt und somit deren Verbreitung verhindert.

5.2.3 Vervielfältigung erfolgreicher Ansätze – Übernahme neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen einer Initiative durch eine andere in gleicher oder an den Kontext angepassten Weise

Die bisherige Logik (umwelt-)politischer Unterstützungs- und Fördermaßnahmen steht vor allem aufgrund des Innovationszwangs und -verständnisses einer Vervielfältigung neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsmuster eher entgegen, als dass sie sie befördert.

Die Struktur, das Design und die Anforderungen von Förderungen zum Zeitpunkt der Erhebung sind überwiegend so ausgestaltet, dass sie mit einem Innovationszwang aufseiten der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen versehen sind. Bereits bestehende Projektideen können meistens nicht nochmals durch eine Förderung finanziell unterstützt werden, da mit einer Förderung eine Änderung oder Weiterentwicklung der Idee einhergehen muss. Dies bedeutet auch, dass in der Regel keine Mittel zur Verfügung stehen, um Ideen und Projekte ausreichend zu reflektieren und zu verbessern oder auch in andere Kontexte zu übertragen. Zwar wird die „Sicherstellung der Übertragbarkeit“ häufig in den Förderrichtlinien adressiert, selten werden diesen Maßnahmen jedoch ausreichend Raum und Zeit eingeräumt, beziehungsweise endet die Förderung da, wo Handbücher, Guidelines oder Werkzeugkoffer erstellt werden, womit der eigentliche und keineswegs einfache Akt der Übertragung beziehungsweise Anwendung an anderer Stelle den handelnden Akteuren überlassen wird.

In diese Richtung wirkt auch das bereits bekannte Problem der „Projektifizierung“ beziehungsweise „Projektitis“. Eine weitere Förderung von Initiativen ist an die Akquise weiterer Mittel geknüpft, wobei die Förderzeiträume meist zu kurz angelegt sind, um Projekte vollständig zu bearbeiten und deren Ergebnisse und Wirkungen ausreichend zu reflektieren oder gar selbst für deren Übertragung zu sorgen. Dementsprechend bewerben sich Initiativen um neue Mittel mit neuen Ideen, statt die gerade eben noch neuen zu festigen und zu verbreiten. Dinnie/Holstead (2017) heben diesen Umstand hervor und stellen auch die Unterschiede zwischen der kurzen Projektlogik seitens der Fördermittelgeber und der längerfristigen Etablierung der (Projekt-)Idee der Initiativen gegenüber, was wiederum auf die Ausrichtung der Initiativen und ihre Kernaktivitäten sowie auf deren Arbeitsweisen Einfluss nimmt. Hier entstehen ein Konflikt und ein „Trade-off“ zwischen der Logik der Initiativen und der Förderer mit der letzten Konsequenz der Anpassung seitens der Initiativen (Dinnie/Holstead 2017: 8).

5.2.4 Bildung von Partnerschaften und Netzwerken – Zusammenführung oder gegenseitige Nutzung von Ressourcen, Kompetenzen und Kapazitäten mit dem Ziel, Synergien nutzbar zu machen

(Umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen nehmen einen mittelbaren Einfluss auf die Bildung von Partnerschaften und Netzwerken. Die Empirie zeigt, dass die befragten Initiativen innerhalb ihres eigenen Handlungsfelds, aber auch übergreifend Partnerschaften eingehen. Ein Austausch sowie eine gemeinsame Kapazitäten- und Ressourcennutzung finden besonders mit gleichgesinnten Initiativen statt. Darüber hinaus wurde deutlich, dass sich Initiativen auch über die regionalen Grenzen hinaus zusammenschließen, um als größerer politischer Verbund aufzutreten. Somit fügen sie ihre politischen Stärken zusammen, um umweltpolitisch aktiv zu werden (z. B. „Wir haben es satt“ - Demonstration). Gleiches formulieren auch Ehnert et al. (2017: 12): „Political alliance building can give them stronger voice vis a vis public authorities“. (Umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen sind in der Regel nicht unmittelbar auf die Bildung von Partnerschaften und Netzwerken ausgerichtet, sondern häufig eine (gewollte) Begleiterscheinung, die sich vor allem in Einzelveranstaltungen manifestiert, zu denen die Initiativen eingeladen werden.

Stiftungen, NGOs oder kirchliche Träger werden eher als Ressourcengeber, jedoch nicht als Austauschpartner verstanden. Diese stellen eigene Ressourcen zur Verfügung, um Initiativen zu unterstützen. Der Kontakt innerhalb einer abgrenzbaren Nachbarschaft dient häufig dem Aufbau eines größeren Aktionsraums, weniger der Zusammenführung von Ressourcen, Kompetenzen und Kapazitäten. Ehnert et al. (2018) halten in ihrer Untersuchung gleiche Erkenntnisse fest. So beschreiben sie, dass Partnerschaften dennoch eher innerhalb des gleichen Sektors (z. B. innerhalb der Zivilgesellschaft) eingegangen werden. Bei einer sektor übergreifenden Kooperation (z. B. mit öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft oder Wissenschaft), so stellen sie fest, hindern unterschiedliche „Sprachen“ die Zusammenarbeit (Ehnert et al. 2017: 11). In diesen Fällen bedarf es einiger Übersetzungsleistung, die wiederum eine Verschiebung der persönlichen Ressourcen zu Ungunsten der Kernaktivitäten bedeuten kann (ebd.). (Umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen, die explizit auf die Übersetzung und Vermittlung im Sinne intermediärer Arbeit zwischen Initiativen und anderen gesellschaftlichen Akteuren abzielen, gibt es bisher nicht, womit diese Arbeit von den Initiativen mit den eigenen, sehr begrenzten Ressourcen gestemmt werden muss.

Auffällig in der hier vorliegenden Untersuchung ist die Tatsache, dass dennoch viele Initiativen eine Partnerschaft mit lokalen und regionalen privatwirtschaftlichen Unternehmen aufgebaut haben. Dabei ist interessant, dass solche Partnerschaften gerade auch da entstehen, wo Funktionen der Daseinsvorsorge durch den Staat nicht oder nicht ausreichend sichergestellt werden können. Insofern ist Politik durchaus ein Treiber der Herausbildung von Partnerschaften, jedoch weniger durch deren gezielte Förderung, als vielmehr aufgrund des Fehlens politischer Handlungen, wie dies bei der Organisation von Bürgerbussen oder bei der Schaffung von nachbarschaftlichen Anlaufstellen der Fall ist.

5.2.5 Einbettung in bestehende Routinen – dauerhafte Verankerung neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in bestehende stadtrregionale Entwicklungsprozesse und Steuerungsstrukturen

(Umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen sind überwiegend als hilfreich bei der dauerhaften Verankerung neuer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in bestehende stadtrregionale Entwicklungsprozesse und Steuerungsstrukturen einzuschätzen. Die grundsätzliche Problematik bei der Einbettung, die insbesondere im Anpassungsdruck der

Initiativen an den jeweiligen Kontext besteht, in den sie sich einbetten wollen, wird jedoch nicht gelöst.

Eine Beobachtung anderer Studien ist, dass (umwelt-)politische Fördermaßnahmen den Initiativen eine gewisse Legitimität zusprechen, sodass diese auf Augenhöhe mit anderen Akteuren in Verhandlungen treten können. Während Ehnert et al. (2017) diesen Aspekt hervorheben, kann dies nicht durch die eigenen empirischen Befunde untermauert werden. Gleiches gilt im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit lokalen Politiker/innen. Werden die neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsformen der Initiativen durch diese Kooperation für legitim erklärt? Die Empirie zeigt, dass nicht allein die Förderzusagen für ein verändertes Miteinander zwischen den verschiedenen Partnern ausschlaggebend sind, sondern vor allem der formale und der rechtliche Status und die damit verbundene Legitimität der Initiativen. Letztere hängt zudem von der politischen Öffentlichkeit sowie anderen politischen Prioritätensetzungen ab. In diesem Zusammenhang kommen sowohl Kommunalpolitik als auch Landes- und Bundespolitik zum Tragen (Energiepolitik, Agrarpolitik etc.).

Auch Scholl/Gossen (2017: 58) bemerken hierzu, dass ein weiterer (umwelt-) politischer Ansatzpunkt in der Förderung von (kommunalen) Beratungs- und Vernetzungsangeboten für die Initiativen selbst oder von sogenannten Inkubatoren, also von Einrichtungen, die Projekte bei der Existenzgründung unterstützen, besteht. Als strategische Ziele stehen dabei die Unterstützung von Netzwerkbildung und der Transfer von Erfahrungswissen im Vordergrund, was eine Einbettung erleichtern könnte. Für die befragten Initiativen ist dieser Ansatzpunkt der (Umwelt-)Politik jedoch nicht als prioritär eingestuft worden.

Andere Ansätze als das Netzwerken für eine Einbettung in bestehende Routinen, um eine dauerhafte Verankerung der neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen zu erreichen, sind die Ansprache und Zusammenarbeit von Initiativen mit der kommunalen Verwaltung und Politik. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Nähe zu und der Austausch mit der Administration in den häufigsten Fällen gesucht werden. Smith/Raven (2012) beschreiben, wie Initiativen sich in bestehende Routinen einbringen können, und zwar zum einen durch einen „Fit-and-conform“-Modus und zum anderen durch einen „Stretch-and-transform“-Modus. Der erstere Fall beinhaltet die schrittweise Anpassung der Initiative an existierende Systembedingungen, im zweiten basiert die Ermöglichung der Anschlussfähigkeit auf der Veränderung des umgebenen Systems (Smith/Raven 2012). Beide Dynamiken sind auch in dieser Untersuchung deutlich geworden.

Der bereits diskutierte Umstand, dass Initiativen im Laufe ihrer Existenz in den häufigsten Fällen dem Druck ausgesetzt sind, eine passende formelle Organisationsform zu wählen (Legitimation, Fördermittelempfang etc.), wird als ein Beispiel für die Dynamik des „fit-and-conforms“ gesehen (Becker et al. 2018; Smith/Raven 2012). Somit erhöht die Initiative ihre Chancen der Einbettung in das bestehende System, begibt sich damit jedoch in dessen formalrechtliche Zwänge.

Alternativ werden auch Ansätze des „Stretch and transform“-Modus verfolgt. So versuchen Akteure, in einem Beispiel zusammen mit der kommunalen Verwaltung ihre Ideen für eine institutionelle Innovation umzusetzen. Dies beinhaltet eine veränderte Arbeitsorganisation in Form von co-produktiven Gemeinschaften, die auf der Ebene der Quartiere zur Steuerung der kommunalen Prozesse eingesetzt werden sollen. Die Etablierung dieser Idee oder des Ansatzes ist von der Bereitschaft der verantwortlichen Personen auf kommunaler Ebene abhängig. Eine personelle Abhängigkeit für die Skalierung der Einbettung ist hier genauso deutlich wie auch eine Frage der Motivation, wie es Ehnert et al. (2017) auch beschreiben.

Generell wichtig für den Mechanismus der Einbettung ist das Vorhandensein von passenden Ansprechpartner/innen, die eventuell als Übersetzer/innen und Brückenbildner/innen agieren können.

Ein weiterer Aspekt, der sich nicht den beiden Dynamiken zuordnet lässt, jedoch für eine Verankerung von neuen Denk-, Handlungs-, und Organisationsweisen eine Rolle spielen kann, ist die Zusammenarbeit mit lokalen Politiker/innen. Diese Zusammenarbeit und das Einbringen der neuen Ideen von Initiativen in die lokale politische Agenda sind hochgradig abhängig von eben jener politischen Agendasetzung. Politik wird hierbei von einem hohen Opportunismus gekennzeichnet. Es wird geschildert, dass Initiativen die Kooperation mit politischen Vertreter/innen suchen, und zwar um zum einen, ihre Ideen in ein politisches Programm einzuflechten, und zum anderen, da diese als Stadtrats- oder Gemeindevertreter/innen über eine Beschlussfähigkeit und institutionelle Mittel zur Förderung von Initiativen verfügen. Darüber hinaus können die Zusammenarbeit und der Wunsch nach Einbettung jedoch auch dazu führen, dass Initiativen von den jeweiligen Politiker/innen für ihre Zwecke (z. B. politische Werbung) instrumentalisiert werden.

5.2.6 Übersetzung und Brückenbildung – Übersetzungs- und Verständigungsarbeit zwischen verschiedenen Systemlogiken, Weltbildern und Sprachen

Der in der Literatur attestierten hohen Relevanz dieses Mechanismus‘ stehen diesbezüglich kaum wirksame (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen gegenüber. Demnach fehlt es insbesondere an der systematischen Förderung von intermediären Strukturen und Akteuren, die als Übersetzer/innen und Brückenbildner/innen agieren.

Die Notwendigkeit von Übersetzung und Brückenbildung kann bereits anhand der Debatte um unterschiedliche Verständnisse von Gemeinwohl verdeutlicht werden. Während sich kommunale Vertreter/innen auf die Position zurückziehen, dass die Kommune generell dem Gemeinwohl verpflichtet sei und somit jeder einzelne Stadtratsbeschluss das Gemeinwohl fördert, sehen viele Initiativen dies grundsätzlich anders und zweifeln die generelle Gemeinwohlorientierung an. Auch deshalb gewinnt die Entwicklung hin zu neuen Formen einer lokalen Governance und der Rolle von Intermediären in diesem Kontext nicht nur in der Literatur zu transition governance seit einiger Zeit an Bedeutung (vgl. Ehnert et al. 2019; Kivimaa et al. 2019; Kivimaa 2014; Hyysalo et al. 2019; Hodson et al. 2013), sondern wird auch in der Empirie dieses Projekts sichtbar. Ansätze der lokalen Stadtplanung in Form von co-produktiven Büros oder Organisationen werden gefordert. Derartige Räume sollten überall im Land als Modellprojekte ausprobiert werden und nur dann gefördert werden, wenn sie in co-produktiven Ausschreibungsprozessen zwischen Bürgern und Verwaltung entwickelt würden, so die Forderung eines Befragten.

In der Empirie zeigt sich hier auch das von Kivimaa et al. (2018) gezeichnete Bild, dass Intermediäre tendenziell nicht etabliert werden, sondern in der Vergangenheit eher aus den Kontexten heraus entstanden sind und sich entwickelt haben. Die Forderungen der Interviewten kommen denen von Kivimaa et al. (2018: 21) gleich, die auch eine Einführung von politischen Strategien fordern, um Intermediäre und die Funktionen der Intermediäre zu sichern und zu etablieren. Bisher haben die Instrumente der (Umwelt-)Politik weniger den Fokus auf intermediäre Stellen gelegt, sondern konzentrieren sich eher auf die Einführung von kommunalen Beratungs- und Vernetzungsangeboten, sogenannten Inkubatoren, die sich auf das Bilden von Netzwerken und den Transfer von Wissen spezialisiert haben (Scholl/Gossen 2017: 58). Der Tenor in der Empirie lautet jedoch, dass die (Fach-)Beratung von der jeweiligen Initiativszene dezentral selbst geleistet werden sollte, um hierdurch eine gewisse Flexibilität zu wahren. Die Beratung hinsichtlich Finanz- und Förderfragen sollte ebenso dezentral, teilweise

regional gebündelt, über intermediäre Strukturen erfolgen. Bei der Einrichtung von expliziten Beratungsstellen für Initiativen sollten diese ihren intermediären Status behalten und nicht zu stark an die Kommune oder an die Initiative gebunden werden. Für diese Nähe sei die dezentrale Organisation von Beratungsstellen wichtig. Mit der Einführung von intermediären Strukturen wäre ein wichtiger Schritt zur Übersetzungsarbeit und Brückenbildung getan. Hier kann Politik ihre ermöglichende Funktion erfüllen und eine Etablierung entsprechender Strukturen und Aktivitäten fördern.

5.2.7 Nutzung von Gelegenheitsfenstern – insbesondere durch die Nutzung von Förderprogrammen und deren konkrete Ausgestaltung

Inwiefern (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen die verschiedenen Mechanismen fördern können, hängt nicht zuletzt von der konkreten Ausgestaltung der Unterstützungs- und Fördermaßnahmen selbst ab. Während es bei den anderen Mechanismen vor allem darum geht, was gefördert wird (Wachstum, Vervielfältigung, Netzwerkbildung, Brückenbildung, Einbettung), beschäftigt sich nachfolgendes Kapitel im engeren Sinne mit der Frage, wie gefördert wird. Hier zeigt sich insgesamt ein ambivalentes Bild, das einerseits die häufige Inkompatibilität zwischen Initiativen und Förderlogik abbildet, andererseits positive Entwicklungen, zum Beispiel im Rahmen des Programms „Kurze Wege für den Klimaschutz“, anerkennt.

Die Inkompatibilität von Initiativen und Förderlogik kann anhand unterschiedlicher Aspekte aufgezeigt werden. Unterschiede bestehen beispielsweise bezüglich der Ergebnisorientierung. Häufig müssen Anträge so konzipiert werden, dass die Projekte ein bestimmtes abrechenbares Ziel anvisieren, das einen ergebnisoffenen Prozessverlauf nicht fördert, den aber vor allem Initiativen dann attraktiv finden, wenn sie mit neuen Ideen, Ansätzen und Vorgehensweisen experimentieren möchten. Gleichzeitig verursacht der Zwang einer in den meisten Fällen quantitativen Wirkungsmessung für Initiativen große Hindernisse, da die Maßnahmen, welche die gemeinwohlbezogenen Initiativen durchführen, kaum in Zahlen zu messen sind. Einen Unterschied würde die Möglichkeit eines qualitativen „Storytellings“ machen, die für Initiativen erfahrungsgemäß leichter zu bewerkstelligen ist und Menschen auf einer emotionalen Ebene anspricht. Welche Folgen diese unterschiedlichen Perspektiven auf die Erfolgsmessung von Projekten auf Gruppen hat, kann folgendermaßen beschrieben werden: "Focussing on impact could remove the 'essence' of community-based work, making it 'sterile'" (Dinnie/Holstead 2017: 6). Rowe/Robbins (2005: 161) beschreiben das Paradox der öffentlichen Förderung für (schottische Verhältnisse) punktgenau und halten fest, dass "the output measures to which public funding is generally attached tend to make a mockery of community-based initiatives: organic growth can rarely be predicted, and the bureaucracies of accountability may, paradoxically, make activists and leaders a less effective by taking them away from the community."

Eine weitere Disparität zwischen Initiativen und öffentlicher Förderung wird in den unterschiedlichen Vorstellungen von zeitlichen Abläufen und der Dauer eines Projekts deutlich. Viele Förderprogramme sind für den „kurzen“ Zeitraum von ein bis drei Jahren formuliert. Diese kurzfristige Förderung steht den langfristigen Wirkungen, die Initiativen erzielen wollen, entgegen. Die eigentliche Wirkung eines Projekts setzt erst zu einem späteren Zeitpunkt ein und wird dann deutlich und als Erfolg „bewertet“, wenn die Anliegen der Initiative von der Gemeinschaft angenommen werden (Creamer 2015: 988). Eine weitere Inkompatibilität von Initiativen und Förderlogik bezieht sich auf den erforderlichen beziehungsweise wünschenswerten Formalisierungsgrad seitens der Fördermittelgeber (vgl. Kapitel 5.2.2).

Weiterhin zählt die Verwendung von Begrifflichkeiten oder Denkweisen der Fördermittelgeber zum Nachteil der innovativen und neuen Formen des Denkens zu den Hindernissen. Taylor Aiken (2014: 213) erkennt diesen Umstand und argumentiert, dass Initiativen, um eine Förderung zu erhalten, ihre Maßstäbe denen der Fördergeber anpassen müssen. Er spricht davon, dass Initiativen ihren Antrag so im Endeffekt formulieren, dass sie „correctly aligned“ sind mit den Zielen – in diesem Fall des Klimaschutzfonds der schottischen Regierung. Somit wird ein bestimmtes Bild von Förderwürdigkeit reproduziert, was dem dominierenden Regime entspricht und nicht der Nische. Dies verhindert nicht, sondern verstärkt die Abhängigkeit von staatlicher Förderung für Initiativen (Taylor Aiken 2014).

Andererseits können auch positive Entwicklungen verzeichnet werden. Gossen/Scholl (2017:66 f.) resümieren in ihrer Ausführung zur (umwelt-)politischen Förderung von sozialen Innovationen, dass es in der deutschen Förderlandschaft an zielgerichteten Maßnahmen, einer Prozessorientierung und einer iterativen Gestaltung von Förderung mangelt. Eine Verbesserung dieses Umstands sehen sie aber in der Einführung der nationalen Klimaschutzinitiative und dem Vorhaben „kurze Wege für den Klimaschutz“, was auch durch die Empirie dieser Studie bestätigt werden kann. Dennoch sieht diese Förderung als grundlegende Bedingung eine formale Organisationsstruktur vor.

Weiterhin sollte Förderung an die verschiedenen Stadien der Organisationsentwicklung angepasst sein. Ein Beispiel hierfür wären aus Sicht der Befragten sogenannte Mitmachgelder, die eine niedrigschwellige Förderung darstellen. Diese Gelder können nicht nur direkt bei der Kommune verortet sein, sondern auch durch die Einrichtung von lokalen Dachorganisationen, die durch Land und Bund finanziert und dann an Initiativen vergeben werden. Diese Gelder könnten eine neue Praxis und Kultur des Ausprobierens schaffen. Initiativen können dadurch am Anfang unterstützt werden und Kommunen könnten ein Feedback in Form von durchgeführten Veranstaltungen und Aktivitäten erhalten. Die Fördermittelvergabe könnte durch eine neutrale Instanz auf Basis von Community-Entscheidungen und nicht auf Basis eines Jury-Votums organisiert werden. Sie sind vor allem dahingehend attraktiv, da sie an keine formalen Richtlinien gebunden sind und keine juristische Person benötigen.

Weiterhin gestaltet sich bereits der Prozess der Fördermittelakquise in vielen Fällen schwierig, da die Anforderungen der Mittelgeber nicht die Fähigkeiten und Ressourcen der Initiativen berücksichtigen. So besitzen viele Initiativen nicht das nötige Know-how, um Anträge zu verfassen. Gleiches gilt für die spätere Verwaltung der Mittel. Der Mangel an administrativen Fähigkeiten, Zeit und Wissen, um Fördermittel zu akquirieren und zu verwalten, kreiert daher große Herausforderungen. So muss durch einzelne Mitglieder der Initiative eine beachtliche Zeit aufgewendet werden, um diesen Mangel an Wissen zu schließen, was wiederum zur Folge hat, dass Kernaktivitäten vernachlässigt werden, welche grundlegend für das Selbstverständnis der Initiative und ihrer Mitglieder sind. Dementsprechend wird die Kernaktivität der Initiativen in ihrer Priorisierung heruntergestuft. Gruppeninterne Frustration und Unmut sind die Folgen. Verbunden hiermit ist auch ein Verlust der Glaubwürdigkeit der Initiativen bezüglich ihres Beitrags zum Wandel, und zwar sowohl intern als auch extern, da mehr Energie und Zeit auf die Verwaltung von Geldern aufgewandt werden als auf die Bearbeitung von Problemlagen (Creamer 2015: 990). So kann festgehalten werden, dass dort, wo das finanzielle Überleben sich als zu dominant entwickelt, eine Ablenkung vom eigentlichen Kernanspruch stattfindet und Initiativen dem Risiko ausgesetzt sind, ihre Identität zu verlieren. Konfliktträchtige Auseinandersetzungen über die Prioritätensetzung folgen. Der Verlust von Kernwerten im Zuge einer Vergrößerung und Professionalisierung der Initiative wird auch von Ehnert et al. (2017: 8 ff.) angesprochen.

Letztlich schafft die Inanspruchnahme von Fördermitteln eine Abhängigkeit von Prioritätensetzungen innerhalb der Förderkulissen und damit eine Vulnerabilität gegenüber einem Wandel des förderpolitischen Umfelds. Zudem widerspricht eine solche Abhängigkeit dem Selbstverständnis vieler Initiativen, die eine (politische) Unabhängigkeit als hohes Gut ansehen und jeden Verlust an Freiheitsgraden durch Orientierung sowie Anpassung an tagespolitische Prioritäten als unvereinbar mit ihrem Selbstbild empfinden. Auch aus dieser Perspektive heraus wird die Ambivalenz von (umwelt-)politischen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen deutlich.

6 Schlussfolgerungen

6.1 Schlussfolgerungen für die Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird in der Debatte um posttraditionale Vergemeinschaftung eine große Bedeutung beigemessen, da sie Potenziale und Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel – der häufig als sozial-ökologische Transformation verstanden wird – aufweisen. Dieses Potenzial einer gesellschaftlichen Veränderung „von unten“ und aus der Gesellschaft heraus wird auch seitens der Politik erkannt und mündet in die Frage, wie innovative gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützt und gefördert werden können, um ihre Potenziale zu entfalten und zu verstärken. Die Themen Gemeinschaft und Vergemeinschaftung haben in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition und unterschiedliche zeithistorische Konjunkturen. Vor dem Hintergrund der modernen Gesellschaft als globalisierte und internationalisierte Gesellschaft werden auch Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung wieder aktuell. Hierbei geht es häufig in Entgegensetzung zur Gesellschaft darum, die besonderen Potenziale und Neuartigkeiten von Gemeinschaften (wie z. B. Eventisierung, vgl. Betz 2016) und dem Prozess der Vergemeinschaftung (vgl. Hitzler et al. 2008) herauszuarbeiten.

Die vorliegende Untersuchung setzte an zentralen Überlegungen dieser Debatten an, um die Besonderheiten innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen herauszuarbeiten und ihre Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation zu ermitteln. Hierbei konnte gezeigt werden, dass die untersuchten Initiativen hinsichtlich vieler Aspekte anschlussfähig an die sozialwissenschaftlichen Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung sind (z. B. mit Blick auf die drei Verständnisse von Gemeinschaft). Darüber hinaus konnte verdeutlicht werden, dass die Besonderheiten der Initiativen vor allem in ihren spezifischen Beiträgen zu einer sozial-ökologischen Transformation bestehen. Diese Beiträge sind sehr vielfältig und reichen von Beiträgen, die sich auf das Individuum, seine Selbstermächtigung und Kompetenzen beziehen, bis hin zu Beiträgen, die vor allem auf den lokalen und kommunalen Kontext ausgerichtet sind und sich dort, unter anderem in Experimentierräumen, manifestieren. Eine Besonderheit dieser Initiativen ist vor allem auch darin zu sehen, dass sie sich als politisch aktiv begreifen und eine nachhaltigere Gesellschaft als Ziel verfolgen.

Die empirischen Ergebnisse machen darüber hinaus aber auch deutlich, dass die Initiativen mit enormen Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aufgaben konfrontiert sind, die ihr innovatives Potenzial einschränken. Forschungsdesiderate bestehen deshalb vor allem in den Fragestellungen zu den Barrieren und Hemmnissen der Initiativen bei der Erreichung struktureller Wirksamkeit und Veränderungen im Sinne der sozial-ökologischen Transformation. Lohnenswert erscheint es hierfür vor allem, gescheiterte Initiativen in den Blick zu nehmen, um hieran die Problemlagen zu studieren und stärker verallgemeinern zu können sowie daraus Lernpotenziale abzuleiten.

6.2 Schlussfolgerungen für die Transformationsforschung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird auch in den theoretischen Überlegungen und Konzepten der Transformationsforschung eine große Bedeutung zugemessen, da sie in Nischen neue Wege des Denkens, Handelns und Organisierens erproben und somit Alternativen zu bestehenden (nichtnachhaltigen) Systemen (Regime) anbieten. Darauf aufbauend, haben Politik und Verwaltung in jüngerer Zeit damit begonnen, die Erprobung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen im Rahmen von Reallaboren, Urban Living Labs und

ähnlichen Ansätzen aktiv zu fördern. Wie eine Skalierung dieser Alternativen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels erfolgen kann und welche Rolle Politik dabei spielen kann, ist theoretisch jedoch noch nicht gefasst worden und wird konzeptionell erst angearbeitet. Vielmehr zeichnet sich das Forschungsfeld diesbezüglich durch parallele empirische Studien und Heterogenität aus, wobei viele konzeptionelle und begriffliche Unschärfen und Überschneidungen zu konstatieren sind (vgl. Augenstein et al. 2019). Für die Transformationsforschung stellt sich damit umso mehr die Frage, welche Dynamiken während und nach der Experimentierphase (vgl. auch pre-development phase, Rotmans/Kemp 2001) von Bedeutung sind, um Wandlungsdynamiken anzustoßen und zu beschleunigen.

Die vorliegende Untersuchung setzte konzeptionell auf eine der jüngeren und umfangreichsten Studien (vgl. Ehnert et al. 2018) zu den Mechanismen der Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels auf, hat diese empirisch untersucht und liefert damit weitere Hinweise zur Ausprägung und Bedeutung dieser Mechanismen sowie deren Verhältnis zueinander.

Die Mechanismen des Wachstums, der Vervielfältigung, der Organisationsentwicklung und der Vernetzung sind auch in der vorliegenden Untersuchung vielfach zu beobachten gewesen. Auch wenn die diesbezüglichen Aktivitäten bereits mit enormen Anstrengungen seitens der Initiativen verbunden sind, erscheinen sie keinesfalls hinreichend, um Wandlungsdynamiken zu beschleunigen. Vielmehr werden sie in friedlicher Koexistenz zum bestehenden Regime verfolgt und irritieren dieses dabei (bislang) kaum. Sie bilden jedoch die Basis, manchmal sogar eine zwingende Voraussetzung (z. B. Rechtsform) für Aktivitäten zur Etablierung weiterer Mechanismen, etwa der Nutzung von Gelegenheitsfenstern, die beispielsweise politische Beschlüsse und (Förder-)Programme bieten.

Vor allem zeigt sich jedoch, dass die Einbettung von neuen Wegen des Denkens, Handelns und Organisierens in bestehende Systeme (Regime) wichtig zum Anstoßen weiterer Dynamiken, zugleich aber auch sehr voraussetzungsvoll ist. Dort, wo eine solche Einbettung zumindest teilweise gelungen ist, wird der Möglichkeitsraum für weitere Aktivitäten und andere Initiativen deutlich erhöht und das System zumindest sensibilisiert und teilweise geöffnet. Auf dem Weg zur Einbettung scheint dabei der Mechanismus der Brückenbildung durch Schaffung von intermediären Strukturen und Akteuren zentral. Oft werden intermediäre Funktionen von den Initiativen selbst wahrgenommen, womit ihnen eine weitere Rolle bezüglich einer sozial-ökologischen Transformation (vgl. Frantzeskaki et al. 2016; Ehnert et al. 2019) zukommt.

Die vorliegende Untersuchung legt den Schluss nahe, dass die untersuchten Mechanismen bezüglich der durch sie angestoßenen Veränderungen unterschiedliche Rollen spielen und teilweise aufeinander aufbauen beziehungsweise einander bedingen. Weitere Forschungsarbeiten sollten sich insbesondere mit der Rolle von Intermediären in verschiedenen Sektoren (Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft) und deren Zusammenwirken sowie deren Kapazitäten zur Einbettung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme beschäftigen.

6.3 Schlussfolgerungen für (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen

Zusammenfassend kann die Frage, ob und wie (Umwelt-)Politik die genannten Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels unterstützt, fördert oder einschränkt, unterschiedlich beantwortet werden. Die Ergebnisse und die Diskussion haben gezeigt, dass (umwelt-)politische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen jetzt schon innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen bezüglich der Skalierung ihrer Denk-, Handlungs- und

Organisationsweisen unterstützen. So gewinnen Initiativen durch eine Förderung an Legitimation und finanziellen sowie personellen Handlungsspielraum. Dies erlaubt ihnen unter anderem, ihren Wirkungskreis zu erweitern (Mechanismus Wachstum). Zudem werden die Initiativen zu einer gewissen Professionalisierung veranlasst und können somit neue Erfahrungen und Fähigkeiten in ihrer Organisationsentwicklung aufbauen (Mechanismus Professionalisierung & Organisationsentwicklung). Zugleich stellen die aktuellen Rahmenbedingungen zur Entgegennahme von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen jedoch hohe Anforderungen an die rechtliche, finanzielle und organisatorische Fundierung der Initiativen, was zeitliche und personelle Ressourcen erfordert, die der Initiative nicht für ihre Kernaktivitäten zur Verfügung stehen und zu Konflikten innerhalb der Initiativen führen können. Dies trifft ebenfalls dann zu, wenn die inhaltliche Ausrichtung der Unterstützungs- und Fördermaßnahmen Kompromisse bezüglich der eigenen Werte und normativen Leitbilder erfordert. Es ergibt sich hier insgesamt ein Bild, wonach die bestehende Förderlandschaft und die damit verbundenen Rahmenbedingungen die Innovationskraft der Initiativen ungewollt hemmen.

Eine weitere Problematik ergibt sich aus dem Innovationszwang der öffentlichen Förderung, die eine nicht endende Flut von stets neuen Ideen zur Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels einfordert und zu wenig darauf ausgerichtet ist, Erreichtes zu sichern, zu stabilisieren, aktiv zu vervielfältigen und in bestehende Strukturen einzubetten. Auch Zeitabläufe während der Förderverfahren sowie Zielvorgaben bezüglich der Erfolgsmessung sind häufig nicht kompatibel mit den Zielen, dem Erfolgsverständnis und den Arbeitsprozessen der Initiative. Das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ wurde hier als positive Weiterentwicklung hervorgehoben, welches den Initiativen vergleichsweise gute Rahmenbedingungen bietet.

Große Lücken scheinen bezüglich des Mechanismus Übersetzung und Brückenbildung zu bestehen. Die Forderung nach einem 1.000-Intermediäre-Programm mag dies unterstreichen. Akteure, die aktiv zwischen verschiedenen Sektoren, Handlungsfeldern, Normen, Werten und Sprachen vermitteln und übersetzen, werden bisher nicht systematisch gefördert, sodass diese Aufgabe entweder zusätzlich von einzelnen Akteuren übernommen wird oder bei mangelnder Zeit oder mangelnden Fähigkeiten gar nicht verfolgt werden kann.

Insofern lässt sich bezüglich der Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels ein gemischtes Fazit ziehen, bei dem der Aufwand und der Nutzen für beide Seiten, Fördermittelgeber und gemeinwohlorientierte Initiativen, noch in keinem sehr guten Verhältnis zueinander stehen und Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der (umwelt-)politischen Unterstützungs- und Förderlandschaft liefern.

Auf der Grundlage der empirischen Befunde wurden acht Handlungsansätze identifiziert, die im Projektvorhaben weiterverfolgt wurden.

1. Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten gefördert sowie intermediäre Strukturen ausgebaut und co-produktive Orte geschaffen werden.
2. Zugänge zu Flächen und Räumen sollten ermöglicht, symbolische und konkrete Experimentierräume und Freiräume offengehalten werden.
3. Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Fachberatung von Initiativen sollten gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.
4. Förderstrukturen sollten besser auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgerichtet werden.

5. Eine geeignete digitale Governance sollte die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aufgreifen und ihnen Freiräume schaffen.
6. Digitale Kompetenzen (Digital Literacy) von gemeinwohlorientierten Initiativen sollten gestärkt und gesellschaftliche Teilhabe im Kontext der Digitalisierung gefördert werden.
7. Durch Anerkennung gemeinwohlorientierter Initiativen sollten sozial-ökologische Aspekte gestärkt, Teilhabechancen erhöht und die Vielfalt in der Gesellschaft einbezogen werden.
8. Das Vereins- und das Steuerrecht sollten vereinfacht, das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden.

7 Literaturverzeichnis

- Beck, U.; Hajer, M.; Kesselring, S. (1999): Der unscharfe Ort der Politik - eine Einleitung. In: Beck, U.; Haier, M.; Kesselring, S. [Hrsg.]: Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Leske und Budrich, Opladen, S. 7-22.
- Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Becker, S.L.; Franke, F.; Gläsel, A. (2018): Regime pressures and organizational forms of community-based sustainability initiatives. In: Environmental Innovation and Societal Transitions, 29, Elsevier, Amsterdam, S. 5-16.
- Betz, G. J. (2016): Vergnügter Protest - Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams. Springer-VS, Wiesbaden.
- Betz, Gregor J. (2018): Rekonstruktive Zugänge zu Protest. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32 (1). De Gruyter. S. 50–58.
- Bickel, C. (1999): Ferdinand Tönnies (1855-1936). In: Kaesler, D. [Hrsg.]: Klassiker der Soziologie. Beck, München.
- Blum, A.; Egermann, M.; Ehnert, F.; Reiß, K. (2016): Nachhaltig Leben in Dresden - Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft. EU Arts – Project.
- Boltanski, L; Chiapello, E. [1999] (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Broschierte Ausgabe. UVK Verlag. Konstanz.
- Bulkeley, H. (2006): Urban sustainability - Learning from best practice? In: Environmental. Planning. 38, Sage Journal, New York. S. 1029-1044.
- Celata, F.; Coletti, R. (2018): Community organizing, sustainability transitions and public policies – Introduction to the special section. In: environmental Innovations and Societal Transitions, 29, Elsevier, Amsterdam, S. 1-3.
- Creamer, E. (2015): the double-edged sword of grant funding – a study of community-led climate change initiatives in remote rural Scotland. In: Local Environment, 20, 9, Routledge, Abingdon, S. 981-999.
- Dahmer, H. [Hrsg.] (1970): Analytische Sozialpsychologie. Band 1 und 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dinnie, E.; Holstead, K. (2017): The influence of public funding on community-based sustainability projects in Scotland. In: Environmental Innovation and Societal Transitions, 29, Elsevier, Amsterdam, S. 1-14.
- Eckert, J. (2015): Practice Movements – The Politics of Non-Sovereign Power. In: Della Porta, D.; Diani, M. [Hrsg.]: The Oxford Handbook of Social Movements. Oxford University Press, Oxford, S. 568-575.
- Eder, K. (2015): Social Movements in Social Theory. In: Della Porta, D.; Diani, M. [Hrsg.] The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford University Press, Oxford, S. 32-45.
- Ehnert, F.; Egermann, M. and Betsch A. (2019): The role of niche and regime intermediaries in building partnerships for urban transitions towards sustainability. In: Environmental Innovation and Societal Transitions. Elsevier. Amsterdam.
- Ehnert, F.; Frantzeskaki, N.; Barnes, J.; Borgström, S.; Gorissen, L.; Kern, F.; Strenchock, L. and Egermann, M. (2018): The acceleration of urban sustainability transitions: a comparison of Brighton, Budapest, Dresden, Genk, and Stockholm. Sustainability, 10 (3). S. 612.

Ehnert, F.; Kern, F., Borgström, S.; Gorissen, L.; Maschmeyer, S.; Egermann, M. (2017): Urban sustainability transitions in a context of multi-level governance – A comparison of four European states. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*. Elsevier. Amsterdam. <http://dx.doi.org/10.1016/j.eist.2017.05.002>

Ehrenberg, A. (2011): *Das Unbehagen in der Gesellschaft*. Suhrkamp, Berlin.

Elzen, B.; van Mierlo, B.; Leeuwis, C. (2012): Anchoring of innovations: assessing Dutch efforts to harvest energy from glasshouses. In: *Environmental Innovations Societal Transitions*. 5, 1. Elsevier. Amsterdam. <http://dx.doi.org/10.1016/j.eist.2012.10.006>

Feola, G.; Nunes, R.J. (2013): *Failure and Success of Transition Initiatives - A study of the international replication of the Transition Movement*. Walker- Institute for Climate System Research. 4 Reading.

Fischer, A.; Holstead, K.; Hendrickson, C.; Virkkula, O.; Prampolini, A. (2017): Community-led initiatives' everyday politics for sustainability - Conflicting rationalities and aspirations for change? In: *Environment and Planning*. SAGE Journal. New York, S. 1987-2005.

Frantzeskaki, N.; de Haan, H. (2009): Transitions. Two steps from theory to policy. In: *Futures: the journal of policy, planning and futures studies*, Volume 41, 9. Elsevier. S. 593- 606.

Frantzeskaki, N.; Dumitru, A.; Anguelovski, I.; Avelino, F.; Bach, M.; Best, B.; Binder, C.; Barnes, J.; Carrus, G., Egermann, M.; Haxeltine, A.; Moore, M.-L.; Mira, R. G.; Loorbach, D.; Uzzell, D.; Omman, I.; Olsson, P.; Silvestri, G.; Stedman, R.; Wittmayer, J.; Durrant, R.; Rauschmayer, F. (2017): Elucidating the changing roles of civil society in urban sustainability transitions. In: *Current Opinion in Environmental Sustainability*. 2017 (22). S. 41-50.

Geels, F.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: *Research and Policy* 26. Elsevier. Amsterdam, S. 399-417.

Geels, F.W. (2012): A socio-technical analysis of low-carbon transitions – Introducing the multi-level perspective into transport studies. In: *Journal of Transport Geography*. Elsevier, Amsterdam, S. 1-12.

Geels, W.F.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: *Research Policy*, 36, Elsevier, Amsterdam, S. 399-417.

Gorissen, L.; Meynaerts, E. [Hrsg.] (2017): *Change the World City by City. A Change Maker's Guide to fast forward sustainability*. Lamnoo Campus; Leuven, Belgium.

Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78. University of Chicago Press. Chicago. S. 1360-1380.

Grin, J.; Rotmans, J.; Schot, J.; (2010): *Transitions to Sustainable Development and New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*. Routledge, New York.

Grundmann, M. (2011): *Lebensführung in Intentionalen Gemeinschaften*. In: Hahn, K., Koppetsch, C. [Hrsg.]: *Soziologie des Privaten*. Springer VS. Wiesbaden. S. 276- 301.

Habermas, J. (1994): Individualisierung durch Vergesellschaftung. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. [Hrsg.]: *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main, S. 10-39.

Hargreaves, T.; Hielscher, S.; Seyfang, G.; Smith, A. (2013): Grassroots innovations in community energy - The role of intermediaries in niche development. In: *Global Environmental Change* 23,5. Elsevier, S. 868-880.

Hitzler, R.; Honer, A., Pfadenhauer, M. (2008): *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnographische Erkundungen*. Wiesbaden. VS.

Hitzler, Ronald (1998): Posttraditionale Vergemeinschaftung. Über neue Formen der Sozialbindung. In: Berliner Debatte INITIAL 9. Jg., H. 1, S. 81-89.

Hitzler, Ronald (2008): Brutstätten posttraditionaler Vergemeinschaftung. Über Jugendszenen. In: Hitzler, R.; Honer, A.; Pfadenhauer, M. [Hrsg.] (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden: VS Verlag. S. 56-72.

Honneth, A. (1993): Posttraditionale Gemeinschaften - Ein konzeptueller Vorschlag. In: Brumlik, M.; Brunkhorst, H. [Hrsg.] (1993): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, S. 260-270.

Honneth, A. (2010): Organisierte Selbstverwirklichung - Paradoxien der Individualisierung. In: Honneth, A. [Hrsg.]: Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie. Suhrkamp, Berlin, S. 202-248.

Hyysalo, S., Juntunen, J.K., Martiskainen, M. (2019): Energy Internet forums as acceleration phase transition intermediaries. In: Research Policy 47, Elsevier, Amsterdam, S. 872–885.

Junge, M. (2002): Individualisierung. Campus Verlag, Frankfurt/New York.

Keller, R. (2008): Welcome to the Pleasuredome? - Konstanzen und Flüchtigkeiten der gefühlten Vergemeinschaftung. In: Hitzler, R.; Honer, A.; Pfadenhauer, M. (Hrsg.) (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. VS Verlag, Wiesbaden, S. 89-111.

Kivimaa, P., (2014): Government-affiliated intermediary organisations as actors in system-level transitions. In: Research Policy 43, 1370-1380.

Kivimaa, P.; Boon, W.; Hyysalo, S.; Klerkx, L. (2019): Towards a typology of intermediaries in sustainability transitions – A systematic review and a research agenda. In: Research Policy, 48, Elsevier, Amsterdam, S. 1062-1075.

Kny, J.; Schmies, M; Sommer, B.; Welzer, H.; Wiefek, J. (2015): Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. UBA-Texte 86/2015, Dessau.

Kunze, I. (2013): Intentionale Gemeinschaften-Experimentierorte einer religionshybriden, „spirituellen“ Kultur? In: Berger, P. [Hrsg.]: Religionshybride - Religion in posttraditionalem Kontexten. VS Verlag, Wiesbaden, S.187-200.

Kunze, I. (2009): Soziale Innovationen für zukunftsfähige Lebensweisen. Gemeinschaften und Okodörfer als experimentierende Lernfelder für sozial-ökologische Nachhaltigkeit. Dissertation, Münster: Ecotransfer-Verlag.

Leggewie, C. (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie. Edition Körber-Stiftung, Hamburg.

Longhurst, R. (2010): Semi-Structured Interviews and Focus Groups. In: Clifford, N.; French, S.; Valentine, G. [Hrsg.] (2010): Key Methods in Geography. 2 Auflage, Sage, Washington, S.103 -116.

Luhmann, N. [1969] (2001): Legitimation durch Verfahren. 6. Auflage. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Mayring, P. (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 9. Auflage, UTB, Stuttgart.

Peuker, B.; Rückert-John, J. (2017): Potenziale und Herausforderungen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den sozialökologischen Wandel Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Beiträge zur Sozialinnovation 19.

Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaft und Wirtschaftssystemen. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 260, Frankfurt am Main.

- Priemer, J.; Labigne, A.; Krimmer, H. (2016): ZIVIZ-Finanzierungsstudie 2015 - Weniger Subsidiarität, mehr Wettbewerb in der Zivilgesellschaft? Edition Stifterverband, Essen.
- Putnam, R.D. (2000): Bowling alone. - The collapse and revival of American community. Simon & Schuster, New York.
- Reichardt, S. (2014): Authentizität und Gemeinschaft – Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Suhrkamp Verlag. Berlin.
- Rosa, H. (2010): Alienation and Acceleration. Towards a Critical Theory of Late-Modern Temporality. NSU Press Malmö/Arhus.
- Rosa, H.; Gertenbach, L.; Laux, H.; Strecker, D. (2010): Theorien der Gemeinschaft zur Einführung. Dresden: Junius.
- Roth, R. (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Edition Körber-Stiftung, Hamburg.
- Rotmans, J.; Kemp, R.; Asselt, M.V. (2001): More evolution than revolution –Transition management in public policy. In: Foresight 3, 1. Emerald. Bingley, S. 15-31.
- Rowe, J.; Robbins, C. (2005): Leading from below. The contribution of community-based initiatives. In: Barton H. [Hrsg.] (2005): Sustainable communities – the potential of eco-neighbourhoods. Earthscan, London, S. 160-172.
- Rückert-John, J. [Hrsg.] (2013): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit - Perspektiven sozialen Wandels. Springer VS. Hamburg.
- Scholl, G.; Gossen, M. (2017): Wie kann Umweltpolitik soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum fördern? In: Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J.; & Schäfer, M. [Hrsg.] (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektive, Strategien der Förderung und gelebte Praxis. 1. Auflage. Springer VS Verlag. Wiesbaden. S. 51-71.
- Seyfang, G.; Haxeltine, A. (2012): Growing grassroots innovations - Exploring the role of community-based initiatives in governing sustainable energy transitions. In: Environment and Planning C, Governance and Policy, 30, SAGE Journals, S. 381-400.
- Seyfang, G.; Smith, A. (2007): Grassroots Innovations for Sustainable Development -Towards a New Research and Policy Agenda. In: Environment and Politics, 16, 4 Taylor & Francis, London, S. 584-603.
- Smith, A. (2007): Translating sustainabilities between green niches and sociotechnical regimes. In: Technology Analysis and Strategic Management. 19, Routledge, Abingdon, S.427-450.
- Smith, A.; Raven, R. (2012): What is protective space? Reconsidering niches in transitions to sustainability. In: Research and Policy 41, Elsevier, Amsterdam, S. 1025-1036.
- Smith, A.; Stirling, A.; Berkhout, F. (2005): The governance of sustainable sociotechnical transitions. In: Research and Policy, 34, Elsevier, Amsterdam, S. 1491-1510.
- Taylor Aiken, G. (2014): Common Sense Community? The climate challenge fund's official and tacit community construction. In: Scottish Geographical Journal, 130, 3, Routledge, Abingdon, S. 207-221.
- Tönnies, F. [1887] (1972): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt. Darmstadt.
- Van den Bosch, S.; Rotmans, J. (2008): Deepening, Broadening and Scaling up. Knowledge Centre for Sustainable System Innovations and Transitions.

Van der Brugge, R.; Rothmans, J. (2007): Towards transition management of European water resources. In: *Water Resource Management*. 21. Springer. S. 249–267.

Weber, M. [1921] (1970): *Wirtschaft und Gesellschaft*.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): *Der Umzug der Menschheit. Transformative Kraft der Städte*. Berlin.

Wolfram, M. (2016): Conceptualizing urban transformative capacity – A framework for research and policy. In: *Cities*, 2016, Elsevier, Amsterdam, S. 121-130.

Wunder, S.; Albrecht, S.; Porsch, L.; Öhler, L. (2019): Kriterien zur Bewertung des Transformationspotentials von Nachhaltigkeitsinitiativen. UBA-Texte 33/2019, Dessau.